

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verordnungsblätter. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Erklärungen und Berichtigungs-Artikeln 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (auf 2 fertige Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Erhellungen und Schlußzeilen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Zeilen zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 4. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Hinein ins Rote Haus!

Morgen, am Sonntag, hat die Arbeiterklasse Berlins darüber zu entscheiden, wer in 17 Kommunalwahlbezirken der III. Abteilung als Stadtverordneter ins „Rote Haus“ geschickt werden soll. In 11 Bezirken hat die Sozialdemokratie ihren Bestand zu verteidigen; 6 Bezirke sind neu zu erobern.

Die Wahlen finden zum ersten Male an einem Sonntag statt.

Die bürgerlichen Parteien stehen von den Freisinnigen bis zu den Antihemiten zusammen, um durch gemeinsame Kandidaten das Rathaus vor der roten Flutwelle zu beschützen. Das ist für die Sozialdemokratie gut so. Allein auf die eigene Kraft angewiesen, kämpft es sich am besten; je schwieriger der Sieg, desto wertvoller der Kampfspreis.

Es gibt bei dem Berliner Kommunalwahlkampf nur ein Hüben und ein Drüben. Hier die politisch in der Sozialdemokratie, wirtschaftlich in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterklasse, die danach ringt, daß die Stadt als sozialer Körper zugunsten der Bedürfnisse der breiten Masse und der Allgemeinheit verwaltet wird — dort die Klasse der Besitzenden, die um die Erhaltung ihrer Herrschaft im Rathause und um die Festigung ihrer Privilegien kämpft.

354 546 Wähler weist die Liste der Wahlberechtigten III. Klasse in Berlin gegenüber 32 078 in der II. und gar nur 882 in der I. Klasse auf. Und doch stehen diesen 882 Wählern in der I. Klasse genau so viel Sitze im Rathause zu, wie den 354 546 Wahlberechtigten der III. Klasse! Dazu kommt das Hausbesitzerprivileg. Von den sämtlichen Stadtverordneten muß die Hälfte Hausbesitzer sein. Rund 9200 Hausbesitzer im Sinne der Städteordnung gibt es im ganzen in Berlin.

Mögen die Privilegierten, die Wähler von Geldsackgnaden in der II. und I. Wählerabteilung noch eine Zeitlang ihre Sitze innehalten; wo die Arbeiterklasse marschiert, in der III. Abteilung, sollten nur noch Sozialdemokraten gewählt werden. Dem Erringen dieses Ziels gilt die morgige Wahl.

Die Vermehrung der Mandate, der Stimmenzuwachs sei zugleich ein flammender, tatkräftiger Protest gegen das Unrecht des Klassen-Wahlrechts, das die alle Werte schaffende Arbeiterklasse politisch entmündigt, um sie desto leichter im ökonomischen Joch der privilegierten, Geldprozen zu zwingen.

Mit der Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten fordert die Arbeiterklasse zugleich die Beseitigung des elenden Wahlrechts. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht muß auch in Preußen für Staat und Gemeinde für die Sozialdemokratie erobert werden. Die Berliner Gemeindeverwaltung für diese Forderung des Proletariats reif zu machen, ist Aufgabe der sozialdemokratischen Stadtverordneten. Um so schneller können diese ihr gerecht werden, je schneller alle Mandate der dritten Abteilung von der Arbeiterklasse erobert werden.

Morgen handelt es sich ferner darum, ob den sozialdemokratischen Bestrebungen auf Verbesserung der Verhältnisse in allen Gebieten städtischen Lebens und deren Ausgestaltung in sozialem Sinne ein größerer Spielraum geschaffen werde.

Die Volksschule, heute das Stiefkind der freisinnigen Mehrheit im Rathaus, bedarf dringend eingreifender Maßnahmen, um zu genügenden Leistungen zu gelangen. Herabsetzung der Klassenüberfüllung — Unentgeltlichkeit der Lernmittel — Beseitigung der fliegenden Klassen — Vermehrung der Schulfächer — Verpflegung bedürftiger Kinder in der Schule — Erhöhung der Lehrergehälter — das sind nur einige der Aufgaben, bei denen die sozialdemokratische Fraktion vorwärts gedrängt hat, die aber immer noch ihrer Lösung harren.

Millionen sind beim letzten Etat zurückgestellt, die dringend für Gemeindeschulen erforderlich waren. Und doch beträgt der Zuschuß, den die Stadt für einen Schüler der höheren Lehranstalten zahlt, das Mehrfache des Sages, den der Gemeindeschüler dem Stadtsäckel kostet.

Wie traurig sieht es noch mit der Fürsorgeerziehung. Die Erinnerung an die zum Himmel schreienden Greuel der Hölle von Mielezyn, die der „Vorwärts“ bloßlegte, redet Bände.

Auf den Gebieten der Waisen-, Armen-, Krankenpflege und Volkshygiene, diesen wichtige Lebensinteressen der Bevölkerung betreffenden Verwaltungszweigen tut der im Rathaus dominierende Freisinn nur das, was die staatliche Gesetzgebung den Gemeinden zwangsweise auferlegt. Die sozialdemokratischen

Vertreter verlangen dagegen, daß die Pflege dieser Aufgaben als eine soziale Pflicht der Stadtverwaltung betrachtet und in brüderlicher, nicht almosenhafter Weise ohne Beeinträchtigung der kommunalpolitischen Rechte geübt wird. Das ist um so notwendiger, als die der öffentlichen Fürsorge Anheimfallenden vielfach ihr ja als Opfer der kapitalistischen Gesellschaft ohne eigene Schuld anheimgefallen sind.

Ungenügend ist die soziale Fürsorge für die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Die kleinsten Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter müssen dem Freisinn in hartem Kampfe abgerungen werden. In steter Rücksichtnahme und ängstlicher Wahrung der Interessen der Privatindustrie stemmt sich der Freisinn im Rathaus gegen soziale Fortschritte und lehnt Forderungen ab, deren Erfüllung eine unbedingte Notwendigkeit für die Hebung der Gesundheit und der Lebenslage der städtischen Arbeiter ist. Eine nur einigermaßen sozial fühlende Verwaltung würde es für ihre dringendste Pflicht halten, der Privatindustrie führend auf diesem Gebiete voranzugehen. Statt dessen sehen wir, daß die freisinnig-manchesterliche Mehrheit im Rathaus nur gezwungen und widerwillig sozialen Verbesserungen der Privatbetriebe nachhinkt.

Und in weiter Ferne schwebt in dieser Zeit der Teuerung und Not noch eine kommunale Arbeitslosenversicherung!

Das für das Gemeinwohl so wichtige Wohnungs- und Verkehrswesen wird von dem Freisinn- und Kapitalistenlängel der im Rathaus herrschenden privilegierten Klasse nur im materiellen Interesse der besitzenden Klassen verwaltet. Statt die mit enormen Kosten aus städtischen Mitteln hergestellten und unterhaltenen Straßen und Plätze durch Errichtung und Betrieb von Verkehrsanlagen für die Stadt nutzbar zu machen, statt Elektrizitätswerke, für Beleuchtung und Kraftserzeugung durch die Stadt bauen und betreiben zu lassen, hat die Berliner Kommunalherrschaft das städtische Eigentum fast ausschließlich dem Privateigentum zur Ausbeutung überlassen. Nur dem rastlosen Bemühen der Sozialdemokraten ist es gelungen, zum Anfang einer Umkehr von diesem Weg zu drängen. Begünstigt von staatlichen Aufsichtsbehörden schwilt noch immer die Macht des über Hunderte von Millionen verfügenden Privatkapitals an; immer fester umklammert der Kapitalring die städtische Verwaltung; immer dichter zieht sich das Netz der Großbanken über der Stadt zusammen. Schuld an ihrer großen Macht ist die Wahrnehmung der materiellen Klasseninteressen der Besitzenden durch den Kommunalfreisinn. Derselbe soziale Schatz der Bevölkerung, in deren Besitz sich die Straßenbahn- und Elektrizitätsaktien befinden, dominiert als Gewählte der zweiten und ersten Abteilung auf dem Rathaus. Dem Privatkapital werden von den kommunalen Gesetzgebern, die sich aus der ersten und zweiten Wählerklasse rekrutieren, die städtischen Ausbeutungsobjekte, dem Großkapital Millionen und Abermillionen zugeschanzt. Dadurch kommen die Finanzen der Stadt in immer größere und größere Bedrängnis.

Wie durch die Eroberung aller Bezirke der dritten Abteilung durch die Sozialdemokratie in kommunalwirtschaftlicher Beziehung nach Möglichkeit Wandel geschaffen werden muß, so ist dies auch in kommunal politischer Hinsicht notwendig. Der kapitalistische Stadtverordnetenlängel beweist totalistische Unterwürfigkeit gegen jedweden, der in glühender Uniform daherschreiet oder über volle Geldsäcke zu verfügen vermag. „Servil nach oben, brutal nach unten“ ist der Grundsatz, den die Freisinnmehrheit an Stelle der Wahrung des Selbstverwaltungsrechts der Stadt betätigt und dem „Männerstolz vor Königschronen“ untergeordnet hat.

Am Tage der Wahl gilt es Abrechnung zu halten. Noch können wir in die durch das Klassenwahlrecht geschützten Bastionen des Geldsacks nicht eindringen, aber die Festungen der dritten Abteilung kann die Arbeiterklasse stürmen, wenn sie will.

Die dritte Klasse der Sozialdemokratie! sei die Lösung für morgen.

Es gilt nicht nur den Sieg an die Fahne der Sozialdemokratie zu heften, sondern neue Anhänger der Sozialdemokratie zu werben, die offen und entschlossen für die Sozialdemokratie ihre Stimme abgeben. Vielfach herrscht noch Laueheit, weil zu große Siegeszuversicht vorhanden ist. Sich in Siegeshoffnungen zu wiegen, ist aber falsch — ohne Kampf kein Sieg!

Unhaltbare Zustände.

Die Regierung Bethmann Hollweg hat zu unhaltbaren Zuständen geführt!

Kein sozialdemokratisches Blatt stellt diese Behauptung auf; Herr v. Bethmann Hollweg selbst läßt diese Wahrheit in der „Köln. Zeitung“ verfinden. Das ist der glorreiche Abschluß des imperialistischen Abenteuers und wir können nur froh sein, daß es zu nichts Schlimmerem geführt hat!

Die deutsche Regierung wendet starke Mittel zur Erziehung des deutschen Volkes an und tut, was sie kann, um es für die bevorstehenden Wahlen aufzurütteln. Herr v. Bethmann hat sich vorgezogen, den vollständigen Bankrott des bürokratischen Systems dem deutschen Volke zu demonstrieren, seine Gebrechen vor aller Öffentlichkeit aufzudecken. Danken wir es ihm und beherzigen wir die Lehre!

Schon konnte man fürchten, daß die Erfahrungen, die man mit dem persönlichen Regiment und seinem Zusammenbruch gemacht hat, bei den Wahlen nicht genügend beherzigt werden könnten. Von dieser Furcht — Herrn v. Bethmann sei Dank — sind wir befreit.

Wer dachte in unserer raschlebigen Zeit noch an die Affäre des Fürsten Eulenburg? Der deutsche Reichskanzler mußte damals einen langen und gefährlichen Kampf gegen einen Hösling führen, auf dessen Rat Wilhelm II. zu hören pflegte, wie jener Rat bei der Ernennung Fürst Hilow selbst entscheidend ins Gewicht gefallen war. Der Hösling war gegen den Kanzler; der hatte zwar damals eine Majorität im Parlament, aber das war ja Nebensache; ein Wink des Kaisers und der Reichskanzler, der höchste und einzig verantwortliche Beamte des Deutschen Reiches war entlassen.

Hilow war ein geschickterer Intrigant als Eulenburg und Eulenburg war anormal. Der Reichskanzler dankte diesem Zufall den Sieg über den Hösling. Sonst hätte der noch länger das Geschick des deutschen Volkes bestimmt. . .

Wer aber parlamentarische Regierung in Deutschland fordert, ist unpatriotisch und macht sich — man schaudert — eines Eingriffes in die Rechte des Kaisers schuldig.

Eulenburg war gestürzt. Hilow machte als Verantwortlicher Politik, der Kaiser als Unverantwortlicher. Die berühmte „Daily Telegraph“-Geschichte schien Hilow günstig, um den Kampf gegen das persönliche Regiment zu inszenieren. Der Kaiser mußte Zurückhaltung versprechen in einem „kaiserlichen Edikt“, das allerdings nicht so weit ging wie das jüngste des Kaisers von China. In Deutschland sind wir ja auch noch lange nicht so weit.

Doch dem Fürsten Hilow kostete es das Amt. Herr v. Bethmann kam, Reichskanzler, aber auch Hösling, denn der äußere Schein trägt bei dem Mann wie alles andere. Wilhelm II. verkündete in Königsberg sein unumschränktes Gottesgnadentum. Herr v. Bethmann entließ eine Anzahl seiner Kollegen und begründete es mit der Notwendigkeit der Homogenität des Ministeriums. Weder in Preußen noch im Reich hatte natürlich das Parlament was dreinzureden. Eingriff in die kaiserlichen Rechte — Gott behüte, wir sind doch keine Reformmänner.

Und nun stellt sich heraus: das Ministerium war gar nicht homogen, es war ein Mann von Charakter darunter. Und das hat nun zur Katastrophe geführt. Herr v. Lindequist hat seine Demission gegeben und Herr v. Bethmann schimpft hinter ihm her, gar nicht philosophisch, eher schon etwas fischweibählich.

Aber es wirkt aufklärend.

Man lese die offiziellen Notizen. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt:

Durch das Rücktrittsgesuch des Geheimen Regierungsrats v. Dandekmann im Reichskolonialamt und gleichzeitig erfolgte Indistinktionen in der Presse sind ganz unhaltbare Zustände bekannt geworden. In diesen Indistinktionen wird behauptet, daß das Kolonialamt das Kongo-Abkommen mißbillige und die Verantwortung dafür nicht übernehmen wolle. Es hat um so mehr den Anschein, als ob dies richtig sei, da schon früher mehrfach Notizen in der Presse verbreitet wurden, die auf eine solche Stellung des Kolonialamts hinwiesen. Der auf diese Weise unternommene Versuch, die Politik des Reichskanzlers durch eine nachgeordnete Behörde zu erschweren, ist, wer auch immer recht habe, im Interesse einer geordneten Führung der Reichsgeschäfte völlig unzulässig, und man braucht nicht daran zu zweifeln, daß sich der Reichskanzler dieser Auffassung nicht verschließen und die nötigen Folgerungen ziehen werde.

Drum auf zum Kampf! Auf zum Sieg!

Die Folgerung hat aber schon früher Herr v. Vindequist gezogen und hat demissioniert. Das wird durch das Wolffsche Bureau also mitgeteilt:

In der letzten Zeit sind über die mit Frankreich schwebenden Verhandlungen und über die Stellung des Reichskolonialamtes zu den in Aussicht genommenen Kompensationen Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangt, die geeignet waren, den Abschluß der Verhandlungen zu fördern und nur auf einem Bruch der Amtverschwiegenheit nachgeprüfter Stellen beruhen konnten.

Wir sind ermächtigt, das Folgende zu erklären:
Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Herr v. Vindequist hatte während des Sommers ein Abschiedsgesuch eingereicht, weil er mit den in Frage stehenden Kompensationen nicht einverstanden war. Von Seiner Majestät dem Kaiser war das Abschiedsgesuch während der laufenden Verhandlungen abgelehnt worden. Herr v. Vindequist hat heute sein Abschiedsgesuch erneuert, nachdem er sich noch am Sonnabend mit der Dementierung seines Rücktritts einverstanden erklärt hatte. Der Reichskanzler begibt sich zu Seiner Majestät dem Kaiser, um Vortrag zu halten.

Der Herr Reichskanzler beschuldigt also den Kolonialstaatssekretär des Bruchs des Amtsgeheimnisses. Das ist bekanntlich strafbar. Wird Herr v. Bethmann den Staatsanwalt, der dies übrigens aus eigenem pflichtgemäßen Ermessen bereits getan haben müßte, beauftragen, die Anklage vor dem Strafgericht zu erheben? Oder stellt der Herr Reichskanzler solche Behauptungen auf, ohne sie erweisen zu können?

Vom Kriminellen zum Politischen und umgekehrt ist in Deutschland nur ein Schritt. Politisch wird Herr v. Vindequist angeklagt, unhaltbare Zustände herbeigeführt zu haben. Vielleicht antwortet Herr v. Vindequist und dann könnte er folgendes sagen:

Herr v. Bülow mußte selbst die beginnende Desorganisation der obersten Reichsämter zugeben. Herr v. Riederlen-Waechter würde ja eigens berufen, um das Auswärtige Amt zu reorganisieren und versprach es in jener Reichstagsitzung, die seiner selben Beste zur Verhütung verhalf. Nun, die Herren v. Bethmann, Hollweg und Riederlen-Waechter haben die Desorganisation vollendet. Sie haben im Innern und namentlich im Keufnern eine selbstherrliche Politik gemacht, ohne sich im geringsten um die Leiter der Reichsämter oder die Botschafter zu kümmern. Sie haben eine so miserable Politik gemacht, daß es nicht länger mit der politischen Ehre verträglich war, einer solchen Regierung anzugehören. Deshalb der Rücktritt.

So könnte Herr v. Vindequist etwa sprechen, denn es ist wirklich so, und die besten Patrioten erzählten jedem, der es hören wollte, welche gräßliche Wirtschaft da oben herrschte, wie jede Fühlung unter den Reichsämtern aufgehört habe, Berichte der Botschafter unberücksichtigt bleiben. Es sei ein wahres Elend.

Es ist auch ein Elend. Daß Herr v. Vindequist geht, weil er bei den Marokko- und Kongoverhandlungen ausgeschaltet war, siehe sich ertragen. Daß er geht, weil ihm vor dem neuen Kolonialbesitz graut, weil er nicht die Mitschuld tragen will, die Fieberjümpfe des Kongo dem deutschen Volk erworben zu haben, ist eine vernichtende Kritik der Politik der Herren Bethmann und Riederlen.

Das Schmachvolle aber ist etwas anderes. Die Schmach ist, daß sich ein Kulturvolk wie das deutsche, ein Volk von 65 Millionen, eine solche Politik, gegen die die Minister selbst rebellieren, gefallen lassen muß, ohne dazu etwas sagen zu dürfen. Die Herren Bethmann und Riederlen haben das elende Marokkoabenteuer angefangen ohne den Reichstag. Sie haben es beendet und der Reichstag darf gehorsamst zur Kenntnis nehmen, dreinreden darf er nichts, beschließen darf er nichts. Die Herren v. Bethmann und Riederlen sind selbstherrliche Autokraten, ihre Politik für das deutsche Volk eine Schidung des Himmels wie West oder Teuerung.

Warum? Weil Wilhelm II., als Instrument des Himmels, es in unerforschlichem Ratsschlus für gut befunden hat, diese beiden Leute zu seinem Instrument zu machen, und das Recht, Minister zu ernennen, ist sein unbeschränktes Vorrecht.

Bei den Wahlen wird die Sozialdemokratie das deutsche Volk fragen, ob es nicht Lust hat, Ernst zu machen mit Einführung moderner verfassungsmäßiger Zustände.

Die Erneuerung des Demissionsgesuches ist Herr v. Bethmann recht überraschend gekommen. Er hat natürlich dem Kaiser die Entlassung des Staatssekretärs empfohlen. Wilhelm II. hat das Entlassungsgesuch des Staatssekretärs v. Vindequist genehmigt und sich damit einverstanden erklärt, daß der Gouverneur von Samoa Dr. Seitz bis auf weiteres mit der Leitung des Kolonialamtes betraut wird.

Das Marokkoabkommen ist, wie bereits gemeldet, paraphiert und von den Herren Cambon und Riederlen unterzeichnet. Von der französischen bürgerlichen Presse wird es günstig aufgenommen. Die deutsche Kolonialpresse tobt dagegen wieder mal los. Da die Herren wissen, daß sie schreien können, ohne eine Tat nachfolgen lassen zu müssen — der Reichstag ist ja ausgeschaltet — ist das Geschrei recht billig. Wir werden ja sehen, wie viele bürgerliche Abgeordnete die Nachtragsforderungen zum Kolonialetat, die das Kongoaabkommen verursachen wird, ablehnen werden. Wir zweifeln nicht daran, daß die Herren, die heute vor dem Schluß den wilden Mann herausbeihen, dann mit Hurra alles bewilligen werden.

Die Enthüllung des Geheimnisses.

Die Regierung hat sich endlich entschlossen, die Grundzüge des Marokkoabkommens der Öffentlichkeit mitzuteilen. Nachdem in der Einleitung gesagt wird, daß die Zustimmung des Sultans die Voraussetzungen des Algecirasabkommens hinsichtlich und eine Neuregelung notwendig gemacht habe, fährt die halbamtliche Darstellung fort:

Als Grundlage der Verhandlungen diente das deutsch-französische Abkommen vom 8. Februar 1900. Die beiden Regierungen haben sich nun über einen Vertrag geeinigt, der vorläufig Montag früh gemeinschaftlich der Öffentlichkeit übergeben werden soll. Die französische Regierung hat sich zunächst abermals auf das Bündnis verpflichtet, die wirtschaftliche Gleichberechtigung der verschiedenen Nationen in Marokko aufrechtzuerhalten und dafür Sorge zu tragen, daß das Prinzip der offenen Tür, wie es in den vorhergehenden Verträgen festgelegt, durch keinerlei Maßnahmen beeinträchtigt werde. Auch hat die französische Regierung ausdrücklich Rechte und Wirkungskreis der marokkanischen Staatsbank erneut garantiert.

Andererseits hat die kaiserliche Regierung ihr bereits in dem Vertrage vom 8. Februar 1900 ausgesprochenes politisches Desinteressement näher präzisiert und der französischen Regierung volle Bewegungsfreiheit für Herstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung und für die in Marokko vorzunehmenden Reformen jeder Art zugesichert. Sollte die französische Regierung im Einvernehmen mit der marokkanischen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Sicherung wirtschaftlicher Transaktionen marokkanisches Gebiet militärisch besetzen, so wird auch demgegenüber die kaiserliche Regierung keine Schwierigkeiten machen. Das gleiche gilt von etwaigen Polizeiaktionen zu Lande und zu Wasser. Endlich hat die deutsche Regierung erklärt, keinen Einspruch erheben zu wollen, falls der Sultan von Marokko die diplomatischen und konsularagenten Frankreichs mit der Vertretung der marokkanischen Untertanen im Auslande betrauen sollte. Das gleiche gilt für den Fall, daß der Sultan den Vertreter Frankreichs bei der marokkanischen Regierung zum Vermittler gegenüber den übrigen fremden Vertretern zu bestellen wünscht. Diese Bestimmung war für unsere Interessen wertvoll, weil auf diese Weise dem gefährlichen Spiel mit dem Moskau Scheriffen ein Ende gemacht wird, das dazu führen müßte, daß es uns in strittigen Fällen an Personen fehle, an die wir uns halten könnten.

Die französische Regierung verpflichtet sich, keinerlei Ungleichheiten zwischen den in Marokko handelstreibenden Nationen zuzulassen, weder in bezug auf Zölle, Steuern und andere Abgaben irgend welcher Art, noch bei den Tarifen für die zukünftigen Eisenbahnen, Schiffe oder andere Verkehrsmittel. Das gleiche soll gelten für alle Fragen des Transitverkehrs. Sodann wird die französische Regierung bei der marokkanischen Regierung eine verschiedenartige Behandlung der Staatsangehörigen der verschiedenen Länder unter allen Umständen verhindern.

Es folgen hier verschiedene Einzelheiten über die Maßregeln, die die wirtschaftliche Gleichberechtigung namentlich auch in bezug auf die Zollbehandlung sicherstellen sollen. Weiter heißt es:

Die französische Regierung wird darüber wachen, daß von dem aus Marokko zu exportierenden Eisen kein Ausfuhrzoll erhoben wird. Desgleichen sollen der Minenindustrie in bezug auf die Produktion und die Arbeitsmittel keinerlei besondere Steuern auferlegt werden dürfen. Abgesehen von allgemeinen Steuern haben sie nur eine jährliche nach Hektaren zu berechnende feste Abgabe und eine weitere Abgabe im Verhältnis zum Bruttogewinn zu tragen. Die französische Regierung wird nicht zulassen, daß in bezug auf Bergwerksabgaben zwischen den Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten irgend welcher Unterschied gemacht wird.

In bezug auf die öffentlichen Arbeiten bleiben die Bestimmungen der Algecirasakte über die öffentlichen Ausschreibungen bestehen. Der Betrieb der großen Unternehmungen bleibt dem marokkanischen Staat vorbehalten oder kann von ihm freihändig an Dritte vergeben werden, die die für den Betrieb nötigen Geldmittel zur Verfügung stellen. Die französische Regierung wird jedoch darüber wachen, daß beim Betriebe der Eisenbahnen und etwaiger sonstiger Transportmittel sowie auch in bezug auf die Anwendung der Reglemente, die diesen Betrieb sichern, die Staatsangehörigen sämtlicher Mächte eine unbedingte gleichmäßige Behandlung erfahren.

Es folgen wieder administrative Bestimmungen, die die Gleichberechtigung aller Nationen bei der Vergabe der öffentlichen Arbeiten sichern sollen. Es folgen Bestimmungen über Eisenbahnen und Eisenbahnanhänge:

Um die Erschließung Marokkos zu erleichtern und den freien Wettbewerb zu ermutigen, hat sich die französische Regierung verpflichtet, die marokkanische Regierung zu veranlassen, allen Eigentümern von Bergwerken sowie von industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen ohne Unterschied der Nationalität den Bau von Eisenbahnen aus eigenen Mitteln zu gestatten, durch die sie ihre Establishments mit öffentlichen Eisenbahnen oder mit den nächstgelegenen Häfen verbinden können.

Ueber den Betrieb der öffentlichen Eisenbahnen in Marokko soll alljährlich ein Bericht erstattet werden.

Besonders wichtig waren in den letzten Jahren zahlreiche Beschwerden gegen die französischen Behörden und Beamten in Marokko und die unter ihrem Einfluß stehenden Beamten des Nachen laut geworden. Um die vorhandenen Mißstände tunlichst zu beseitigen, hat sich die französische Regierung in Artikel 9 verpflichtet, die marokkanische Regierung zu bestimmen, in jedem Besonderefall, der sich nicht durch die beiden beteiligten Konsuln hat regeln lassen, gemeinschaftlich mit dem französischen Konsul und demjenigen der interessierten Macht einen Schiedsrichter zur Regelung der Angelegenheit zu bestimmen. Können sich die Konsuln über den Schiedsrichter nicht einigen, so ist derselbe von der marokkanischen Regierung gemeinschaftlich mit den Regierungen der beiden beteiligten Konsuln zu bestimmen. Dieses Verfahren greift gleichmäßig Platz für Beschwerden gegen marokkanische Behörden, wie gegen französische Agenten, sofern sie die Tätigkeit marokkanischer Behörden ausüben. Dieses Schiedsverfahren wird solange in Geltung bleiben, bis in Marokko einmal eine Gerichtsorganisation geschaffen sein wird, die den Rechtsregeln der Gesetzgebung der interessierten Staaten entspricht und die dann auch bestimmt sein wird, nach vorher eingeholter Zustimmung der Mächte die Konsular-Gerichtsbarkeit zu ersetzen.

Art. 10 legt der französischen Regierung die Verpflichtung auf, darüber zu wachen, daß die fremden Staatsangehörigen auch in Zukunft in den marokkanischen Gewässern und Häfen die ihnen vertragsmäßig zustehenden Fischereirechte ausüben dürfen.

Art. 11 sichert dem fremden Handel die Eröffnung neuer Häfen, je nach dem sich ergebenden Bedürfnis. In Art. 12 haben sodann beide Regierungen sich auf Wunsch der marokkanischen Regierung bereit erklärt, mit den übrigen Mächten auf der Unterlage der Madrider Konvention eine Revision der Listen sowie der Nachträge der fremden Schutzzonen herbeizuführen, die in Art. 8 und 16 dieser Konvention erwähnt sind. Sollten in der Zukunft die wirtschaftlichen Verhältnisse in Marokko sich so umgestalten, daß eine Veränderung des Systems der Schutzzonen angezeigt erscheint, so werden beide Regierungen, wenn dieser Augenblick gekommen ist, bei den Signatarmächten eine entsprechende Veränderung der Madrider Konvention betreiben. Art. 13 erklärt sodann in üblicher Weise die Aufhebung aller mit den vorstehenden Bestimmungen in Widerspruch stehenden Vertragsklauseln, Abmachungen, Vereinbarungen und Reglemente. Endlich sichern sich in Art. 14 beide Mächte gegenseitig ihre Unterstützung zu, um die übrigen Signatarmächte der Algecirasakte zum Beitritt zu dem gegenwärtigen Abkommen zu bestimmen.

Soweit der offiziöse Auszug ein Urteil zuläßt, scheint die deutsche Regierung ziemlich umfangreiche Garantien für die offene Tür durchgesetzt zu haben. Dafür erhalten die Franzosen den uneingeschränkten politischen Besitz des Landes, nicht zum Nutzen des französischen Protektariats, aber zum Vorteil der Kapitalisten aller Länder, die ein neues Ausbeutungsgebiet erhalten, das ihnen Frankreich mit militärischer Macht sichern und erweitern muß.

Das Kongoaabkommen, das für das deutsche arbeitende Volk neue Belastungen und Kolonialgefahren bedeutet, wird noch nicht bekannt gegeben.

Der Krieg.

In Italien wie in der Türkei wird die Nachrichten-Zensur mit der größten Strenge gehandhabt, so daß die offiziellen Mitteilungen beider Parteien sich direkt widersprechen und daher nur mit Vorsicht aufzunehmen sind. Die italienische Militärbehörde scheint in Tripolis den Kriegskorrespondenten der fremden Zeitungen ziemlich Schwierigkeiten zu machen, so daß auch hier die Zuverlässigkeit und die Schnelligkeit der Berichterstattung leidet.

Aus den verschiedenen widerspruchsvollen Meldungen kann man sich ungefähr folgendes Bild über die gegenwärtige Kriegslage in Tripolis machen: Die Italiener haben ihre Verteidigungslinien in die unmittelbare Nähe der Stadt zurückziehen müssen und harren mit großer Nervosität neuer Angriffe der Türken auf die Stadt, noch viel weniger aber zu einer Einnahme derselben gekommen sein. Ausgeschlossen ist ein solcher Angriff nicht, wenn die türkische Heeresleitung über genug arabische Hilfstruppen verfügt.

Wenn italienische Meldungen die Lage als „unverändert“ bezeichnen, so will das eben heißen: die Lage ist unverändert kritisch. Indirekt wird das auch von der italienischen Regierung dadurch zugegeben, daß sie sicherhaft bemüht ist, eine starke dritte Division zu formieren und damit das Expeditionskorps auf 80 000 Mann zu verstärken. Gleichzeitig wird dem bisherigen Oberführer, General Canova, noch ein anderer zugefügt, der Generalleutnant Frugoni. Wie es heißt, wollen die Italiener das gewagte Experiment machen, in der kritischen Situation eine Neuorganisation des Expeditionskorps in Form von zwei Armeekorps durchzuführen. Die schon jetzt bestehende Verwirrung im italienischen Lager, wo die Illusion eines ungefährlichen militärischen Spazierganges schon längst verfliegen ist, kann dadurch noch bedeutend vermehrt werden.

Mittlerweile kommen auch italienische Zeitungen dahinter, daß die Regierung bei der Angabe der Verluste geschwindelt hat. Dem italienischen Volke werden aber noch viel mehr bittere Enttäuschungen bereitet werden, vor allem wenn neben den Blutopfern auch die ungeheuer großen Geldkosten des Krieges in Form von Steuern usw. von ihm verlangt werden. Ganz zu schweigen von der moralischen Einbuße, die Italien durch seine nicht abzuleugnenden bestialischen Grausamkeiten gegen die ihr Land verteidigenden Eingeborenen erlitten hat. Allerdings befindet sich die italienische Regierung da in guter Gesellschaft, denn die Kolonialgeschichte aller Länder ist mit Blut geschrieben, und Kolonialkriege sind besonders geeignet, die Bestie im Menschen zu entfesseln. Das Entartungsgeheimnis der „Kulturnationen“ über die italienische Barbarei ist daher von einem guten Teil Heuchelei durchsetzt; man könnte jedem einzelnen von ihnen ein bluttriefendes Sündenregister entgegenhalten. Nur wir Sozialisten haben mit unserem Kampf gegen den Krieg und gegen Kolonialraubereien die Logik, die Ehrlichkeit und die Humanität auf unserer Seite.

Leider wehren sich infolge der kritischen Lage in Tripolis immer mehr die Nachrichten, daß die italienische Flotte die Schlappe durch einen Angriff auf die Levantehäfen wieder gut machen und die Türkei zum Nachgeben zwingen soll. Die weltpolitische Situation würde durch ein solches Vorgehen ein ganz neues, weit gefährlicheres Gesicht bekommen.

Wir geben nachstehend die wichtigsten heute vorliegenden Nachrichten mit dem eingangs gemachten Vorbehalt wieder:

Die italienischen Verstärkungen.

Rom, 8. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Der Ministerrat hat gestern die Enderstellung der Klasse 1889 zu den Fahnen, die wegen des Krieges wie wegen des normalen Funktionierens der Armee notwendig ist. — Gegenwärtig befinden sich viele Streitkräfte in Tripolis und der Cyrenaika; daher hat sich die Notwendigkeit ergeben, als zweiten Korpskommandeur den General Frugoni zu entsenden. Die Regierung ist fest entschlossen, für alle Fälle weitere Streitkräfte zu mobilisieren und zur Abfahrt bereitzuhalten, um den Krieg mit jeder gebotenen Energie zu Ende zu führen.

Die Neuformationen.

Milano, 8. November. Bei der gegenwärtigen Kriegslage ist es nicht verwunderlich, daß Nachrichten vom Kriegsschauplatz fast vollständig fehlen. Die in Tripolis stehenden italienischen Streitkräfte reichen kaum aus, die italienischen Stellungen an der Küste zu halten, und die zur Verstärkung abgehenden Verbände sind erst noch in der Bildung begriffen. Die italienische Heeresleitung hatte wohl von Anfang an die Auffstellung einer dritten als Reserve dienenden Division in Aussicht genommen. Aber der Rahmen des Okkupationsheeres hat sich als zu eng geplant erwiesen, und der Generalkommando muß nunmehr statt der Division zwei ganze Armeekorps aufstellen, die wohl eine Effektivestärke von 80 000 Mann haben. Die Kosten für den Feldzug in den von allen Hilfsquellen entblöhten Gebieten steigen durch die Nachschübe ins Ungeheure.

Offizielle Falschmeldungen.

Rom, 8. November. „Corriere d'Italia“ versichert, daß die Zahl der bei Tripolis Verwundeten tatsächlich eine bedeutend höhere ist, als dies in den amtlichen Meldungen zugestanden wird. So sind an Bord des Hospitalschiffes „Regina d'Italia“ am Montag allein 350 Verwundete in Palermo an Land gebracht worden, darunter 25 Offiziere. Der amtliche Bericht sprach nur von 158 Verwundeten, darunter 16 Offizieren.

Türkische Meldungen.

Konstantinopel, 8. November. Die militärische Depeschenzensur wird strengstens gehandhabt. Auch die hiesigen Zeitungen beginnen über den Krieg nur wenig zu berichten. Der Kriegsminister hat an die Wälder eine Zuschrift gerichtet, in der er unter Androhung strenger Bestrafung Angaben über Stärke und Bewegung der türkischen Truppen, sowie über die Verkehrsmittel mit Tripolis, Bengasi usw. verbietet.

Konstantinopel, 2. November. Im Kriegsministerium sind gestern und heute keine Depeschen aus Tripolis eingelaufen. Vom Ministerium des Keufers wird bestätigt, daß alle besetzten Positionen außerhalb der Stadt Tripolis eingenommen sind.

Ein türkischer Angriff auf Tripolis?

Frankfurt a. M., 8. November. Die „Frankfurter Zeitung“ verbreitet folgendes Extrakt aus Konstantinopel:

Keschab Bey richtete an den italienischen Kommandanten in Tripolis die Aufforderung, sich zu ergeben. Der italienische Kommandant antwortete ablehnend. Keschab Bey begann hierauf das Bombardement der Stadt, welches zwei Stunden anhielt. Da jedoch der größte Teil der italienischen Truppen sich in die Häuser zurückzog, wurde das Bombardement unterbrochen. Keschab Bey delegierte hierauf seinen Adjutanten als Parlamentär zu den fremden Konfuln und ließ sie auffordern, sich zusammen mit den Einwohnern außerhalb der Stadt zu begeben, da es ihm unmöglich sei, den Angriff auf die Stadt aufzuheben. Die dann zwischen den Konfuln und dem italienischen Kommandanten geführten Verhandlungen scheiterten. Letzterer wollte erst nach Rom referieren, aber Keschab wies diesen Vorschlag zurück.

Die Revolution in China.

Trotz des kaiserlichen Edikts und trotz allen Reformers der Nationalversammlung wird an verschiedenen Stellen des Revolutionsgebietes weitergekämpft und der von Juanshikai angeordnete Waffenstillstand wird von den kämpfenden Parteien nicht innegehalten. Auch scheint die reaktionäre Bewegung in anderen Provinzen emporzulodern, so in der Sübprovinz Yunan, die schon immer zu den unbotmäßigsten gehört hat. Ueber den Ausgang des Kampfes um Hankau läßt sich immer noch nichts Bestimmtes sagen. Auch das Schicksal der Mandschudynastie ist noch keineswegs sicher.

Das Reformprogramm der Regierung.

Peking, 8. November. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der Thron hat heute eine Reihe von Bestimmungen angenommen, welche die Nationalversammlung als notwendige Grundlagen der von ihr zu entwerfenden Verfassung vorgelegt hat. Die Bestimmungen sehen die Einführung eines Parlaments fest, dem die Kontrolle über die Ausgaben und die Verwaltung zuzuführen, sowie eines Ministeriums, das vom Parlament gewählt werden und ihm verantwortlich sein soll. Bis zur Einführung und Verammlung des Parlaments soll die Nationalversammlung seine Stellung einnehmen.

Die Forderungen der Nationalversammlung und der Militärliga.

Peking, 8. November. Der wesentlichste Punkt des Programms, welches gemeinsam die Nationalversammlung und Militärliga ausgearbeitet haben, ist die vollständige Vernichtung der Mandschudynastie. Die Nationalversammlung ist nicht damit zufrieden, dem Adel die hohen Posten zu entziehen. Die Liga ist entschlossen, die Gelegenheit zu benutzen, um den Mandschus ihre seit Jahrhunderten geerbten Vorrechte, die sie zur herrschenden Klasse machten, zu entziehen. Zu den Forderungen, welche die Nationalversammlung dem Thron noch stellt, gehört die Abschaffung des Popptragens, die Auflösung der acht Mandschuregimenter, von deren Wertlosigkeit man seit langem überzeugt ist und die nur eine Belastung des Budgets bedeuten, ferner daß die Mandschus in Zukunft chinesische Familiennamen annehmen sollen, wodurch sie nach und nach von der chinesischen Bevölkerung aufgefaßt werden; endlich daß die Pensionen, welche die Mandschufamilien bis jetzt von dem Staate erhielten, vollständig abgeschafft werden. Seit der Erhebung der gegenwärtigen Dynastie hatten nämlich familiäre Mandschus vom Tage ihrer Geburt an das Recht einer monatlichen Pension von der Regierung.

Die öffentliche Meinung gegen die Dynastie und gegen Juanshikai.

Shanghai, 8. November. Juanshikai spricht sich in einer Depesche, welche er an den Kaiser von Nanjing nicht offiziell gerichtet hat, sehr pessimistisch über die gegenwärtige Lage aus, namentlich da er bemerkt hat, daß die ganze Nation auf der Seite der Rebellen, selbst in den extremsten Forderungen derselben stehe. Juanshikai hält die Zahl von 10 000 Mann, welche ihm zum Kampfe gegen die Revolutionäre zur Verfügung gestellt worden sind, für zu gering. Er beschwört die Vizekönige, über die Interessen der Distrikte, die ihrer Jurisdiktion unterworfen sind, zu wachen und fordert sie auf, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Die chinesischen Zeitungen, welche das letzte kaiserliche Edikt einer eingehenden Kritik unterziehen, schreiben, daß dieses Edikt ohne jeden Wert ist und raten der Nation, unaufhaltsam vorwärts zu gehen in der revolutionären Bewegung, bis alle Mandschus ihrer Posten enthoben sind. Sie richten ebenfalls heftige Angriffe gegen Juanshikai, den sie als einen Sklaven der Mandschus bezeichnen und von dem sie behaupten, daß er die Hauptursache dafür gewesen sei, daß die Forderungen des chinesischen Volkes bis jetzt noch nicht erfüllt worden sind. Gleichzeitig klagen sie ihn an, verantwortlich für die Zerstörung der Stadt Hankau durch Feuer zu sein.

Die Kämpfe um Hankau.

London, 8. November. Das Reutersche Bureau erhält aus Hankau folgende undatierte Depesche: Am Sonntagmorgen haben die Aufständischen die Verstärkungen erhalten, die die Stadt Hankau wieder erobert. Am Montagmorgen bombardierten die Kaiserlichen die Stellung der Aufständischen. Die Forts von Hanhang feuerten über den Fluß hinweg. Ein japanischer nach Tchangshai bestimmter Dampfer erhielt die Erlaubnis, den Fluß zu passieren. Eine Batterie beschuß den russischen Dampfer „Koltawa“ und wollte seine Räder nach Hankau von seinem Ankerplatz Stromabwärts nicht erlauben. Die Aufständischen enthaupeten den Obersten Changshinang, der in den Kämpfen am Freitag den Befehl geführt hatte, da er des Verrates verdächtig war. Andere Offiziere trafen dasselbe Schicksal. — Freunde berichten, daß sie mit angesehen hätten, wie die Aufständischen zwanzig geangene Kaiserliche und etwa tausend Verwundete töteten. — Schachsi und Jotschu haben die Fahne der Aufständischen gehißt.

Die Ausdehnung des Revolutionsherdes.

New York, 8. November. Die „United Press“ empfängt aus Tokio ein Kabeltelegramm, dem zufolge die chinesischen Truppen in Tsinanfu meuterten und das Arsenal eroberten. Die wenigen treugebliebenen kaiserlichen Truppen entflohen. In der Provinz Yunan haben die Truppen die Unabhängigkeit der gesamten südlichen Landschaften proklamiert. Auch im Norden wächst die revolutionäre Bewegung bedrohlich. Die Kadetten der Militärakademie in Peking, aus der der gesamte Nachwuchs der chinesischen Offiziere hervorgeht, haben sich für die Revolution erklärt und sind zu den Rebellen übergegangen. Dadurch wird die Verbindung der gegen die Rebellen im Felde stehenden Truppen mit der Landeshauptstadt Peking arg bedroht. In Hankau dauert der Kampf fort; das Eingeborenenviertel ist während der Gesichte der letzten Nacht in Flammen aufgegangen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. November 1911.

Die schwarze Schwindlergarde.

Die Erklärungen des Genossen Vollmar über die denkwürdige Wahlabmachung an den Kaisergräbern in Dom zu Speyer sind der schwarzen Schwindlergarde schwer auf die Nerven gefallen. Es ist ja auch ein böses Pech, so beim Lügen attrapiert zu werden. Aber ein schlichter Versuch, das Schwindeln fortzusetzen, muß doch gemacht werden. So entgegnet die fromme, wahrheitsliebende „Germania“, wenn auch vorsichtshalber an ziemlich versteckter Stelle, auf Vollmars Darstellung das Folgende:

„Dieser Geistliche, der nun nicht der jetzige Erzbischof von München, v. Bettinger war, sondern der ehemalige Abgeordnete Domherr Zimmern, hat auf Herrn von Vollmars Aufforderung ihm den Dom und die Krypta gezeigt. Dem Wünsche Herrn v. Vollmars kam Abgeordneter Zimmern um so lieber nach, da er viele gemeinschaftliche Interessen mit jenem teilte. Wenn während der Besichtigung das Gespräch auch auf Politik gekommen sein soll, so ist das in politisch bewegten Tagen schließlich kein Wunder. Das Wahlkompromiß aber ist weder im Speyerer Dom angeregt, noch gar abgeschlossen worden.“

Es gehört nicht nur eine schon mehr pathologische Abneigung gegen die Wahrfähigkeit, sondern auch ein respektables Maß von Zentrumsdreistigkeit dazu, gegenüber Vollmars unentrinnbar klarer Darstellung den „Germania“-Lesern ein solches Ammenmärchen aufbinden zu wollen!

Freilich, die dümmsten Fabeln und eisenstirniges Ableugnen sind schon notwendig, wenn die Zentrumspresse immer wieder anderen Parteien Wahlkompromisse mit der Sozialdemokratie als politische Todsünde anrechnet. So, wenn sich z. B. das Stuttgarter Zentrumsblatt, das „Deutsche Volksblatt“, gegen die elsass-lothringischen Liberalen ereifert: „Hier wird offen vor aller Welt dokumentiert, daß der Liberalismus mit der Umsturzpartei praktisch zusammenarbeiten will und wird. Damit hat sich der Liberalismus ein für allemal aus der Reihe der staatsverhaltenden Parteien gestrichen. Wenn die Regierung mit dem Großblock zusammenarbeitet, so begeht sie einen folgenschweren Verrat an den Interessen des Staates und der Monarchie!“

Dabei will es das Unheil, daß in einer am letzten Sonnabend in Straßburg abgehaltenen Versammlung der Genosse Voehle dem Zentrumsführer Burguburu gegenüber festgestellt hat, daß das Zentrum durch Mittelmänner auch für die elsass-lothringischen Stichwahlen der Sozialdemokratie ein Wahlbündnis angetragen, sich dabei freilich einen Korb geholt hat! Genosse Voehle führte in jener Versammlung aus:

„Ja kann nur bestätigen, daß man von Zentrumsseite zweimal zu mir kam in mein Geschäft und man mich nicht traf. Man kam ein drittes Mal, und da wurde mit meiner Frau eine bestimmte Stunde ausgemacht. Die Unterredung fand in einem Café statt und es haben sie wohl auch andere verstanden, z. B. der Obersteiner vielleicht. (Geister!) Dabei wurde ich gefragt, ob das Abkommen mit den Liberalen-Demokraten geschlossen, und als ich erklärte: „Nein nicht“, sagte man mir: „Wenn das Abkommen nicht zustande käme, und ich müßte dafür sorgen, daß es nicht so würde, dann werde das Zentrum mit uns Hand in Hand gehen. In Straßburg gäbe es dann sechs Stige für uns.“ Nr. 2, der dann kam, fragte das Gleiche, meinte aber, an Blumenhof und Laugel liegt dem Zentrum nicht so viel, an die halten wir nicht mehr so fest, aber am Freix um so mehr! Den lassen wir nicht! Nr. 3, das war ein Landtagskandidat, meinte: „Machen Sie keinen Kompromiß, die beiden Wölfe dürfen nicht in den Landtag. Sie verlieren nichts dabei!“

Als Voehle Herrn Burguburu fragte, ob er noch mehr sagen solle, verdurstete dieser brave!

Es ist die alte Geschichte: das Zentrum bettelt erst unter feierlichen Versprechungen um sozialdemokratische Wahlhilfe, um dann den feierlichsten, förmlichsten Pakt dreist abzuleugnen. Welche den Zentrumsmännern, die der Wahrheit die Ehre geben wollten. Der Fall des preussischen Landtagsabgeordneten Saueremann ist dafür typisch. Dieser Zentrumsmann verpfändete sich (gleich anderen Kollegen, z. B. auch dem Herrn Gronowski) in aller Form schriftlich auf die sozialdemokratischen Bedingungen. Nach seiner Wahl sprach er sogar der örtlichen sozialdemokratischen Zeitung den „aufrichtigsten und herzlichsten Dank“ aus. In dem Dankschreiben hieß es wörtlich:

„Ich bitte, auch bei Gelegenheit den Wahlmännern Ihrer Partei diesen meinen Dank nochmals auszusprechen, aber nicht in der Zeitung, weil mir dadurch von anderer Seite sehr, sehr große Schwierigkeiten erwachsen würden.“

Der Mann mußte, daß das Zentrum alles verzeiht, nur nicht Wahrfähigkeit und Ehrlichkeit!

Herrn v. Breitenbachs billige Kartoffeln.

Minister v. Breitenbach, der geniale Leiter des preussischen Eisenbahnwesens, erklärte am 25. Oktober bei der letzten Leuerungsdebatte im Reichstage, daß von einer Leuerung durchaus nicht gesprochen werden könne, denn die Eisenbahnverwaltung habe beinahe eine Million Zentner bester Ehlkartoffeln im Osten zu dem niedrigen Preise von 2,70 bis 2,90 M. pro Zentner aufzukaufen vermocht.

Zu dieser kuriosen Veranschlagung wird der „Freis. Jtg.“ aus ihrem Leserkreise geschrieben:

Von diesen Kartoffeln haben auch Beamte und Arbeiter der Eisenbahndirektion große Mengen bezogen und sind damit gründlich hineingekollt worden. Die Kartoffeln wurden als gute Speisekartoffeln empfohlen, und die Vesteiler mußten sich schriftlich verpflichten, 25 Prozent des Preises sofort und 75 Prozent bei Empfang der Kartoffeln zu bezahlen, indem sie gleichzeitig auf jede Reklamation bezüglich der Qualität verzichteten mußten. Die ersten beiden Ladungen sollen leidlich gewesen sein; der größte Teil aber ist derart unter aller Kritik, daß viele Beamte und Arbeiter die Verzehrung verweigern, trotz der Vergütungsleistung auf Reklamation. Sie sagen, man habe sie in den guten Glauben verführt, Speisekartoffeln zu erhalten und habe ihnen für Menschen ungenießbare Schweinekartoffeln geliefert. Dabei betrug der Preis nicht, wie der Minister angab, 2,70 bis 2,90 M., sondern 3,60 M. für den Zentner.

Allem Anschein nach ist Herr v. Breitenbach der Ansicht, daß Schweinekartoffeln ein vorzügliches Nahrungsmittel für Eisenbahnbeamte und Eisenbahnarbeiter sind. Damit er den Unterschied zwischen „besten Ehlkartoffeln“ und „ungenießbaren Schweinekartoffeln“ begreifen lernt, möchten wir empfehlen, daß er zwei oder drei Wochen lang ausschließlich mit Schweinekartoffeln gefüttert wird. Wir sind sicher, daß er dann trotz seines etwas schwerfälligen Auffassungsvermögens nicht wieder öffentlich im Reichstag Schweinekartoffeln für beste Ehlkartoffeln erklärt.

Notstandsaktion in Thüringen.

Die Bürgermeister der weimarschen Städte unter 10 000 Einwohnern haben in einer Zusammenkunft eine Notstandskommission eingesetzt. Sie beschloßen weiter, den Einkauf von Lebensmitteln zu organisieren. Die Notstandskommission hat die Aufgabe, Orte, in denen ein besonderer Mangel eintritt, so rasch als möglich mit Nahrungsmitteln zu versehen.

Ein militärischer Festkommers.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Freiburg i. B. über die Einweihung des dortigen neuen Universitätsgebäudes geschrieben:

„Ich erlaube mir, Ihnen einiges aus den Reden mitzuteilen, die auf dem Festkommers am 29. Oktober anlässlich der Einweihung der neuen Freiburger Universität von dem Professor Geh. Hofrat Fabricius und dem hiesigen Divisionskommandeur Generalleutnant v. Deimling gehalten wurden. Ein Stenogramm der beiden Reden auszutreiben, war mir bis jetzt unmöglich, auch die Freiburger Presse, die die übrigen Festreden ausführlich wiedergegeben hat, berichtet nur kurz über den Festkommers. Ich muß mich also auf die Mitteilung einiger Aeußerungen beschränken. Im Laufe seiner Rede erwähnte der Professor eine Tafel mit den Namen der 47 Freiburger Studenten, die im Jahre 1870 mit in den Krieg gezogen waren. Im Anschluß daran verdrückte er sich über die jegliche gefährdrohende politische Lage und über die Möglichkeit eines Krieges. Er warnte dann vor den „Einfaltspinseln“, die durch ihre Friedensbuselei das Volk wehrlos machen wollten. Ich kann nur sagen, daß die ganze Rede auf mich mehr den Eindruck einer Agitationserede, als den einer Festrede machte. Von dieser Art sprache Generalleutnant v. Deimling aus, als er später das Wort ergriff. Er hielt eine wahre Lobrede auf den Krieg. Während man früher in Rußland tiefeln über die Wähe des Weltkriebers „gestampft“ sei, solche man heute in „Ritzpariser“ daher. Einige losgelöste Zitate von Schiller, Nietzsche u. a. führte er zur Bekräftigung seiner Ansichten an. Das Beste, was er der akademischen Jugend wünsche, sei, daß es ihr vergönnt sei, auch einmal Zeiten des Krieges und des Sieges mitzuerleben. Dann redete auch er gegen die Anhänger der Friedensbewegung, die das Volk „kastrieren“ und zu „politischen Eunuchen“ machen wollten. An der Spitze der Bewegung steht natürlich ein Weib, Berta von Suttner. Ist sie vielleicht hier? Sitt sie vielleicht da oben auf der Galerie? In diesem Ton ging weiter. Die Rede erinnerte lebhaft an Aeußerungen, die Deimling sich vor einiger Zeit gegen die Männer der Friedensbewegung erlaubte, als er sie Männer nannte, die zwar Hosen tragen, aber nichts drin haben. Der stürmische Beifall, den beide Reden fanden, ist sicher zum größten Teil auf die angeregte Stimmung zurückzuführen, in der ein Kommers zu verlaufen pflegt. Allerdings konnte man auch manchen bemerken, der stumm dasaß und dem die Empörung auf dem Gesichte geschrieben stand.“

Aufgehobenes Verbot eines öffentlichen Aufzuges.

Wieder einmal mußte der höchste preussische Verwaltungsgerichtshof die Behörden in bezug auf die Anwendung des Vereinsgesetzes eines Besseren belehren. Der Arbeiterverein Pinnerberg feierte am 14. Mai 1901 die Einweihung seiner Turnhalle. Es war erst ein Festzug mit Musik geplant, an dem die zum Fest geladenen Arbeitervereine der Umgegend teilnehmen sollten unter Mitführung der Fahnen. Die Polizeiverwaltung verbot die Genehmigung, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei. Schließlich wurde ein Festzug ohne Musikkorps und ohne Fahnen genehmigt. Nur Trommler und Pfeifer durften vorhergehen.

Wegen des Verbots des Zuges in der erst geplanten Form erhob B. Mehlte vergeblich die Beschwerde beim Landrat des Kreises Pinnerberg und beim Regierungspräsidenten in Schleswig. Die Behörden beriefen sich vor allem darauf, daß am selben Tage der Pinnerberger Kriegerverein seine Fahnenweihe hatte. Dadurch wären, so wurde gesagt, eine große Zahl patriotischer Leute nach Pinnerberg und Umgegend gekommen. Der Umzug der Arbeitervereine, wie er geplant gewesen sei, würde einen parteipolitischen, demonstrativen Charakter gehabt haben. Wegen der gleichzeitig stattfindenden Fahnenweihe des Kriegerverbandes, hätte die Möglichkeit von Zusammenstößen vorgelegen. Auch habe einmal ein Gefangener, der an dem Turnplatz habe teilnehmen sollen, ohne Genehmigung einen Aufzug mit Fahnen und Gesang gemacht. Das sei eine Tatsache, die Anschreitungen befürchten ließe. Deshalb sei das Verbot gerechtfertigt gewesen.

Mehlte klagte nun gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, machte geltend, daß keinerlei Tatsachen vorgebracht worden seien, aus denen auf die nahe Möglichkeit einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit geschlossen werden könnte. Kennzeichnend sei für das Vorgehen der Behörde, daß schließlich ein Aufzug ohne Musikkorps, ohne Fahnen, ohne Gefangenen, aber unter Vorantritt von Pfeifern und Trommlern gestattet worden sei. Hier könne man doch kein anderes Wort gebrauchen als: Schlangel — Zu bemerken sei, daß die eigentliche Fahnenweihe des Kriegerbundes eine halbe Stunde von Pinnerberg entfernt zu derselben Zeit habe stattfinden sollen, wie der Zug der Turner in Pinnerberg. Immer mehr häufe sich die Zahl der Fälle, wo für Verbote von Arbeiteraufzügen geltend gemacht werde, daß zur Zeit irgend ein patriotischer Verein ein Fest oder einen Aufzug habe und daß Zusammenstöße zu befürchten wären. In keinem der Fälle sei aber der Beweis geführt worden, daß die Mitglieder eines patriotischen Vereins so roh gewesen wären, die Festrede der Arbeiter zu stören, oder daß umgekehrt ein Arbeiterverein so gehandelt hätte. Die so oft aufgestellte Behauptung von der Möglichkeit solcher Zusammenstöße sei nichts als eine Fiktion, die in der Phantasie und in den Älten stehe. Der Anwalt stellte noch verschiedene Verweisanträge.

Das Oberverwaltungsgericht entschied, daß das Verbot aufzuheben sei. Es wurde kurz ausgeführt: In den Ausführungen der Behörden habe der Senat keinen Anhalt dafür finden können, daß in dem in Frage kommenden Festzuge und in der Art, wie er veranstaltet werden sollte, eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erblickt werden könnte.

Prinzipielle Wahlagitation!

Die Konstanz Liberalen haben ihren Sieg in etwas überschwenglicher Weise gefeiert. Dem neugewählten Abgeordneten Schmid haben sie einen Fackelzug dargebracht und einen riesigen Lorbeerkranz überreicht. Dabei haben die Herren freilich auch nicht vergessen, daß sie ihren Sieg der sozialdemokratischen Wahlunterstützung verdanken. So hat in dem Karlsruher Parteiblatt, dem „Volksfreund“, der nationalliberale Parteiführer Rebmann auch den sozialdemokratischen Wählern Schmid sowie den sozialdemokratischen Rednern seinen Dank ausgesprochen. Diese Wahl möge „ein glückverheißendes Zeichen für den Ausgang der Neuwahlen im nächsten Januar sein“. Dazu bemerkt die „Leipz. Volkszeitung“:

Wir Sozialdemokraten hoffen, daß unsere badischen Parteigenossen dann besser bei der Stange der roten Fahne bleiben als bei der Konstanz Hauptwahl, denn es muß offen ausgesprochen werden, daß das Resultat der ersten Wahl unsere Erwartungen nicht erfüllt hat, weil wir einen geringeren Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben.

als wir nach Lage der Sache erwarten durften. . . . Daß die Liberalen mehr Stimmen gewonnen — absolut und prozentual — wird jetzt von den entscheidenden nationalliberalen Vertretern der Großblöcke als ein Erfolg dieser Politik gegenüber der Sozialdemokratie ausgegeben. Man argumentiert: durch die Anerkennung der Sozialdemokraten seitens der Nationalliberalen als gleichberechtigte Partei, namentlich aber durch die Arbeitsgemeinschaft in der Kammer, sind die Grenzlinien zwischen den beiden Parteien für die nicht politisch gebildeten Wähler etwas verwischt worden, so daß mancher Inzident, der sonst sozialdemokratisch gewährt hätte, jetzt den Schritt zu den Liberalen nicht gemacht hat, er habe sich vielmehr gegen die nationalliberalen Kandidaten entschieden radikal wie die sozialdemokratische. Wichtig ist, daß die Nationalliberalen in der Kritik der Steuerbehörde unter Agitatoren nicht nachgegeben haben, obgleich die Nationalliberalen diese Steuerbehörde jahrzehntelang in Hand mit dem Zentrum mitgemacht haben, ja für Militarismus und Marinismus noch viel strapelloser das Geld verpulvert als das Zentrum.

Der „Vorwärts“ hat bereits nach dem ersten Wahlgang sein Bestreben über den geringen Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie und den von den badischen Genossen selbst vermuteten bedauerlichen Umstand ausgesprochen, daß eine Anzahl sozialdemokratischer Wähler schon beim ersten Wahlgang für Schmid gestimmt habe. Was wir damals schon sagten, möchten wir auch jetzt wiederholen: Der Wahllampf ist unter allen Umständen mit den Mitteln prinzipieller Aufklärung derart zu führen, daß eine Verwischung des Unterschieds zwischen bürgerlich-liberaler und proletarisch-sozialistischer Politik völlig ausgeschlossen ist und es jeder Arbeiter deshalb als ganz selbstverständlich betrachtet, beim ersten Wahlgang nur für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen!

Ein konservatives Urteil über den Sozialismus.

In einem Leitartikel über „Moderne Sozialismus“, der in einem bisherigen konservativen Regierungsorgan veröffentlicht ist, lesen wir folgende Ausführungen:

Es wäre wünschenswert, wenn die jetzigen sozialistischen Wähler unserer gebildeten Klassen ein Interesse an dem Studium der ganzen Bewegung aufbringen könnten. Ein solches Studium ist umso notwendiger, als man sonst aufs Geratewohl Stellung nimmt zu den sozialistischen Forderungen. Die ganze alte Anschauung über den Sozialismus als irgend eine Art Zusammengehörigkeit, emporgedrungen durch die Bosheit eines Teiles der Führer, die für ihre Dienste gründlich bezahlt nehmen, muß als unwahr und irreführend weggeführt werden. Was dem Sozialismus seine Stärke gibt, ist ein bedeutender Ideeninhalt, ohne welchen die ganze Sache längst in nichts zusammengefallen wäre.

Diese Ausführungen lasen wir natürlich nicht in der „Deutschen Tageszeitung“ oder der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, sondern in „Stockholmer Tageblatt“ vom 20. Oktober, dem Organ der bisherigen konservativ-großkapitalistischen Regierung Schwedens, ein Blatt, das gleichzeitig dem Herrn v. Sjöwold des schwedischen Arbeitervereins nahe steht. Wie wäre es, wenn die schwarzblaue Presse in Deutschland, einschließlich der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitungen“ diese Ausführungen nachdrucken würden?! Daran ist freilich nicht zu denken; unsere deutschen „staatsfeindlichen“ Blätter gießen die Kost des Reichsverbandes vor, dessen Ausschleimungen dem „Wahrheitsempfinden“ unserer Nordspatrioten mehr entspricht. Aber wir zweifeln nicht daran, daß auch in Deutschland die Wahlsiege der Sozialdemokratie den „gebildeten Klassen“ schon Interesse an dem Studium der sozialistischen Bewegung aufzwingen werden.

Konservativer Terrorismus.

Auf dem konservativen Parteitag in Breslau hat am letzten Sonntag Herr v. Heydebrand unter dem dröhnenden Beifall der zahlreichen „Zwangsbefolgten“ auch Stellung gegen den „immer fühlbarer werdenden sozialdemokratischen Terrorismus“ genommen und scharfe Schutzmaßnahmen von der Regierung verlangt. Daß Herr v. Heydebrand den Terrorismus nur bei der Sozialdemokratie sucht, ist durchaus nicht neu; daß aber der Terrorismus in der eigenen Partei und im eigenen Wahlkreise des ungekrönten Königs in läppischer Weise wuchert, davon will dieser nichts wissen, obwohl es ihm von den Sozialdemokraten als auch von seinem nationalliberalen Gegenkandidaten im Wahlkreise Westlich-Trebnitz schon hundertmal in öffentlichen Versammlungen gesagt und bewiesen worden ist.

Ein Beispiel, auf welche Weise die Konservativen terrorisieren, gibt der freisinnige „Striegauer Anzeiger“ aus dem Wahlkreise Schweidnitz-Striegau, den zurzeit der konservative Abgeordnete v. Nischhofen im Reichstage vertritt. Nicht nur, daß Herr v. Nischhofen den Anträgen des „Striegauer Anzeiger“ verboten hat, sein Dominium zu betreten, sucht er auch dieses Blatt durch Einwirkung auf die Postleute in seinem Abonnementstand zu schädigen. Der Bundesgenosse des Herrn v. Nischhofen, der Landesälteste Dr. Schwarz in Eibendorf, hat sogar an seinen Dominikanshäuser Schilder andringen lassen, die ein Verbot des „Striegauer Anzeiger“ enthalten.

In gleicher Weise sucht ein anderer Junker, ein Herr von Sudenbrot an Blödwitz, das freisinnige Blatt zu schädigen. Ganz abgesehen davon, daß fast den meisten Gastwirten im Kreise der direkte Wohlstand angedroht wird, wenn sie ihre Säle oder Grundstücke zu sozialdemokratischen oder freisinnigen Wähler-versammlungen hergeben.

Ein an „Verfälschungen“ leidender Amtsvorsteher.

Der Amtsvorsteher Braubach in Stoberau, Wahlkreis Orlitz, hat vier Versammlungen unter freiem Himmel hintereinander verboten, weil er die „begründete Befürchtung“ hatte, daß es bei den betreffenden Versammlungen inmitten der Landbevölkerung, die den Bestrebungen der Sozialdemokratie feindselig gegenübersteht, zu ernstlichen Reibereien und somit zu Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kommen kann. Auch ist so folgerte der Amtsvorsteher weiter, der Zuzpruch zum Alkohol, der leider in der Gegend kein geringer ist, ein Verstoß zur Erziehung der Gemüter. Dies waren die Gründe des Amtsvorstehers zum Verbot der Versammlungen, die er in jeder Beziehung für seinen Amtsbezirk auch bei späteren Versuchen ausreicht erhalten wollte. Auf die Beschwerde beim Landrat hin hat jetzt der Amtsvorsteher dem Einberufer der Versammlung folgenden Bescheid zugehen lassen:

„Da meine Gründe zur Verhinderung der Genehmigung zur Abhaltung der vor dem 22. d. Mts. angemeldeten Versammlungen auf dem Grundstücke des Maurers Hoffmann zu Stoberau höheren Orts nicht für ausreichend erachtet worden sind, siehe ich mich nicht an, meine diesbezüglichen Verfügungen zurückzunehmen.“ (gez.) Braubach.“

Eine neue Lügenmär

Aber sozialdemokratischen Terrorismus macht in einem „Eingefandt“ die Kunde durch die pommerische konservative Presse. Da als sicher anzunehmen ist, daß alle Reichsverbandsblätter bis in den entlegensten Winkel Deutschlands über den fetten Wiesen herfallen, um bei der Wahlbewegung Kapital daraus zu schlagen, wollen wir auf Grund authentischer Nachrichten den Schwindel hier festsetzen.

In einer Notiz unter der Ueberschrift „Von sozialdemokratischen Gewerkschaften zu Tode geht“ wird veranlagt. Redakt.: Richard Borch, Berlin. Inseratenteil veranlagt.

behauptet, die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in Stolp hätten einen Tischler D. fortwährend bedrängt, der Gewerkschaft beizutreten. Am vor den Verfolgungen sicher zu sein, trat D. schweren Herzens der Gewerkschaft bei. Es brach ein Tischlerstreik aus. D. mußte mithin, wie es geschmackvoll in dem Eingefandt heißt, und bekam auch Streikgelder. Mit dem Gelde kam er aber nicht aus. Er suchte sich deshalb wieder Arbeit und erklärte seinen Austritt aus dem Verband. Bald sei er so „bearbeitet“ worden, daß er sich in Stolp nicht mehr sicher gefühlt hätte und den Ort verlassen mußte. „Die Genossen belegten seine Sachen mit Beschlagnahme, weil er annahm, dort gäbe es keine Gewerkschaft. Doch vergebens. Auch hier waren Sozialdemokraten und setzten ihr Treiben, den Mann zu ruinieren, fort. Schwer leidend und fast niedergebrosen schickte er mit Frau und Kindern nach Anklam. Hier mußte er als kranker Mann die erste beste Arbeit aufnehmen. Es war aber bereits vorbei mit ihm, sein geschwächtes Herz vermochte diese Aufregungen nicht zu ertragen. Er starb. Um den Kindern und sich das nötige Brot zu verdienen, arbeitete sich auch seine Frau ganz ab, die ihm überarbeitet und vergrämt wenige Wochen später in den Tod folgte.“

Diese schaurige Geschichte ist von A bis Z erlogen! Der Fall, um den es sich hier nur handeln kann, liegt bereits mehrere Jahre zurück. Er ist folgender:

Im Jahre 1902 trat der Tischler Emil Dehn aus dem Gewerbeverein der Holzarbeiter (H.-V.) mit etwa 20 seiner Kollegen aus, weil dieser die Interessen seiner Mitglieder mit Füßen getreten hatte. Sämtliche Tischler traten sofort dem Deutschen Holzarbeiterverband freiwillig bei. 1908, also vier Jahre später, brach in Stolp ein Streik aus, der vom Holzarbeiterverband und den nationalen Arbeitern eine Zeitlang gemeinsam geführt wurde. Während des Streiks reiste Dehn in Begleitung eines Kollegen nach Treibsee, wo er aus der Verhandlung das nötige Reisegeld erhielt. Nach einiger Zeit ließ er seine Familie nachkommen. Diese bekam die Nutzungsunterstützung. Die Fabrik, in der D. tätig war, ging dann pleite, so daß Dehn nun arbeitslos wurde. Während sein Kollege nach Stolp zurückkehrte, reiste D. nach Anklam, wo er unter tatkräftiger Mithilfe unserer Parteigenossen auch sofort Arbeit fand. Leider aber erkrankte Dehn an Blinddarmentzündung und starb nach kurzem Krankenlager an den Folgen dieser Entzündung. Die Witwe erhielt selbstverständlich vom Verbands die Sterbeunterstützung. Dehn war bis zu seinem Tode ein treues und tatkräftiges Mitglied seiner Organisation. Wichtig ist nur, daß auch die Frau kurze Zeit nach dem Tode ihres Mannes erkrankte und bald darauf starb.

So sieht es also mit dem von sozialdemokratischen Gewerkschaften zu Tode Gehetzten.

Belgien.

Die belgische sozialistische Kammerfraktion gegen die Teuerung.

Am 31. Oktober begab sich die sozialistische Fraktion des Parlaments zu dem Ackerbauminister Van de Vyver, um ihm Vorschläge zur Bekämpfung der Lebensmittelpreise zu machen und das Programm der Regierung in dieser Frage kennen zu lernen. Der Sprecher, Genosse Wauters, knüpfte an sein bereits im August eingereichtes Audienzbegehren an und legte zunächst die Maßregeln dar, die die Regierung schon vor dem Zusammentritt der Kammer ergreifen könne: Erleichterung des Eingangs ausländischen Fleisches und Viehes, Aufhebung der Zucker-Zulassungssteuer, Herabsetzung der Bahnfracht für Viehfutter, beschleunigte Verteilung der zugunsten der von der Viehseuche betroffenen Viehbesitzer bewilligten Unterstützungen, erhebliche Verschärfung der Nahrungsmittelkontrolle. Ferner empfahl er der Regierung, die gesetzliche Abschaffung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Butter, Käse usw. und der Zuckersteuer vorzubereiten. Maßregeln anderer Art, die die Fraktion empfahl, sind: Nachschlag der Grundsteuer, Herabsetzung der Pacht im Verhältnis zu dem von den Pächtern durch Mißwachs oder Viehseuche erlittenen Schaden. In der Besprechung, an der sich 6 Abgeordnete beteiligten, erklärte der Minister sich mit einigen kleineren Forderungen, so der Verbilligung der Frachten und der zum Schutze der Pächter und Viehbesitzer gemachten Vorschläge einverstanden. In Sachen der Zuckersteuer wußte er nichts zu sagen und schob die Frage an den Finanzminister ab. Im übrigen verwies er die Fraktion auf die demnächst einzusetzende landwirtschaftliche Untersuchungskommission, der auch Genosse Wauters angehören soll. Den Hauptforderungen: Erleichterung der Fleischeinfuhr, Abschaffung der Zölle, stellte er sich völlig ablehnend gegenüber. Er sprach sogar für eine Verschärfung der Fleischeinfuhrkontrolle und sagte, falls die „Gesundheits“maßnahmen nicht ausreichten, um die Einfuhr von Schweinen zu verhindern, würde er auch für einen Schweinezoll eintreten. Im ganzen zeigt also auch die belgische Regierung sich ebenso den Interessen der großagrarischen Spekulanten ergeben und gleichgültig gegen die Bedürfnisse der Konsumenten und der Arbeiter, wie ihre gleichsinnigen Kolleginnen in Berlin und Wien. Auch hier wird mit der Wegweisung der agrarisch-merikalen Scheinmehrheit in den bevorstehenden Wahlen Wandel geschafft werden müssen.

England.

Eine deutsch-englische Freundschaftskundgebung.

London, 2. November. Im Mansion House fand heute eine große Versammlung der englisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft statt, in welcher der Lordmayor von London eine Resolution vorschlug, in der der Wunsch zur Beseitigung der bestehenden Mißverständnisse zwischen England und Deutschland ausgedrückt und die Anbahnung besserer Beziehungen gewünscht wird. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Türkei.

Die Bewegungen für die Union der Balkanstaaten.

Die Forderung eines friedlichen Zusammenschlusses der verschiedenen Balkanstaaten samt der Türkei, die ursprünglich nur von den Sozialisten vertreten wurde und auch in dem Aufruf des Internationalen Bureau zur Bekämpfung des italienischen Tripolis-Krieges eine wichtige Rolle spielt, findet jetzt in bürgerlichen türkischen Kreisen starken Anklang. Die Anregungen des Anschlusses der Türkei an eine der beiden großen Mächtekombinationen: Dreibund oder Tripelentente, der das Land noch mehr als bisher in internationale Verwicklungen hineinziehen müßte, ist in maßgebenden türkischen Kreisen wohl aufgenommen worden. Aber der Plan eines Balkanbundes, der zuerst von den Abgeordneten für Saloniki, Carasso Effendi und Blochhoff, aufgenommen wurde, findet jetzt auch die Unterstützung der maßgebenden jungtürkischen Führer, Mohammedaner und Christen schließen sich dem Komitee an, das vor allem gleiche Komitees in Bulgarien, Serbien und Griechenland ins Leben rufen möchte. Auf seinem Programm steht unter anderem eine Post-, Zoll- und Münzeinheit.

Zweifellos würde die Verwirklichung dieses Gedankens durch die Beendigung der ewigen Balkanraufereien dem Welt-
Zg. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

frieden und durch die Ermöglichung einer sachgemäßen Bewirtschaftung des überaus reichen Bodens der Balkanstaaten und des türkischen Reiches der Weltwirtschaft einen großen Dienst erweisen. Aber eine leichte Aufgabe ist es nicht. Nicht allein die auf die Eroberung türkischer Gebiete ausgedehnten Bestrebungen dynastischer und chauvinistischer Eliten stehen hier im Wege. Noch störender dürften sich die Intrigen auswärtiger Mächte, namentlich der russischen und der österreichischen Diplomatie — die italienische hat sich ja schon offen in ihrem wahren Gesicht gezeigt — dem Friedenswerke entgegenstellen. Doch darf man erwarten, daß am Ende doch die beteiligten Völker sich ihrer Interessen bewußt werden und aufhören, als Spielzeug und Kanonenfutter gieriger Landräuber und Völkerausplünderer zu dienen. An der energischen Mitarbeit unserer Genossen, die den Gedanken schon seit längerer Zeit propagieren, wird es dabei nicht fehlen.

(Gewerkschaftliches siehe 1. Beilage.)

Letzte Nachrichten.

Das Kongoabkommen.

Wolffs Telegraphenbureau verbreitet nach folgende Meldung: In dem bezüglich des Kongo zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Abkommen erhält Deutschland bedeutende (1) und wertvolle (1) Ländereien längs der ganzen Grenze seiner Kamerunkolonie, außerdem zwei Landstrecken, die sich bis an die Ufer des Kongo oder des Ubangi erstrecken. Wenn diese Strecken auch an sich weniger wertvoll sind, so geben sie Deutschland Zugang zu den Ufern dieser Ströme. Deutschland erhält an diesen Ufern Landstreifen zwischen 6 und 12 Kilometern, die ihm gestatten, alle zur Schifffahrt erforderlichen Einrichtungen anzulegen.

Dagegen tritt Deutschland das kleine Dreieck zwischen Logone und Chari bis zu deren Zusammenfluß südlich des Tschadsees ab. Togo wird in dem Abkommen überhaupt nicht erwähnt.

Im übrigen enthält der Vertrag auf Gegenseitigkeit beruhende Bestimmungen über Handelsfreiheit, gegenseitige Durchzugsrechte, Befugnisse über Weiterführung von Eisenbahnen und am Schluß den Vorbehalt gegenseitiger Verständigung für den Fall, daß im internationalen Kongobereich, wie es durch den Berliner Vertrag festgelegt ist, Veränderungen eintreten sollten.

Die Landtagswahlen in Hessen.

Offenbach a. M., 3. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Wahlen zum hessischen Landtag wurde im Wahlkreis Offenbach der sozialdemokratische Kandidat Beigeordneter Ehnert mit 120 Stimmen Mehrheit gegen den Kandidaten des Zentrums und der Nationalliberalen gewählt.

Im Wahlkreise Langen-Neu-Isenburg wurde Genosse Rechtsanwalt Dr. Fulda-Darmstadt mit einer Majorität von 1400 Stimmen gewählt.

Gemeinderats-Ergebnisse in Arnstadt.

Arnstadt (Thür.), 3. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Gemeinderats-Ergebnisse gelang es der Sozialdemokratie, ein Mandat mit 808 gegen 605 bürgerliche Stimmen zu behaupten.

Die Revolution in China.

London, 3. November. Nach Blättermeldungen aus Schanghai sind die Aufständischen im Besitz der Chinesenstadt in Schanghai und haben dem Konsularkorps die Errichtung einer provisorischen republikanischen Regierung formell mitgeteilt.

Dreimal zum Tode verurteilt.

Beuthen (O.-Schl.), 3. November. (B. Z. V.) Das Schwurgericht verurteilte heute den früheren Rouleur Valerus wegen dreifachen Mordes dreimal zum Tode, ferner zu 15 Jahren Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust. Valerus war Epischefelle der Nowolischen Nordbrennerbande, auf deren Konto die Mordtaten gegen den Schuhmann Heßlein-Laurahütte, Gendarm Finck-Laurahütte und Schlosser Kopista-Josephstadt zu setzen sind, ferner der Ueberfall auf den Farrer Biela in Welsch, dem 2000 Gulden geraubt wurden. Nowol selbst ist am 9. April in Hofberg bei Beuthen, als er sich seiner Gefangennahme widersetzte, erschossen worden.

Schwerer Baunfall.

Frankfurt a. M., 3. November. (B. Z. V.) Bei den Arbeiten über den Rain führenden eisernen Steg, der schon seit Jahren ein großes Hindernis für die zu Berg fahrenden Schiffe bildet und an dessen Stelle ein zwei Meter höher gelegener Steg aufgeführt wird, kürzte nachmittags das Gerüst, auf welchem sich der abmontierte Teil der Brücke befand, infolge allzu harter Belastung zusammen. Drei Arbeiter fielen ins Wasser, wurden jedoch gerettet. Einer ist schwer verletzt.

Typhus- und Scharlachepidemie.

Essen (Ruhr), 3. November. (B. Z. V.) Im Ruhrbezirk tritt neben Typhus auch jetzt Scharlach in erschreckender Weise auf. In den einzelnen Gemeinden liegen Hunderte von Kranken, in Essen allein 970. Die Epidemie breitet sich schnell aus. Viele Todesfälle sind zu verzeichnen.

Opfer der Arbeit.

Lehrte, 3. November. (B. Z. V.) Auf dem Schacht der Gewerkschaft Bergmannslegen“ entfuhr heute vormittag bei dem Begräumen der losgeratnen Massen ein lebendiges Leber Schach, wodurch der Drittschürer Benzje getötet, ein Bergmann schwer und drei leichter verletzt wurden. Die übrigen zurzeit im Schacht befindliche Belegschaft kam mit dem Schrecken davon.

Zwidau, 3. November. (B. Z. V.) Heute vormittag verunglückten im alten Schacht der Bürgergewerkschaft 6 Bergleute, indem sie durch festes Aufstehen des Fagerrückens mehr oder weniger schwere Verletzungen, meist Knochenbrüche, erlitten. Sie mußten sämtlich in das Krankenhaus Zwidau gebracht werden. Geissenkirchen, 3. November. (B. Z. V.) Auf der Becke Rhein-Eibe wurden zwei Bergarbeiter verschüttet und getötet.

Explosion in den Pulverwerken von Ohta.

Petersburg, 3. November. (B. Z. V.) In den Pulverwerken von Ohta fand eine Explosion statt, bei der drei Personen getötet, drei schwer und zwanzig leicht verwundet wurden. Die Ursache der Explosion ist unbekannt.
Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gefährdung des Versammlungsrechts durch das Oberverwaltungsgericht.

Das Oberverwaltungsgericht fällt gestern ein Urteil, das die Auflösungsbeugnisse der Polizei entgegen dem Wortlaut des Vereinsgesetzes ins Ungemessene zu steigern geeignet ist.

Das Urteil wurde in einer Klage gefällt, die die Genossen Koffert und Abgeordneter Stadthagen gegen die Auflösung einer öffentlichen Versammlung führten, die am 20. Mai in Wandlich (Kreis Niederbarnim) durch einen Gendarmwachmeister Schnörpel stattgefunden hatte. In der Versammlung hatten „Patrioten und Kriegervereiner“ den Wirt bestürmt, das Lokal zur Versammlung nicht herzugeben. Als der Wirt schließlich vereinbarte, eine Stunde vor Beginn der Versammlung das Versammlungslokal zu besuchen, um die Versammlung zu sprengen. Koffert mußte bald nach Beginn des Referats infolge des Lärmens und der Zwischenrufe teilweise beleidigender Art, die von dem Tisch aus erfolgten, an dem der Oberförster Finsterwalder saß, die Versammlung auf 5 Minuten vertagen. Die folgenden beleidigenden Zwischenrufe erfolgten erst später, wurden aber von dem Referenten und dem Vorsitzenden zunächst unter Beiseite der Versammlung zurückgewiesen. Als der Oberförster Finsterwalder jedoch wiederholt abermals Zwischenrufe machte und dem Redner zurief „Das ist eine bewusste Unwahrheit“, erwiderte Stadthagen: „Wenn Sie behaupten, daß ich bewusste Unwahrheit spreche, so sind Sie ein unerschämter Lügner.“ Nun erhoben die Herren vom patriotischen Kriegerverein sich einen wüsten Lärm und stürzten auf das Podium zu. Der Leiter vertagte die Versammlung auf 10 Minuten. Der Gendarm löste, als der patriotische Kadav fortdauernde, die Versammlung auf. Die vorgehenden Behörden, zuletzt der Regierungspräsident, behaupteten, die Auflösung sei aus sicherheitspolizeilichen Gründen erfolgt, die Auflösung habe vor der Vertagung stattgefunden. Am 17. März beschloß das Oberverwaltungsgericht, Beweisaufnahme in beschränktem Umfang. Darüber, ob wie Kläger behauptet hatten, eine Vereinbarung, die Versammlung zu sprengen, unter den Konservativen getroffen und dem Gendarm bekannt war, wurde Beweis zu beschließen abgelehnt.

In der gestrigen Sitzung wurden die Aussagen der Beweis-erhebung vorgetragen. Die Aussagen stimmten darin überein, daß der Vorsitzende Finsterwalder und seine Freunde die Versammlung von vornherein lösten. Der größte Teil der vor-genommenen Reugen hat bezeugt, die Auflösung sei nach der Vertagung der Versammlung ausgesprochen. Eine allgemeine Schlägerei sei keineswegs zu befürchten gewesen, weil nur die Herren Finsterwalder und seine Freunde vielleicht dazu geneigt, aber bei weitem in der Minderzahl waren. Von jener Seite sei auch gegen das Podium hin Bierfässer geworfen, das aber nicht getroffen habe. Der Finsterwalderische Tisch sei gegen das Podium vorgebracht, Stadthagen habe vergeblich den Redner bestürzt und dann den Wachmeister gefragt, wie sein Name sei. Empörung sei über die Auflösung entstanden. Nur Herr Finsterwalder und die beiden Gendarmen behaupten, es habe eine wüste Schlägerei gedroht, die Auflösung habe dies verhindert.

In der gestrigen Verhandlung führte Stadthagen aus: Die Beweisaufnahme habe die Darstellung des Sachverhalts, wie sie Kläger gegeben haben, im vollen Maße bestätigt. Es läme aber auf das Ergebnis der Beweisaufnahme, wie wiederholt betont wurde, aus grundsätzlichen Gründen gar nicht an. Das Reichsvereinsgesetz beschränke die Auflösungsgründe auf die im § 14 enthaltenen Gründe. Diese seien ausschließlich. Der Staatssekretär habe in der Kommission, die die Aufhebung des Gesetzes noch enger umgrenzte, betont, „auch der Gedanke des Entwurfs sei gerade der gewesen, das Schicksal der Versammlung eben nicht von einzelnen Straf-rechtswidrigkeiten abhängig zu machen.“ Damit stimme auch die Praxis des Oberverwaltungsgerichts überein. Nach dieser insbesondere nach der Entscheidung vom 20. März 1903, sei die Polizeibehörde nicht berechtigt, die ihr im Gesetze eröffneten Zuständigkeiten durch Berufung auf allgemeine polizeiliche Aufgaben zu ergänzen und zu erweitern. Auch der Staatssekretär von Bethmann Hollweg habe anerkannt, daß die Auflösungsbeugnisse des jetzigen § 14 demjenigen § 9 ausschließlich sind. Er sagte damals: „Der Herr Abgeordnete Erberger ruft mir zu: „Auflösung!“ Ja meine Herren, im § 9 ist genau festgesetzt, aus welchen Gründen aufgelöst werden darf, darunter befindet sich die Beteiligung Richt-wahlberechtigter an einer nicht angezeigten

Wahlversammlung nicht; also von einer Auf-lösung aus diesem Grunde kann keine Rede sein.“

Daß eine Auflösung nur aus den in § 14 angeführten Gründen zulässig sei, ergebe sich ja auch daraus, daß auch irgend jemand, der nicht Polizeibeamter ist, mit der Ueberwachung der Versammlung beauftragt werden kann. Er ist niemals Stell-vertreter der Polizeibehörde, sondern eine allein mit den Rechten aus § 14 betraute Person. Auch mit der Ueberwachung beauftragter Beamter ist keine Behörde. So habe ja auch das Reichsgericht in dem bekannten Prozeß gegen Fräulein Jagert anerkannt, daß selbst der überwachende Beamte, der Polizeileutnant, keine Behörde sei. Man müsse daran festhalten, daß der Ueberwachende keine Behörde sei. Die in § 1 des Reichsvereins-gesetzes der Polizeibehörde eingeräumte Befugnis stehe dem über-wachenden Beamten nicht zu. Nach der ausdrücklichen Einengung, die die polizeilichen Befugnisse im Reichstage gefunden haben, unterliegt das Versammlungsrecht nur dem Vereinsrecht und den sonstigen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen. Das Versammlungsrecht dürfe also eine Auflösung nur im Fall des Vorliegens einer der Gründe des § 14 eine Beschränkung erleiden. Im Absatz 2 des § 1 habe das Reichsgesetz aus Besorgnis einer Beeinträchtigung des Versammlungsrechts ausdrücklich erklärt: Die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landesrechts finden Anwendung, soweit es sich um die Ver-hütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesund-heit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt. Das Reichsgesetz habe die Befugnisse der Polizei so noch weiter enger gezogen, als der Entwurf und das preussische Gesetz. Selbst nach dem Entwurf habe der Staatssekretär in der Kommission die Grenzen des Rechtes polizeilichen Einschreitens in Ueber-einstimmung mit dem Erkenntnis vom 3. April 1894 dahin fest-gelegt, „daß a) die Polizei ihr Einschreiten gegen eine Personen-mehrheit, falls es lediglich aus dem Grunde erfolgt, weil sie von ihrem Vereins- und Versammlungsrecht Gebrauch macht, nur aus dem Vereinsgesetz stützen könne, während andererseits b) das aus anderen gesetzlichen Vorschriften zulässige oder gebotene Ein-schreiten gegen eine Mehrheit von Personen oder gegen einzelne Personen nicht lediglich und deswegen rechtswidrig wird, weil diese ihr Vereins- und Versammlungsrecht ausüben.“ Es könne also gewiß jemand, der ein Verbrechen in einer Versammlung begeht, z. B. verhaftet werden, aber es dürfe die Auflösung nur aus den in § 14 angegebenen Gründen erfolgen. Denn die Auf-lösung kann ja eben nur in einer Versammlung erfolgen.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, in dessen Weisand der Ri-tikler Koffert erschienen war, vertrat denselben Rechtsstand-punkt und legte eingehend dar, daß von einer Gefahr für Leben und Gesundheit keine Rede sein konnte. Eventuell müsse verlangt werden, Beweis darüber zu erheben, daß der Kadav und die Auf-lösung schon vor dem Beginn der Versammlung mit Kenntnis des Gendarmen vereinbart waren. Wenn der Gesetzgeber für einen solchen Fall die Auflösung zugelassen wollte, so hieße das doch geradezu Kadavbrüder prämiieren.

Das Gericht entschied nach langer Beratung auf Abweisung der Klage.

der Genossen Stadthagen und Koffert. Präsident v. Witter führte zur Begründung etwa folgendes aus: Im vorliegenden Streit sei eine große Anzahl Fragen zu ent-scheiden gewesen, so daß nicht nur in Urteilen einzelne davon berührt werden könnten. Das übrige müsse der schriftlichen Be-gründung vorbehalten bleiben.

Voran sei ein Punkt zu beleuchten, der auch vom Anwalt und vom Kläger Stadthagen in den Vordergrund gestellt sei. Beide gingen davon aus, daß eine Versammlungsauflösung nur inner-halb der Formen des § 14 des Vereinsgesetzes und nur auf Grund des § 14 möglich sei. Diese Auffassung sei unzutreffend, wie aus der Begründung des Vereinsgesetzentwurfes und aus den Verhand-lungen hervorgehe. In der Begründung S. 88 heiße es, daß die all-gemeinen polizeilichen Befugnisse gegenüber den zu einer Ver-sammlung Vereinigten nicht ausbleiben, und es werde ver-wiesen auf lau- und stropfenpolizeiliche Befugnisse sowie darauf, daß auch die Befugnisse der Polizei gegenüber Tumulten bei Ab-haltung öffentlicher Versammlungen gewahrt bleiben müssen. Werde also die Polizei in die Lage versetzt, zur Verhinderung von Tumulten usw. gegen die Fortsetzung einer Versammlung ein-zuschreiten, dann handele es sich nicht um eine Ver-sam-m-lungspolizeiliche Auflösung, sondern um einen Fall, wo die gebotenen Rechtsmittel benutzt würden, um ein weiteres Ver-sammeln einer größeren Menschenmenge zu verhindern, weil sonst Leben und Gesundheit gefährdet würden. Das sei hier der Fall. Die Polizei sei eingeschritten, um ein weiteres Zusammenkommen zu hindern, das ihrer Ansicht nach Leben und Gesundheit gefährdet hätte. Nun habe der Beamte allerdings den

Ausdruck „Auflösung“ gebraucht, den das Vereinsgesetz brauche. Das sei aber unerheblich. Maßgebend sei, daß er den Fortbestand der Versammlung verhinderte. — Kläger habe ferner einen Unter-schied zwischen dem „Abgeordneten“ der Polizei und der Polizei-behörde gemacht und die Frage aufgeworfen, wie es denn wäre, wenn die Behörde einen Richtbeamten in die Versammlung sende, wozu sie nach dem Vereinsgesetz berechtigt wäre. Das könne vor-liegend dahingestellt bleiben. Hier sei der Beamte ein Gendarm, ein Organ der Exekutivpolizei, gewesen, und als solcher habe er an sich zweifellos die Berechtigung zu einer entsprechenden Anordnung gehabt. Der Unterschied, den Kläger zwischen der Polizei be-hörde und ihren Organen mache, müsse zurückgewiesen werden. — Ferner sei auf eine Ausführung des Klägers zu bemerken, daß die Polizei in der Wahrnehmung sicherheitspolizeilicher Befugnisse der Versammlung gegenüber selbständig sei. Und wenn die Polizei, wie hier, sich nicht auf vereinsrechtlichem Gebiete bewege, so sei die Polizei auch nicht verbunden, Gründe anzugeben.

Dagegen sei zu prüfen, ob die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen des polizeilichen Einschreitens gegeben seien. Die rechtliche Grundlage habe es im § 1 Absatz 2 des Vereins-gesetzes, wonach die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Vor-schriften des Landesrechts Anwendung fänden, sobald es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesund-heit der Teilnehmer der Versammlung handele. Daraus gehe mit voller Deutlichkeit hervor, daß auch § 10 II 17 Allgemeinen preussischen Landesrechts Anwendung finde, der ebenfalls unmittelbare Gefahren für Leben und Gesundheit mit im Auge habe. Es bleibe deshalb noch zu entscheiden, ob der Gendarm berechtigt gewesen sei, anzunehmen, daß bei der Art des Verlaufs der Versammlung den Teilnehmern eine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit drohte. Nach dem Eindruck aus den Zeugen-ausagen habe der Senat diese Frage bejaht. Es gehe daraus deutlich hervor, daß die Erregung, die sich schon von vornherein kundgab und schon mal zu einer Vertagung führte, einen Grad an-genommen hatte, daß der Ausbruch einer großen Schlägerei un-mittelbar bevorstand. Wenn auch andere Zeugen bezeugten, sie hätten das nicht befürchtet, so stehe doch fest, daß eine neue Ver-ortung habe stattfinden müssen und daß sich die Gegner der So-zialdemokratie und fast gleichzeitig auch die Sozialdemokraten er-hoben hätten; es habe die Wahrscheinlichkeit vorgelegen, daß bei einem weiteren Zusammenkommen der Versammelten eine schwere Schädigung der öffentlichen Ordnung und eine Gefährdung von Leben und Gesundheit der Teilnehmer eingetreten wäre. Wenn der Gendarm es durch sein Eingreifen verhinderte, so könne ihm daraus kein Vorwurf gemacht werden.

Schließlich sei darauf hingewiesen worden, daß der Gendarm von der Angelegenheit Kenntnis gehabt habe und daß ihn eine Schuld treffe. Darüber habe das Gericht nicht zu entscheiden. Sollten die Kläger gegen den Beamten einen Vorwurf erheben, dann müsse es ihnen überlassen bleiben, sich an die Aufsichtsbehörde zu wenden.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts halten wir für völlig richtig. Der Hinweis auf S. 88 der Begründung des Entwurfs ist verfehlt. Dort heißt es: „Selbstverständlich erleiden die nach allgemeinen Vorschriften der Polizei gegenüber dem einzelnen zustehenden Befugnisse durch die Einschränkung der versammlungsrechtlichen Auflösung keine Änderung.“ Die Befugnis, eine Versammlung aufzulösen, steht der Polizei eben nach keiner „allgemeinen“ Vorschrift zu. Eine solche schwere Beeinträchtigung des Versammlungs-rechts durch das Oberverwaltungsgericht wäre, solange als Präsident Peters vorsah, unmöglich gewesen. Soll die Ansicht des Gendarmen, ob Schlägerei mit Gefahr für Leib und Leben droht, für den Fortbestand einer Versamm-lung maßgebend sein, so ist die Versammlung völlig dem Willen der Polizei preisgegeben. Ungeheuerlich ist, daß über die Behauptung, es sei der Kadav mit Billigung des Gendarmen von vornherein von den „Patrioten“ vereinbart, Beweis nicht erhoben ist. Gegen konservative und anti-semitische Kadavbrüder wird eine Versammlung künftig sich nur dadurch schützen können, daß der Leiter gleich zu Beginn der Versammlung allgemein die Leute, die etwa zwecks Störung der Versammlung dieselbe besuchen, unter Hinweis auf sein Hausfriedensrecht zum Verlassen der Versammlung auffordert und Ruhestörer dann durch die Polizei hinaus-führen läßt.

Kleines feuilleton.

Die Künstlerin von Königs Gnaden. Also jetzt ist's Gabu Delba, die in Amerika Aufsehen erregt, Gabu, die aus dem portugiesischen Königsreich den Anspruch gerettet hat, in seiner Majestät Schatz gesucht zu haben (oder umgekehrt).

Vor ungefähr 10 Jahren war es Cleo de Merode, die eben-dasselbe Triumphe über Triumphe feierte!

Nur ward das hohe Glück zuteil, ihrem ersten Auftreten in der feinsten New Yorker music hall beizuwohnen. Als „Sie“ aus der Aulisse trat, als Solotänzerin verkleidet: weiches Trikot unten, „Lutu“ in der Mitte und oben fast gar nichts (weder äußerlich noch innerlich), da glaubte ich zunächst, es trete eine Karikatur auf, und zwar die bekannte Imitation einer Volletänzerin durch einen endlich mageren und „langstieligen“, d. h. langalsberigen Mann. Und ich war sicher nicht der einzige, welcher diesen ersten Eindruck hatte. Denn das Stillstehen, das zunächst erfolgte, trug deutlich den Charakter einer Lähmungserscheinung.

Dann begann sie zu tanzen, und man sah, daß es ihr damit Ernst war. An sich war es bitterer Ernst — sie aber lächelte dazu. Es ist meine heilige Ueberzeugung: hätte ein einziger Mensch im Theater gelacht oder eine schneiderige Bemerkung gemacht, so würde das ganze Publikum gerollt haben vor Lachen! Aber war es die erste Lähmung, war es Mitleid — kein einziger fing an zu lachen und infolgedessen lachten sie alle nicht. Und als Cleo ihr auswendig gelerntes Schopse beendete hatte, da hatte sich der magische Nebel wieder um den publikumserregenden Massen-schauspieler geschlossen, der durch das Erscheinen der so laut Angekündigten und mit solcher Spannung Erwarteten für einen Augenblick gerissen worden war: alles applaudierte wie rasend — und damit war nicht nur der Abend, sondern das ganze Gastspiel gerettet.

Und heute ist es also Gabu Delba, die vor kurzem noch so Un-bekannt, die ganz Amerika auf den Kopf stellt, Gogen einheimst viel größer als die von Künstlerinnen allerersten Ranges oder die von Varietékünstlern, die die Konstanten von fünf Erdteilen über-wunden haben und jeden Abend ihr Genid riskieren.

Gabu wäre übrigens dumm, wenn sie das nicht täte. Aber trotzdem: Im „freien“ Amerika, im Musterlande des allein auf den eigenen Wert stolzen Bürgeriums, im Lande der „Tatsachen-menschen“, da hat ihr Erfolg eine ganz besondere Würde. . . .

Die erste Flugpoststation. Während die Italiener in Tripolis die Flugmaschine zu Nordwesten mißbrauchen, versucht man in Amerika die neue Erfindung als Verkehrsmittel auszubauen. Einen zwar schäblichen, aber nichtbedeutender recht bemerkenswerten Versuch, die Flugmaschine in den Postdienst einzuspannen, stellt die

Einrichtung der Luftpoststation Nr. 1 auf dem Internationalen Meetingplatz in Hempstead vor. Der Platz ist auf einem weiten Gelände in der Nähe von New York gelegen.

Der Postdienst erstreckt sich zunächst auf die Vermittlung zwischen Flugplatz und New York; jetzt wird er auf alle Postämter, die 25 englische Meilen in der Runde von Hempstead liegen, aus-gedeht. Die Briefe werden am Flugpostamt sortiert und kommen in kleine Säcken, je eines für ein Postamt. Weht das Luftfahr-zeug ab, so werden die Postämter, für die es Sendungen bei sich trägt, telegraphisch verständigt und halten Ausschau. Kommt das Fahrzeug in die Nähe und schwebt es über dem Postamt, so läßt der Luftschiffer das betreffende Säckchen herabstoßen und fängt weiter. In gleicher Art denkt das Generalpostamt schon im Jahre 1912 eine Reihe von Luftpostämtern einzurichten.

Mit Recht bemerkt „die Welt der Technik“, der wir diese Mel-dung entnehmen, daß durch die geschickteste Einrichtung der erste Versuch gemacht worden ist, die Fliegerkunst in Bahnen zu lenken, die allein den Tendenzen des 20. Jahrhunderts entsprechen.

Ueber die italienische Auswanderung bringt die „Revue Scientifique“ (II, Nr. 10) folgende interessanten Zahlen. Im Jahre 1909 hat die italienische Regierung 925 000 Pässe für Aus-wanderer ausgestellt, was ein Mehr von 130 000 gegen das Vor-jahr bedeutet. Etwa 45 Proz. dieser Gesamtzahl wurden als Aus-wanderer in die Vereinigten Staaten von Nordamerika registriert; der Rest verteilte sich auf Südamerika und Kanada.

Von diesem Auswandererstrom lehren normal etwa 20 Proz. im Laufe des nächsten Jahres in die Heimat zurück. Jede wirt-schaftliche Krise erhöht bedeutend diese Zahl. So sind z. B. im Zeitraum von acht Jahren (1903—1909), in dem zwei Krisen (1904 und 1907/08) in Nordamerika wüteten, von 2 270 000 Auswande-rern, die über das große Wasser gingen, nicht weniger als 1 382 000, das macht 58 Proz., nach Haus zurückgekehrt.

Trotzdem erreicht die Zahl der außerhalb Italiens lebenden Italiener die beträchtliche Höhe von mehr als 5 Millionen. Von diesen befinden sich in amerikanischen Ländern: in den Vereinigten Staaten, Mexiko und Kanada insgesamt 1 782 000 Italiener, in Zentralamerika 4500, in Brasilien etwa 1 1/2 Millionen, in Argentinien 1 Million, in Peru 18 000, in Chile 12 000; Ozeanien be-herbergt auf seinen Inseln etwa 7—8000 Italiener.

Gumors und Satire.

Circulus vitiosus.

Italien befehlt Tripolis und sagt: „Rehmt mir das nicht abel; es geschieht im Namen einer höheren Zivilisation.“ Die Türkei beklagt sich darüber.

Die Türkei meißelt Deufen und Albaner nieder und behauptet: „Das sind keine Kosaken, das sind Panatiker.“ Oesterreich-Ungarn protestiert dagegen.

Oesterreich-Ungarn raubt Bosnien und die Herzegowina unter dem Vorwande, diese Provinzen dem Handel zu erschließen. Rußland murren darüber.

Rußland bemächtigt sich Afghanistan und sagt: „Um europäische Bildung zu verbreiten, schicken wir unsere Kosaken als Schulmeister dorthin.“ England ist darüber sehr entrüstet.

England läßt die Indier Hungers sterben und degeneriert sie durch das Opium. Es behauptet, daß das geschieht, um die Hungersnöte zu regulieren, die vor ihrer Herrschaft viel schlimmer waren. Frankreich appelliert deshalb an das europäische Ge-wissen.

Frankreich tumfiziert Marokko, um dort der Anarchie ein Ziel zu setzen. Deutschland ruft deshalb: Hallet den Dieb!

Deutschland hält Esah-Lothringen unter der Polizeifuchtel und terrorisiert Kamerun, damit, wie es sagt, überall Ordnung und Fortschritt herrsche. Belgien ist darüber sehr entrüstet.

Belgien begehrt die schrecklichsten Grausamkeiten am Kongo mit der Begründung, daß das geschieht, um den bisher unproduktiven Ländern und Menschen wirtschaftlichen Wert zu geben. Holland appelliert deshalb an die Zivilisation.

Holland läßt ein Scharrenregiment auf Java und den Sundainseln, weil nach seiner Behauptung eine Großmacht nicht zulassen darf, daß eine Revolte unbefruchtet bleibe. Amerika ver-fürdet der Welt entrüstet diese Grausamkeiten.

Amerika bringt die Philippinen brutal unter das Sternen-banner. Japan protestiert dagegen.

Japan vergrößert Korea und will dort in zwanzig Jahren ebensoviele Soldaten ziehen wie aus Japan. China erhebt hier-gegen Einspruch.

China zwingt Tibet, Tribut zu zahlen, um eine alte Tradition aufrecht zu erhalten. Rußland entrüstet sich darüber.

Rußland foltert politische Gefangene und Juden in Sibirien, weil eine große Nation nur blühen kann, wenn sie sich ihrer an-gesauten Glieder entledigt. Italien weigert sich daher, den Jaren, diesen Barbaren, zu empfangen.

Italien — — siehe oben.

(Aus der „Afficte au Veure“)

Notizen.

— Vorträge. Im Reissaal des Charlottenburger Rathhauses sagt Sonnabend, abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung, ein-berufen von der Ortsgruppe Groß-Berlin des Verbandes für Er-ziehung, und Unterrichts-wesen“. Es werden unter anderem behandelt: „Das Intelligenzproblem und die Schule“ und „Die Schule als Arbeitsschule“.

— Der Männerchor „D. H.“, der Sonntag sein Konzert in der Brauerei Friedrichshain gab, bittet und bittend mitzu-teilen, daß er 125 Sängern zählt und nicht, wie es im Referat hieß, 70 bis 80.

Gewerkschaftliches.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Die organisierten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in Lippe und Westfalen sind seit dem 12. Oktober auf Beschluß des Westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes ausgesperrt, weil gegenüber einigen Fabrikanten beschiedene Forderungen auf Lohn-erhöhung geltend gemacht worden waren. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in Lippe und Westfalen sind die allererärmlichsten. Nach der Statistik der Tabakfabrikantenverbände beträgt der Durchschnittslohn der Vollarbeiter 2,16 M. pro Tag. Daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie angesichts der enormen Preissteigerungen der notwendigen Lebensmittel geradezu gezwungen sind, eine Lohn-erhöhung zu fordern, wenn sie nicht langsam Hungers sterben wollen, ist für jeden Einsichtigen selbstverständlich. Der Fabrikantenverband lehnte indes jede Lohnaufbesserung ab und beschloß, am 30. September allen organisierten Tabakarbeitern zu kündigen, falls die von den Arbeitern ausgesprochenen Forderungen nicht bis zum 28. September zurückgenommen und die eingestellte Arbeit wieder aufgenommen worden sei. Weil die Arbeiter sich diesem brutalen Nachgebot der Unternehmer nicht fügten, wurden am 12. Oktober rund 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Im Laufe dieser Woche hat der Kampf eine weitere Ausdehnung dadurch erfahren, daß die Tabakarbeiter in Bremen und Hamburg in den Solidaritätsstreik getreten sind, weil sie Streikarbeit nicht machen wollten. Mehr als 10 000 Tabakarbeiter und -arbeiterinnen stehen also im Kampf. Die Unternehmer beschließen, durch die Aussperrung die Organisationen der Arbeiter kampfunfähig zu machen. Die Verbände der Tabakarbeiter und der Zigarrensortierer haben bisher die zur Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten erforderlichen Summen selbst aufgebracht, den Kampf aus eigenen Mitteln, aus eigener Kraft geführt. Der große Umfang und die Bedeutung des Kampfes für die unter so jammervollen Lohn- und Arbeitsbedingungen leidende Tabakarbeiterchaft erheischt die tatkräftige Mithilfe der organisierten Arbeiter.

Wir wenden und deshalb an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands mit der dringenden Aufforderung, durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zur Unterstützung der kämpfenden Tabakarbeiter und -arbeiterinnen beizutragen.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskomitees ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskomitees werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammelstellen werden von der Generalkommission nicht verhandelt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskomitees beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Tabakarbeiter aufzubringenden Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto Nr. 7930, Hermann Rubbe, Postfachamt Berlin oder direkt an
Hermann Rubbe, Berlin SO. 16, Engelauer 14/15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letzte Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einfindung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Einzahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskomitees Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vorgegedruckt und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgesandt wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reiches unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einsenden — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskomitee am Orte abgeliefert werden —, werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskomitee auszuhändigen zu lassen.

Über die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden dem Einsender nicht zugeteilt.

Berlin SO. 16, Engelauer 15, den 4. November 1911.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.

Berlin und Umgegend.

Die Gewerkschaften und die Stadtverordnetenwahlen.

Morgen hat die Berliner Bevölkerung sich zu entscheiden, wem sie das Vertrauen für ihre Vertretung im Stadtparlament schenken will. Es sind keine politischen Aufgaben im engeren Sinne des Wortes, die in den städtischen Körperschaften zu lösen sind, und doch sind sie von ungeheurer Bedeutung für das Wohlergehen unserer Mitbürger.

Auch vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus gesehen, liegen große Interessen vor. Die Stadt Berlin selbst ist Arbeitgeberin für Tausende von Arbeitern, und — wie sich bei den Debatten in der Stadtverordnetenversammlung wiederholt gezeigt — gehören ihre Betriebe durchaus nicht zu den „Musterbetrieben“. Das Koalitionsrecht befindet sich bei unserem Kommunalfreisinn in recht unzuverlässigen Händen.

Ein Gemeinwesen wie das Berliner, wendet alljährlich Millionen für Arbeiten auf; bei Hoch- und Tiefbauten, Pfasterarbeiten und bei Lieferungen für die städtischen Institute aller Art sind Tausende von Arbeitern beteiligt. Die hierbei üblichen Arbeitsbedingungen entsprechen meist gar nicht den Anforderungen, die von den Gewerkschaften berechtigterweise zu stellen sind. Die englischen Stadtverwaltungen haben fast durchweg die „anständige Lohnklausel“ eingeführt, wonach Unternehmer, die für sie liefern wollen, ihren daran beteiligten Arbeitern die von der betreffenden Gewerkschaft festgesetzten Löhne zu zahlen haben.

Wie gegen diese Forderung, so sträubt die Berliner Stadtverwaltung sich auch beharrlich gegen Uebernahme zahlreicher Arbeiten in eigene Regie. Und nicht allein als Steuerzahler und als Bürger, sondern auch als Lohnarbeiter hat der Gewerkschaftler ein Interesse daran, daß die Betriebe, die dem öffentlichen Bedarfe dienen, der Ausnutzung durch das private Unternehmertum entzogen werden.

Von der Einführung einer Arbeitslosenversicherung will der Berliner Stadtfreisinn nichts wissen, namentlich deswegen nicht, weil er davon eine „Stärkung der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ befürchtet. So überläßt die engstirnige, jähige Mehrheit im Stadtparlament die Sorge für die Opfer der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung den Gewerkschaften, oder verweist sie auf — die Armenunterstützung, wofür die Betroffenen

Dann wieder durch Verlust des Wahlrechtes gestraft werden. Auf allen Gebieten der sozialen Wohlfahrt ist gerade die Reichshauptstadt weit hinter anderen zurück.

Mit der Aufführung des Obigen sind die Gründe, warum auch besonders der Gewerkschaftler für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten hat, durchaus nicht erschöpft. Ueberall sehen wir Punkte, an denen es anzusehen gilt, um die Gemeinde aus einer Hochburg der Besitzenden umzuwandeln in eine Pflegestätte sozialer Reformarbeit zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung. Darum mühe jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter die kurze Spanne Zeit, um für die Vertreter der Sozialdemokratie zu wirken. Hinaus mit dem Freisinn aus der dritten Abteilung — das muß die Parole sein!

Der Kampf der Lithographen und Steindruckers. In einer sehr stark besuchten Versammlung, die am Donnerstagabend in Mörmersaal in der Kopenstraße tagte, erstattete H. J. Bericht über den gegenwärtigen Stand des Kampfes. Er gab eine eingehende Darstellung der nicht weniger als noblen Kampfesweise des Schupverbandes der Unternehmer. Mit keineswegs einwandfreien Mitteln sucht der Schupverband seine höchst unsichere Position zu härten. Er behauptete, es sei ihm gelungen, 1000 Mitglieder des Verbandes der Lithographen und Steindruckers zum Austritt zu bewegen. In Wirklichkeit sind es nur 8 Steindruckers und 13 Lithographen, also im ganzen 21 Personen, die infolge der Drohungen des Schupverbandes aus der Organisation ausgetreten sind. Auch über die Zahl der Streikbrecher macht der Schupverband unwahre, auf Irreführung berechnete Angaben. Ausgesperrt sind in ganz Deutschland 2864 Steindruckers und 1001 Lithographen. In den Betrieben blieben stehen 350 Steindruckers und 458 Lithographen, die sich den Anforderungen der Unternehmer fügten. Dem Schupverbande gehören von 2600 in Deutschland vorhandenen Firmen mit 15 800 Lithographen und Steindruckern nur 260 Firmen an, welche 3323 Lithographen und Steindruckers beschäftigen. In Leipzig, wo der Kampf zuerst entbrannte, haben sich bereits 29 Firmen mit dem Verbande der Lithographen und Steindruckers geeinigt. Auch in anderen Städten, so in Stuttgart, Nürnberg, Barmen, Frankfurt, Offenbach, Hamburg, sind Vereinbarungen mit verschiedenen Firmen erfolgt. In Berlin ist eine größere Firma aus dem Schupverband ausgetreten und hat sich mit der Gehilfenorganisation geeinigt. Diese Tatsachen und die angeführten Zahlen beweisen, daß es eine Annäherung des Schupverbandes ist, wenn er sich als die Vertretung des gesamten Gewerbes aufspielt. Verzicht hat er freilich mit allen möglichen Rationationen, alle in Frage kommenden Unternehmer auf seine Seite zu bekommen, aber es ist ihm nicht gelungen. Die dem Fabrikanten der Unternehmer angehörenden Firmen, ebenso die Inhaber der Blechdruckereien, sind nicht auf die Seite des Schupverbandes getreten. Die Hoffnung, welche der Schupverband auf einen etwaigen Abfall der Hilfsarbeiter setzte, haben sich als unbegründet erwiesen. Die Hilfsarbeiter haben erklärt, daß sie den Kampf gemeinsam mit den Lithographen und Steindruckern fortsetzen. So ist denn die Situation für die kämpfenden Arbeiter die denkbar günstigste. Es besteht nicht die Möglichkeit, daß es dem Schupverbande der Unternehmer gelingen könnte, den Verband der Lithographen und Steindruckers niederzuzwingen. Im Gegenteil. Wenn die Unternehmer die Aussperrung noch lange fortsetzen sollten, dann werden sich die unangenehmen Folgen davon in ihren eigenen Reihen bald bemerkbar machen. Die Arbeiter werden aushalten, bis die Unternehmer bereit sind, zu verhandeln und eine nennenswerte Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bewilligen.

In demselben Sinne sprach der Verbandsvorsitzende Siller. Der lebhafteste Beifall, welcher beiden Rednern spendet wurde, bewies, daß die Versammlung mit den Ausführungen vollkommen einverstanden war und daß die Aussperrten bereit sind, den Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen.

Der Kellnerstreik in den Hackepetern am Oranienburger und am Schönhauser Tor.

Im Verlauf des Streiks hat sich die Zahl der Streikenden noch von 18 auf 16 erhöht. In beiden Betrieben legten Kellner und zum Teil auch Pöpper geschlossen die Arbeit nieder. Es war nicht möglich, Arbeitswille heranzugelien, so daß die Herren Geschäftsführer die Arbeit der Kellner verrichten mußten. Verbauerdlicherweise gaben sich aber die Fleischer resp. Verkäufer zu Streikbrecherarbeit her. Obgleich am 3. November sämtliche Stellenvermittler-Bureaus in Tätigkeit gesetzt wurden und mindestens seitens der Unternehmer 40 Kellner befehlt sein mußten, war es nur möglich, für beide Betriebe 5 Arbeitswille zu finden. Etwa 30 andere Kellner traten die Arbeit nicht an. Ein erfreuliches Zeichen! — Als Kontrollstelle für Streikbrecherleistung fungierte natürlich wieder der Arbeitsnachweis der Gastwirtschaften. Die zu Streikbrechzwecken Vermittelten wurden natürlich über die Umstände, unter denen sie arbeiten sollten, nicht aufklärt. — So passierte es einem Kellner, daß er zum dritten Male ohne es zu wissen, als Streikbrecher vermittelte wurde. Die hordertigen Betriebe sind für organisierte Gastwirtschaften gesperrt!

Verband deutscher Gastwirtschaften, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Streik der Chemnitzer Kartonarbeiter ist beendet. Durch Verhandlungen wurde ein Tarif auf drei Jahre vereinbart, der eine Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich eine Stunde, geregelte Anfangslöhne und Zuschläge für Überstunden bringt. Die Wieder-einstellung der Streikenden läßt bisher noch zu wünschen übrig, besonders die der Zuschneider. Es werden deshalb alle Buchbinder, Kartonschneider und Kartonarbeiter gebeten, bis auf weiteres Chemnitz zu meiden.

Ausland.

Neue Kämpfe in Großbritannien.

London, 1. November 1911. (Fig. Ver.)

Heute beginnen die Beratungen der Vorstände der vier stärksten Eisenbahnerorganisationen über den Bericht der Eisenbahnerkommission. Die Beratungen werden voraussichtlich mehrere Tage dauern. Ihr Ergebnis dürfte kaum zweifelhaft sein. In großen Versammlungen haben die Eisenbahner in den letzten zehn Tagen die Vorschläge der Kommission verworfen und ein energisches Vorgehen zur Durchsetzung ihrer Forderungen befürwortet. In Gewerkschaftskreisen behauptet man zwar, daß eine Wiederaufnahme des Generalstreiks nicht wahrscheinlich sei; aber nach den Erfahrungen des letzten Sommers darf man diesen Ansichten nicht allzu viel Bedeutung beimessen.

Der diplomatische Kampf um die günstigste Position hat schon vor einigen Tagen eingesetzt. Die Gesellschaften suchen den Schein zu erwecken, als seien sie bereit, den Arbeitern in der Lohnfrage in ausgedehntem Maße entgegenzukommen. Drei oder vier von ihnen haben verschiedenen Arbeiterkategorien schon Lohn-erhöhungen gewährt, die aber zu den Forderungen der Eisenbahner in gar keinem Verhältnis stehen. Dieses Vorgehen, zu dem die Eisenbahngesellschaften zweifelsohne durch das Versprechen der Regierung, für den Fall der Lohnaufbesserungen eine Erhöhung der Frachtpreise und der Fahrpreise zu genehmigen, veranlaßt wurden, wird von der kapitalistischen Presse liberaler wie konservativer Richtung absichtlich aufgeduldet. Sie spricht allgemein von der Bereitwilligkeit der Gesellschaften, die Löhne der jämmerlich entlohnten Eisenbahner merklich zu erhöhen, und zitiert die Gesamtsummen, die den Gesellschaften durch diese Lohn-erhöhungen jährlich erwachsen werden, verschweigt aber, daß diese scheinbar so großen Summen auf den einzelnen Arbeiter berechnet nur einen Tropfen Wasser auf einen heißen Stein bedeuten. Das Räuber ist zu durchsichtig. Man will der Öffentlichkeit vormachen, daß die Gesellschaften an den kommenden Kämpfen unschuldig sind, daß sie

Ihr mögliches tun, um die Hungerlöhne der Arbeiter aufzubessern, und daß die ganze Bewegung nur von den „Agitatoren“ herrührt, die im Trüben fischen wollen“. Nebenbei verfolgen die Gesellschaften auch noch die Absicht, die Arbeiter zu spalten, indem sie nur einigen Kategorien Zugeständnisse machen.

Die Eisenbahner haben diese Politik sofort durchschaut. Den Scheinlöhner der Gesellschaften haben sie ein neues Programm entgegengesetzt, das die Forderungen aller Eisenbahner enthält, und das sich von dem Programm des Jahres 1907 insbesondere unterscheidet, als darin der immer schlechter werdenden Lage der Arbeiter Rechnung getragen wird. Von besonderer Wichtigkeit sind folgende Punkte: Die Eisenbahner verlangen einen achtstündigen Arbeitstag; für Schienenleger und einige andere Arbeitergruppen wird ein zehnstündiger Arbeitstag mit einer einstündigen Mittagspause verlangt. Für Überstunden sollen fünf Viertel des Lohnes und für Sonntagarbeit soll der doppelte Lohn bezahlt werden. Die Beförderung soll in erster Linie nach dem Dienstalter geschehen. Nach einem Dienstalter von zwölf Monaten sollen alle Angestellten einen vierzehntägigen Urlaub im Jahre bei Bezahlung des vollen Lohnes erhalten. Die Löhne in London müssen für alle Gruppen um 5 Schilling die Woche höher sein als die Standardlöhne; in ländlichen Distrikten dürfen die Löhne bis zu 5 Schilling in Uebereinstimmung mit den geringeren Kosten der Lebenshaltung niedriger sein. Folgende Minimallöhne werden gefordert: Für Lokomotivführer 8 Schilling den Tag; Zugführer und Bremser 33 Schilling die Woche; Willekttschaffner, Wagonwärter, Kontrolloren, Rangierer, Zeitkontrolloren, Gepäckwagenausseher und Personenwagenkontrolloren 30 Schilling die Woche; Portiers, Wagonreiniger und Schmierer 27 Schilling die Woche. Auch für die anderen Arbeitergruppen enthält das Programm entsprechende Forderungen. 27 Schilling die Woche wird von den Eisenbahnern anscheinend als das absolute Minimum betrachtet, mit dem ein erwachsener Arbeiter eben noch auskommen kann. Das ist natürlich nicht zu hoch gegriffen, wenn man bedenkt, daß bürgerliche Sozialreformer einen Wochenlohn von 28 Schilling und 8 Pence als die geringste Summe angeben, mit der sich eine englische Arbeiterfamilie notdürftig durchschlagen kann, ohne direkt Hunger zu leiden. Und dann muß eine solche Familie schon eine Familie von Lebenskünstlern sein. Die geringen Löhne der englischen Eisenbahner lassen sich am besten durch die Tatsache kennzeichnen, daß die Bewilligung der obigen Forderungen einer Lohn-erhöhung von 25 Proz. gleichkommen würde.

In vielen Städten verlangen die Eisenbahner, daß sich die Vorstände der Gewerkschaften mit den Vergarbeitern in Verbindung setzen sollen, um gemeinsam einen Generalstreik zu proklamieren. Man muß schon mit der Wichtigkeit einer solchen Aktion rechnen. Am 14. November halten die Vergarbeiter ihre Konferenz ab, auf der wahrscheinlich der Generalstreik erklärt werden wird, wenn es sich herausstellt, daß die Werkbesitzer nicht gesonnen sind, die Minimallohnforderungen der Arbeiter zu bewilligen. Bis dahin werden sich die Dinge auch bei den Eisenbahnern so entwickelt haben, daß irgendein energischer Beschluß gefaßt und auch ausgeführt werden muß.

Inzwischen droht es in London zu einem großen Kampf zwischen den Automobilfahrern und den Eigentümern der Automobilgesellschaften zu kommen. Augenblicklich freifen schon mehrere hundert Droschkenführer. Auf morgen ist eine Massenversammlung einberufen worden, in der die Frage des Generalstreiks erörtert werden soll. Die direkte Ursache des Streiks ist in der Mafregelung eines Droschkenführers zu suchen, der angeblich fälschlich beschuldigt wurde, eine Ertragegebühr nicht abgeliefert zu haben. Der eigentliche Streit zwischen den Unternehmern und den Arbeitern dreht sich jedoch um die Ertragegebühren und das von den Arbeitgebern eingeführte Ueberwachungs-system.

Hafenarbeiterstreik in Sydney.

In Sydney (New-Südwalde) ist ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen, der zunächst die Küsten- und zwischenschiffliche Schifffahrt lahmlegte. In einer Versammlung der Hafenarbeiter, welche am 1. November stattfand, wurden auf diejenigen Hafenarbeiter, welche mit dem Laden der großen Ozeanische befähigt sind, zum Streik aufgefordert. Die Schifffahrt in Sydney ist lahmgelegt, nur Bureauangestellte arbeiten auf den Werften. Das Kabinett hat eine Sonderkongress abgehalten. Der Premierminister, der selbst Gewerkschaftler ist, erklärte nach dem offiziellen Ministerbüro, die Ausschändigen bezeugen einen ernstlichen Fehler, durch den sie sich selbst und den Gewerkschaftlern Schaden zufügten, da die ganze Regierung — welches auch immer die Folgen sein möchten — die notwendigen Maßnahmen ergreifen werde, um eine Hemmung des Geschäfts im Hafen zu verhindern.

Kommunal-Wahlbewegung.

Für den ersten Kommunalwahlbezirk fand am Donnerstag eine öffentliche Wählerversammlung in den Sophienhöfen, Sophienstraße, statt. Der Referent, Dr. Weyl, wies in seinem Vortrag über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen darauf hin, wie nützliche praktische Arbeit die sozialdemokratischen Vertreter im Rathaus geleistet haben und wie notwendig es sei, ihre Reihen zu stärken. Allgemeines Verständnis fand der Referent mit seiner Bemerkung, daß am Sonntag eine kleine Vorübung abgehalten werde für „das große Schicksal“ am 12. Januar, und daß Mann für Mann seine Pflicht tun müsse.

Der Kandidat des Bezirkes, Robert Drecher, nahm in seiner Ansprache Bezug auf ein Flugblatt der Gegner und kritisierte besonders den darin enthaltenen Appell an die „staatsverhaltenden“ Elemente in der Wählerliste. Die Reden wurden beifällig aufgenommen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

In zwei öffentlichen Wählerversammlungen des fünften Kommunalwahlbezirks wurde am Donnerstagabend über das Thema: Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl gesprochen.

In der „Anhaltischen Ressource“, Wödringstraße 114, zeichnete Stadtverordnete Dr. Kurt Rosenfeld vor einer aufmerksamen Zuhörerzahl in Knoppen Umrisen das sozialdemokratische Kommunalprogramm und die Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament, um dann zur Charakterisierung einiger freisinniger Flugblätter überzugehen, deren ebenso dumme wie gemeine Schwändeleien zweifellos der reichsverbänderlichen Subellische entstammten dürften. Es war dem Redner ein leichtes, die offen Kamellen des verbliebenen Hauptlings Eugen Richter unter verständnisvoller Heiterkeit der Anwesenden ihrem Werte entsprechend zu würdigen. Die trefflichen Ausführungen des Referenten, besonders die satirische Abfuhr, die er dem verächtlichen Stadtfreisinn zuteil werden ließ, verfluchten denn auch ihre Wirkung nicht, was am deutlichsten in der Stimmung und in dem Verlauf der Versammlung zum Ausdruck kam. Das gleiche Resultat erzielte der sozialdemokratische Kandidat Genosse J. U. Meyer mit seinen schlichten und eindringlichen Worten, in denen er die Versammlung zum einmütigen Protest gegen den Freisinnskrieg am nächsten Sonntag durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels aufforderte.

Im Saale der Brauerei Habel feierte Stadtverordneter Genosse Dupont seine Jubel mit einer frischen, lebendigen und mit seiner Ironie durchsetzten Schilderung der Kommunalpolitik, und auch er ließ es sich nicht entgehen, die freisinnigen Subellische als das zu kennzeichnen, was sie sind: Produkte gegnerischen Streben und ohnmächtiger Wut. Der Redner hatte denn auch die Laicher auf seiner Seite, als er Punkt für Punkt die blöden Behauptungen der Freisinnigen durchnagte und zerpfückte. Heiterkeit erregte es besonders, als Dupont auf die Stelle des Flugblattes hinwies, wo von „Parteibildern“ die Rede ist. Wir hätten in der sozialdemokratischen Fraktion unter 38 Vertretern nur 2 Gastwirte, obgleich der Gastwirtsstand ein ebenso ehrenwerter Stand wie jeder andere sei. Das schändliche aber sei, daß auch der bürgerliche Kandidat für den 6. Bezirk „Parteibildner“ ist. Dieser Herr hätte doch allen Grund gehabt, gegen eine solche Herabsetzung, mit der er doch selbst

getroffen werde, zu protestieren. (Großer Beifall.) Auf die Auf- forderung des Vorsitzenden, etwa antretende Gegner möchten unter Gewährung unbeschränkter Redezeit das Wort ergreifen, meldete sich niemand. Auch der bürgerliche Kandidat, Herr Gastwirt Ebeling, der schriftlich eingeladen war, damit er die Behauptungen im Flugblatt auch mündlich vertreten könnte, hatte der Tapferkeit besseren Teil erwählt und war nicht erschienen.

Der Wunsch des Vorsitzenden, jeder möchte dazu beitragen, daß der freikünigliche „Parteidudiker“ in der Versenkung verschwinde und der sozialdemokratische Parteidudiker siege, wurde mit großer Geister- heit und Zustimmung aufgenommen.

Gerichts-Zeitung.

Unfall der Judikatur des Kammergerichts über öffentliches, unentgeltliches Verteilen von Druckschriften.

Der § 30 des Reichspressgesetzes erhält u. a. das Recht der Landesgesetzgebung, Vorschriften über die öffentliche, unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen zu erlassen. Danach bestehen in der, im Wortlaut des § 30 des Reichspressgesetzes gegebenen Beschränkung noch zu Recht die Vorschriften des § 10 des preussischen Pressgesetzes von 1851, wonach das öffentliche unentgeltliche Verteilen von Druckschriften von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig ist.

Das Kammergericht hat nur viele Jahre hindurch die Freisprechung von Flugblattverteilern für geboten erachtet, wenn die Verteilung ohne polizeiliche Erlaubnis zwar öffentlich erfolgte, die Verteiler aber, ohne daß sie gewerbsmäßig handelten, von ihrem Auftraggeber (Gewerkschaftssekretär oder Vorstand, Parteisekretär usw.) ein ernst gemeintes Entgelt erhielten. Es ging davon aus, daß für den Begriff der Unentgeltlichkeit oder Entgeltlichkeit das Verhältnis des Verteilers zum Auftraggeber maßgebend sei. Sehr oft wurde von den Staatsbehörden dagegen angeknüpft. Immer vergeblich. Ausdrücklich blieb das Kammergericht auch noch vor etwa einem halben Jahre bei seiner Judikatur, als ein Urteil des preussischen Oberverwaltungsgerichts bekannt wurde, wonach das Verteilen dann ein unentgeltliches sei, wenn der Verteiler vom Publikum kein Entgelt erhalte.

Jetzt ist nun doch das Kammergericht umgefallen.

Das Landgericht Glatz hatte Winter und Genossen, die Flugblätter auf öffentlicher Straße verteilt hatten, freigesprochen im Hinblick auf die erwähnte bisherige langjährige Judikatur des Kammergerichts.

Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hat am Montag das Kammergericht, nachdem es die Sache erst vertagt hatte, die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache zu anderweiter Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen. Es wurde zur Begründung ausgeführt:

Nach eingehender Prüfung sind wir von unserer bisherigen Rechtsprechung abgegangen. Wir nehmen jetzt an, daß ein unentgeltliches Verteilen vorliegt, wenn das Publikum an den Verteiler kein Entgelt zahlt. Unsere bisherige Rechtsprechung beruhte auf dem Sprachgebrauch. Wir sagten, Verteilen bedeute danach an sich schon eine unentgeltliche Abgabe und es wäre überflüssig, dazu das Wort unentgeltlich hinzuzufügen, wenn man damit nicht meinen wolle, die Fälle, wo der Auftraggeber kein Entgelt zahlt. Diese bisherige Auslegung sei ja möglich, wenn man das Verteilen als Gegensatz zu Verkaufen nehme. Diese Auffassung muß aber aufgegeben werden. In bezug auf die vorliegende Materie kann nicht angenommen werden, daß hier das Verteilen als Gegensatz zum Verkaufen gedacht sei. § 30 des Reichspressgesetzes, der ja jetzt die Grundlage der entsprechenden landesgesetzlichen Vorschriften bildet, spricht vom Verkaufen überhaupt nicht, sondern nur von einer unentgeltlichen öffentlichen Verteilung. Nach der Entstehungsgeschichte des Gesetzes kann der Zweck nur der sein, zu verhüten, daß in Massen an das Publikum, ohne daß es etwas zu bezahlen braucht, auf der öffentlichen Straße Druckschriften gegeben werden. Dadurch kann leicht eine Belästigung entstehen. Darum wollte gerade das Gesetz eine derartige Verteilung von einer polizeilichen Genehmigung abhängig machen. So ist das Kammergericht jetzt dahin gekommen, anzunehmen, daß ein entgeltliches öffentliches Verteilen nur vorliegt, wenn das Publikum dem Verteiler etwas zahlt, und daß nur dann die angezogenen Gesetzesbestimmungen nicht Anwendung finden. Insbesondere spricht auch für die Auffassung, daß es bei der bisherigen Judikatur ein Leichtes ist, das Gesetz zu umgehen. Das ist eine Konsequenz, die der Gesetzgeber unmöglich gewollt hat.

Man sieht: vor dem ständigen Kampf der Verwaltungsbehörde kapituliert schließlich die Gerichtsbehörde und läßt seine frühere Ueberzeugung im Stich.

Der Gattenmord am Tegeler Weg vor Gericht.

Unter großem Andrang des Publikums begann gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts III der Prozeß gegen den Magistratssekretär Gustav Vormann aus Spandau, der, wie schon mitgeteilt, beschuldigt wird, seine Ehefrau getötet zu haben. — Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Rosenthal, die Anklage wird von Staatsanwaltschaftsrat Bräuning vertreten, die Verteidigung des Angeklagten führt Rechtsanwalt Theob. Marcuse. — Die Anklage gegen Vormann lautet auf Totschlag gemäß § 212 des Strafgesetzbuches.

Der Angeklagte hat, wie erinnerlich sein wird, seine Ehefrau im Anschluß an einen Termin im Ehescheidungsprozeß vor dem Landgericht III am Tegeler Weg auf offener Straße erschossen. — Der Angeklagte, der einen leidenden Eindruck macht, gibt auf Vorhaltungen des Vorsitzenden ein Bild seines Lebens. Nachdem er im Jahre 1893 als Sergeant wegen nervöser Herzkrämpfe vom Militär entlassen worden war, arbeitete er eine Zeit in Adpenitz beim Magistrat, dann in Spandau und brachte es dort bis zur Stellung

eines Magistratssekretärs. Seine Ehefrau, die Tochter eines Wagenbauers in Potsdam, hat er bei dem Vergnügen eines Klubs kennen gelernt und bald danach geheiratet. Das eheliche Leben wurde nach und nach immer zerrütteter; die Schuld dafür sucht der Angeklagte seiner Frau aufzuhalsen, die ihm vielfach unberechtigte Vorwürfe gemacht habe und kein Engel gewesen sei. Er selbst habe alles getan, was er tun konnte und habe ihr jeden Wunsch erfüllt. Daß Aufrichte vorgekommen sind und daß der Angeklagte mit der Prostituierten Grimm auch in der Ehemohnung verkehrt hat, bestreitet er. Die Grimm habe einen Meineid geleistet. — Von dem kritischen Augenblick, in welchem der Angeklagte am 18. November die Tat verübt hat, erklärt dieser beständig nichts mehr zu wissen. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß am 18. November die Grimm, mit der der Angeklagte Ehebruch getrieben haben soll, in dem Ehescheidungsprozeß als Zeugin vernommen wurde.

Auf alle weiteren Vorhaltungen des Vorsitzenden in bezug auf weitere Einzelheiten, erklärte der Angeklagte immer wieder, daß er sich auf Einzelheiten nicht besinnen könne. Die Pistole, mit der er geschossen, hat er sich einige Zeit vorher von der Firma Bial und Freund in Breslau auf Abzahlung besorgt. Er habe die Absicht gehabt, sich selbst zu erschießen, aber immer wieder davon Abstand genommen, da er die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben habe, daß es doch noch zu einer Versöhnung mit der Frau kommen werde.

In der Beweisaufnahme über das Eheleben des Angeklagten ging die Auffassung der Zeugen darüber, wem die größere Schuld an den ehelichen Zerwürfnissen beizumessen war, sehr auseinander. Die Schwester des Angeklagten bekundet unter anderem, daß die Frau stets sehr schroff gewesen sei und daß die Tatsache der Trennung von Frau und Kindern ihn zu Selbstmordgedanken getrieben habe. Ihre Bruder sei stets sehr nervös und leicht erregbar gewesen; seine Mutter habe immer über Kopfschmerzen geklagt; eine Schwester befände sich im Irrenhause, zwei Geschwister hätten sich das Leben genommen. Auf der anderen Seite traten Zeugen auf, die allerlei Vorkommnisse bekundeten, aus denen hervorgehen sollte, daß der Angeklagte einen großen Teil der Schuld an dem ehelichen Unfrieden trug. Er wurde von mehreren Zeugen als ein rechtshaberischer, gewalttätiger Mensch geschildert, der nach den Mitteilungen der verstorbenen Ehefrau diese oft sehr schlecht behandelt und auch mißhandelt habe, so daß sie mehrmals Nachbarn blutige Striemen an ihrem Körper zeigen konnte. Die Frau habe auch oft gellacht, daß ihr Mann ihr zu wenig Geld zukommen lasse, während er selbst viel Geld ausbeute und manche Nacht hindurch in der Kneipe saß. Der Angeklagte sei immer sehr nervös gewesen, und die Nervosität sei stets größer geworden, wenn Geld von ihm gefordert wurde. Drei Schwestern der verstorbenen Frau Vormann wußten insbesondere allerlei Szenen zu bekunden, in welchen der Angeklagte sich lieblos und brutal gegen seine Frau benommen habe. — Medizinrat Dr. Leppmann betonte in psychologischer Beziehung, daß der Angeklagte ihm gesagt habe: er habe sich in einem Zustand voller Verzweiflung befunden; er habe nicht weiter gekonnt, weil die Familie ihm alles abspändete, und zwar so rigoros, daß ihm bei einer Gehaltszahlung nur noch 2 oder 3 M. übriggeblieben seien. — Für den weiteren Teil der getriggen Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, weil es sich um eingehende Erörterung der Dinge handelte, die den letzten Anstoß zur Trennung der Frau des Angeklagten von diesem gegeben hat. Die Beweisaufnahme wird heute fortgesetzt werden.

Is die Nichtbeschaffung eines Schulbuchs strafbar?

Wir dieser Frage hatte sich jüngst das Kammergericht zu beschäftigen. Herr Müller, dessen Kind die Volksschule in einem Orte bei Raumburg a. S. besucht, hatte für das Kind nicht das vorgeschriebene Lesebuch besorgt, so daß es ohne das Buch am Unterricht teilnahm. Darauf wurde gegen den Vater ein Strafverfahren eingeleitet, und zwar wegen Übertretung einer der in Preußen überall erlassenen Regierungs-Ausführungsverordnungen, die der Durchführung der Schulpflicht gemäß § 48 II, 12 des Allgemeinen Landrechts dienen. Diese Verordnungen bedrohen die Eltern mit Strafe, deren Kinder ohne genügende Entschuldigungen die Schule veräumen. Die Anklage betonte, die Teilnahme am Unterricht ohne das vorgeschriebene Lehrmittel komme einer Schulveräußerung gleich.

Die Strafkammer in Raumburg a. S. als Berufungsinstanz sprach jedoch den Angeklagten frei, weil das Fehlen des Lehrbuchs nicht unter den Begriff der Schulveräußerung falle. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und blieb bei ihrem Standpunkt. Wenn ein Kind ohne Schulbuch sei und dem Unterricht nicht folgen könne, dann sei das ebenso, als wenn das Kind in der Schule fehle.

Das Kammergericht wies die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung zurück: Besuche ein Kind die Schule, dann könne von einer Schulveräußerung im Sinne des Landrechts und der Regierungsverordnung nicht die Rede sein. Und auch sonst könne wegen der Nichtbeschaffung des Lehrbuchs keine Bestrafung eintreten, weil es an einer strafrechtlichen Norm dafür fehle.

Aus aller Welt.

Von Teuerung keine Spur.

Vor wenigen Tagen wählte der Kaiser 4^{1/2} Stunden in Kachan, um ein Denkmal zu enthüllen. Die Stadtverwaltung hatte für würdigen Empfang gesorgt. 60 000 R. wurden für die Ausschmückung der Straßen verausgabt; nach dem Festakt gab es im Rathause eine kleine Wagenstärkung, die folgendermaßen ausfiel:

Beluga - Rasollos

Kupferberg Gold

Krautbrühe

1906er Erdener Herrenberg, Wachstum J. Schwaß

1907er Hallgartner Henselberg, Cresc. Engelmann

1906er De Hamaen du Vape

Sezunge auf normannische Art

1906er Brauneberger Auslese, Wachstum Febr. v. Schorlemmer

Kammrücken mit Trüffel

1904er Riersteiner Pfirschenhale Riesling Auslese

Krammetsvögelbrüste mit frischer Gänseleber

1899er Chateau Haut Orion Grand Vin

Artischockenböden mit Sauerkraut

Heidsied. La Grande Marque de l'Empereur. Rosé

Ananaspelze

Rästelangen

Früchte

Kochener Printen

Wolke

Sollten die Herren v. Bethmann Hollweg und v. Schorlemmer bei dem Festmahle zugegen gewesen sein, so sind sie sicherlich in ihrer Auffassung gefestigt worden, daß von einem Notstande nicht geredet werden kann.

Drei Menschen verbrannt.

Ein schweres Brandunglück meldet der Telegraph aus dem in der Nähe von Kiel gelegenen Dorfe Schönebeck. In dem Hause eines Gastwirts Hark kam in der letzten Nacht, während die Bewohner schliefen, Feuer aus. Der Brand griff mit großer Schnelligkeit um sich; ehe den Gefährdeten Rettung gebracht werden konnte, verbrannten der Gastwirt, seine Frau und ein Kind. Zwei andere Kinder wurden noch lebend geborgen.

Ein sechzehnjähriger Mörder.

In Rürtingen (Württemberg) entdeckte ein Feldhühner in einem Feldhäuschen die mit Blut bespritzte Leiche eines 15 Jahre alten Bäckerelehrlings Karl Röll aus Alt-Oberndorf. Die Untersuchung ergab, daß Röll von einem anderen Lehrling, dem 16 Jahre alten Albert Schemm aus Oberndorf, am letzten Sonntag angegriffen und dann mit einem großen Stein, der neben der Leiche gefunden wurde, erschlagen worden ist. Der junge Mörder, dem niemand die Tat angedeutet hatte, ist geständig, doch ist der Beweggrund zur Tat noch in Dunkel gehüllt.

Eine Miniaturrepublik.

Der kleinste Staat, den man bisher kennt, dürfte die Republik Tavolara sein, die aus einer kleinen, 12 Kilometer von Sardinien entfernten Insel besteht. Sie umfaßt 2 Quadratkilometer und zählt 55 Einwohner. Im Jahre 1898 gestand die sardinische Regierung der Familie Bartoleoni die volle Souveränität zu. Ihre Oberhaupt herrschte 46 Jahre als König Paul I. Bei seinem Tode, 1882, rief er, seinen Nachfolger zu bestellen. Seitdem herrscht dort die Republik, deren Präsident immer auf zehn Jahre gewählt wird. Die Frauen sind stimmberechtigt. Auf dem Inselchen ist gewiß nichts zu holen. Wie hätte es sonst so lange den „Abkaltorischen“ Bestrebungen der italienischen Heldenregierung entgegen können?

Kleine Notizen.

Ein Segler überrannt. Auf der Unterelbe wurde am Donnerstagabend ein mit Getreide beladener Segler aus Wilsitz von einem unerkannt gebliebenen Dampfer überrannt und zum Sinken gebracht. Die aus zwei Mann bestehende Besatzung ist ertrunken.

Arbeit für den Nachrichter. Am Freitagmorgen wurde auf dem Hofe des Gerichtsgefängnisses in Frankfurt a. O. der frühere Baugewerkschüler Schmidt aus Breslau hingerichtet. Schmidt hatte den Landbriefträger David aus Vibrecht, mit dessen Frau er ein Verhältnis unterhielt, ermordet.

Attentat auf einen Geheimpolitiker. In Lodz verübten am Freitag drei Männer ein Attentat auf einen Geheimpolitiker. Der Ueberfallene wurde dabei verwundet. Als die Attentäter verfolgt wurden, gaben sie auf die Strohpasanten Schüsse ab, durch die sechs Personen Verwundungen davontrugen. Die Schützen flohen in ein Haus und verbarricadierten sich dort. Das Haus ist von der Polizei umstellt worden.

Eine Raubtat. In Gleiwitz wurde gestern früh der Schneider Kupka aus Jabrze hingerichtet. Kupka hatte im Februar d. J. eine südische Händlerin ermordet.

Briefkasten der Redaktion.

G. D. 1001. Ja, soweit die Lohnforderung 28,95 M. wöchentlich übersteigt. — G. D. 111. 1. 16,30 M. monatlich. 2. Auf Antrag ja, falls Unvollständigkeit vom 1. Februar ab nachweisbar. 3. Die Armenverwaltung ist dazu befugt, macht von dieser Befugnis auch Gebrauch, falls nicht unterhaltsbedürftige Familienangehörige vorhanden sind. 4. und 5. Stelenfragen beantragen wir nicht. — W. 41 Spandau. Fordern Sie von der Eisenbahndirektion Erlang. — G. D. 100. Die Klage, die zunächst beim Innungschiedsgericht, Velle-Allianzstr. 5 anhängig zu machen wäre, erscheint durchführbar. Die geringfügigen — Kosten trägt der unterliegende Teil. — Klobbe, Mensch-Scheer. Der bezügliche Passus lautet: „Die festgesetzte Steuerliste ist vierzehn Tage lang öffentlich auszuliegen und der Beginn der Auslegung in verständlicher Weise bekannt zu machen.“ Den Befehl des Ministers halten wir für unzutreffend. Den Interessenten steht das Verwaltungsstreitverfahren offen. — W. D. 99. Köln. — G. D. 17. Kommen Sie in die Sprechstunde. — R. Sch., Baum- schulestr. 84. Ja, sofern vom Vater nichts zu erlangen ist. — W. D. 88. Sie können auch als medienbühniger Staatsangehöriger den Austritt vor dem hiesigen Amtsgericht erklären. — W. D. 78. In drei Jahren. — G. D. 85. 1. Das erscheint unstatthaft. 2. Ja. 3. Amtsgericht Ritzdorf. 4. Einmal 3 M. 5. Ja, schon nach Erlass des Urteils, das auf Antrag für vorläufig vollstreckbar erklärt wird. 6. Nein.

Marktpreise von Berlin am 2. November 1911, nach Ermittlung des königlichen Volkshofpräsidiums. Marktpreis (Kleinhandel), 100 Kilogramm Erdbeeren, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Spießbohnen weiße, 40,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 7,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,20—2,00. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,40. Halm 1,20—2,80. Bänder 1,40—3,60. Fische 1,00 bis 2,60. Gerste 0,80—2,00. Erbsen 1,40—3,00. Weizen 0,80—1,80. 60 Stück Rübchen 2,40—2,40.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 2. 11.		Wasserstand	am 11. 11.	
	am	11.		am	11.
Remel, Mühl	60	-3	Saale, Großh.	88	-12
Eggen, Zusterburg	44	-2	Saale, Spandau ¹⁾	27	-4
Weißel, Ebn	12	-2	Netzenow ¹⁾	0	-1
Ober, Rathbor	88	-2	Spree, Spremberg ¹⁾	88	0
Proffen	20	-1	Besten	82	-2
Frankfurt	36	-1	Weser, Ründen	97	+3
Warte, Schrum	30	0	Ründen	156	+6
Landberg	50	0	Rein, Raxenmühlensau	334	-5
Rega, Verdamm	32	-2	Raub	128	+3
Elbe, Lettmeth	84	0	Röm	107	+9
Dresden	209	+2	Rega, Heilbronn	21	+1
Harz	5	-1	Rain, Wertheim	88	-2
Magdeburg	13	+1	Rösel, Trier	61	-12

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Nied. — ²⁾ Unvergleich.

Sunlicht Seife

10 & 25 Pfennig

1000 Millionen

Produktion sämtl. Fabriken.

Im Jahr beträgt der Weltverbrauch (Dieses darf man stolz betonen!) Von Sunlicht Seifendoppelstück Ein Tausend Millionen!

Bayerische Minister-Kakaien.

Die Debatte über den berüchtigten Erlaß des bayerischen Verkehrsministers wegen der Zugehörigkeit der Arbeiter und Beamten der Staatsbahn zu dem angeblich sozialdemokratischen „Süd-deutschen Eisenbahnerverband“ ist noch nicht geschlossen, aber fastlich erschöpft.

Die ganzen Verhandlungen, die Ausführungen der verschiedenen Fraktionsredner und Erklärungen der Regierung, sind für die Entwicklung der innerpolitischen Zustände Bayerns von größter Bedeutung. Das Zentrum will den Großblock von Casselmann bis Bollmar nicht, aber es schafft ihn.

Die Rollen in dem parlamentarischen Sensationsstück waren vorfolgend verteilt: Den Ankläger und Staatsanwalt machte der Verkehrsminister von Frauendorfer, die Geschworenenbank war besetzt mit den berühmten „98“ der Zentrumspartei, eine Beurteilung „von Rechts wegen“ also gefordert. Aber — „erstens kommt es anders, zweitens als man denkt“.

Durch das Einbringen einer Interpellation hatte sich die sozialdemokratische Fraktion den nötigen Einfluß auf Regie und Inzinerierung des Stückes gesichert und die erste Ueberprüfung war nicht etwa eine Verteidigungsrede, sondern eine reichlich mit Hohn und Spott durchdränkte Anklagerede unseres Genossen Rohhaupter gegen Zentrum und Regierung. Er schon und noch mehr die Genossen v. Bollmar und Sähge im schufen für die parlamentarische Schlacht eine weit über das ursprüngliche Angriffsobjekt hinausgehende Operationsbasis. Sie fahnen die Frage nicht mehr so: kann ein Vahnsbeamter Mitglied des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes sein, sondern kann ein Beamter in Bayern Sozialdemokrat sein und auf Grund welcher gesetzlicher Bestimmungen beantwortet die Regierung die Frage mit einem „Nein“?

Dem Zentrum war die Erweiterung des Kampffeldes sehr unwillkommen und schon dem Zentrumsjahrespräsidenten Bickler und erst recht dem Zentrumsschwadronenführer Held war durch den unerwarteten Frontangriff der sozialdemokratischen Redner das Konzept in Unordnung gekommen. Das bayerische Zentrum hat nämlich, was die Frage der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie anlangt, wirklich eine wenigstens halbwegs anständige Vergangenheit. Und diese relativ anständige Vergangenheit war es nun, die die Zentrumredner bei ihrer unanständigen Aktion so schwer bedrückte. Was an guten Gründen abging, erlebte ein Hauptvertreter der schwarzen Kultur, der Abgeordnete Held durch blöde Schimpfereien. Die Ausführungen unseres Genossen Rohhaupter charakterisierte er als Lausbüberei und die bayerischen Minister bezeichnete dieser Zentrumsschicht, Staatsretter und Autoritätsverteidiger in seiner Rede gegen den Umsturz schlechweg als — Esel.

Das Zentrum brauchte Bundesgenossen. Des Bauernbundes unter Führung seines unfreiwilligen Spohrmachers Weel war es sicher. Das liegt nicht nur in der gegenwärtigen politischen Situation, sondern auch in der durchaus realistischen Bestimmung dieser bayerischen Bauernpartei begründet. Viel mehr lag ihm an der Unterstützung durch die Nationalliberalen, die es gar zu gerne trotz Innenstadt und Konstant als Dritten im Bunde für die Reichstagswahlen gewinnen möchte. Wieder wie in der Reichstagsdebatte ließ der schwarze Rattenfänger von Passau seine Lockrufe ertönen. Aber der Führer der Liberalen, Dr. Casselmann, lehnte jede Gemeinshaft mit dem Zentrum rundweg ab. Die Gesellschaft ist ihm zu anständig, das Geschäft zu schwierig. Zwar so weit liberal, daß er der Sozialdemokratie die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zugestimmt, ist er nicht. Aber er ist als anständiger Mensch ein Feind des Deunanziantentums und Spießbürens innerhalb der Beamtenchaft, ein Gegner der von Dr. Bickler im Namen des Zentrums geforderten Gesinnungsschwärze. Die Rede Dr. Casselmanns war eine schwere Enttäuschung für die schwarzen Scharmacher. Und als er den Kampf des Zentrums gegen die Umsturzpartei, gegen die Feinde von Thron und Altar angeht, der vielen Wahlbündnisse des Zentrums mit der Sozialdemokratie als Komödie, als elende Heuchelei bezeichnet, da wird es totensill auf der rechten Seite. Die Hauptakteure drücken sich und mancher der Daßeliebenden mag so etwas wie Scham über die Schande seiner Partei empfunden haben. Die parlamentarische moralische Niederlage des Zentrums war eine vollständige.

Und während dieser manichmal zu dramatischer Höhe sich erhebenden parlamentarischen Kämpfe unten im Saale saßen stumm auf etwas erhöhter Tribüne der Ministerpräsident v. Bodewitz und der Verkehrsminister v. Frauendorfer. Die Ministerbank war zu einer Armständerbank geworden. Die von der Linken und Rechten, das war der wohlverdiente Lohn dieser Kakaien-Regierung.

Kakaien des Zentrums: aber auch Kakaien der preussischen Regierung! Preußen wünscht das scharfe Vorgehen gegen die Eisenbahner und die rückwärtslose Unterdrückung der Sozialdemokratie, und der bayerische Ministerpräsident ist der gehorsame Diener, der gefällige Knecht der preussischen Junkerregierung. Und wie er der Kakai des Zentrums und des Junkertums ist, so möchte er die Richter zu seinen Kakaien machen: „Ich habe zu den Disziplinargerichten und ihrer monarchischen Gesinnung das selte und in der Tradition des bayerischen Beamtentums begründete Vertrauen, daß sie in einem derartigen Falle nicht verjagen werden.“ Ein netter Hüter der Gerechtigkeit und prächtiger Verteidiger der Staatsautorität!

So bilden diese Verhandlungen in der bayerischen Kammer ein bleibendes Denkmal der Unfähigkeit und Unehrlichkeit der Regierung Bodewitz' und ultramontaner Skrupel- und Charakterlosigkeit, ein Denkmal der Schande für die Partei, die einst gegen Bismarck den Kulturkampf siegreich durchgekämpft.

Parlamentarisches.

Versicherungsgesetz für Angestellte.

Sitzung vom Freitag, den 3. November. Zur Erörterung kam in der Sitzung zunächst die Organisation der Schiedsgerichte. Von unseren Genossen wurde beantragt, die Schiedsgerichte den Oberversicherungsämtern, die nach der Reichsversicherungsordnung geschaffen werden, anzuschließen, aber für die Angestellten eine besondere Kammer vorzulegen, die aus den Kreisen der Angestellten gewählte Mitglieder zuzieht. Die Vorlage will besondere Schiedsgerichte für diesen Zweig der Versicherung und auch eine besondere letzte Instanz, das Oberschiedsgericht, das unsere Genossen durch das Reichsversicherungsamt ersetzen wollen. Die Venderung, die unsere Genossen beantragten, bedeutet, das Verfahren zu erleichtern und die Zersplitterung im Instanzenzug zu vermeiden. Vor allem aber soll vermieden werden, daß in beiden Versicherungen widersprechende

Entscheidungen gefällt werden. — Der Staatssekretär Debrück trat sehr entschieden dem Antrage entgegen; er will nicht auf neue das Reichsversicherungsamt belasten und glaubt, daß die Angliederung an die Oberversicherungsämter größere Kosten verursache, als die eigenen Schiedsgerichte für die Angestelltenversicherung. Demgegenüber hoben unsere Genossen hervor, daß von einer Ueberlastung des Reichsversicherungsamts nicht die Rede sein könne, da die Reichsversicherungsordnung sehr erhebliche Erleichterungen eingeführt hat; insbesondere durch Ausschluß des Rekurses bei Unfallsachen. Der Standpunkt unserer Genossen wurde auch von der freisinnigen Volkspartei geteilt. Das Zentrum, das in einer früheren Sitzung dem Standpunkt unserer Parteifreunde zustimmte, ließ durch Trimborn erklären, daß man heute noch die gleiche Auffassung habe; da aber die Regierung dem sozialdemokratischen Antrage entschieden widersprochen habe, so wolle man das Jubiläum des Gesetzes nicht in Frage stellen. Man werde sich deshalb der Abstimmung vorläufig enthalten, um eine endgültige Stellungnahme erst nach den Beschlüssen der Fraktion einzunehmen. — Dieser Umfall des Zentrums führte zur Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, gegen den geschlossen die Konservativen und die Nationalliberalen stimmten. — Zu § 208 wurde ein Antrag unserer Genossen angenommen, der im wesentlichen den Zweck verfolgt, Streitigkeiten darüber, ob der Versicherte der Reichsversicherungsordnung oder dem Versicherungsgesetz für Angestellte unterworfen ist, so zu regeln, daß die zuerst angerufene Instanz, sei es die der Reichsversicherungsordnung oder der Versicherung für Angestellte, die präjudizierende Entscheidung fällt. Im § 205 wurde ein Antrag unserer Genossen und des Abg. Kaab angenommen, der die Zulassung von Sekretären der Berufsvereine vor den Rentenausschüssen erleichtert. Eine Anzahl anderer Paragraphen wurde ohne Aenderung angenommen, so daß für die nächste Sitzung am Sonnabend nur noch die Frage der Erlassung in erster Lesung zur Entscheidung steht. Die bürgerlichen Parteien haben in den letzten Tagen über diese Frage und auch einige anderen dieses Gesetzes Beratungen gepflogen, um möglichst geschlossen eine Stellung in der Kommission, eventuell auch im Plenum des Reichstages, zu der Angestelltenversicherung einnehmen zu können.

Aus der Partei.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

Auf dem westfälischen Provinzialparteitage hatte Genosse Hue einige Ausführungen über Kolonialpolitik gemacht, die er mit folgendem Satze einleitete: „Unter Verufung nicht auf Raubentdecker oder Hildentrand, sondern auf Webel, kann ich sagen, daß wir Sozialdemokraten keine grundsätzlichen Gegner der Kolonialpolitik sind. Wir halten es durchaus für notwendig, daß für die Industrie neue Absatzquellen und neue Rohstoffgebiete erschlossen und die zurückgebliebenen Gebiete an die allgemeine Kultur angeschlossen werden müssen.“

Genosse Webel sendet dem „Hamburger Echo“, das Hues kolonialfreundliche Ausführungen kritisiert hatte, folgende Erklärung:

„Ich stehe noch genau auf dem Standpunkt der Resolution über Weltpolitik, die der verstorbene Genosse Singer im Auftrag des Parteivorstandes auf dem Parteitag zu Mainz im Jahre 1900 begründete und damals vom Parteitag einstimmig angenommen wurde. Ich kann um so leichter dieser Resolution auch noch heute zustimmen, da ich der Verfasser derselben bin.“

Die allgemeinen Sätze dieser Resolution (die sich besonders auf den Chinakrieg beziehen) lauten:

Der Parteitag erklärt: „Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentwertung betriebene Welt- beziehentlich Kolonialpolitik, wie sie neuerdings auch in dem Juge nach China zum Ausdruck kommt, entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des stets ansteigenden Kapitals, dem die Ausbeutungsgelegenheiten im Inlande nicht mehr genügen, sowie dem Drang nach neuen Absatzmärkten, die jedes Land für sich zu erschließen trachtet.“

Diese Politik beruht auf der gewalttätigen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkern; sie führt aber auch notwendig zu Demoralisation und Verrohung der ausbeutenden Elemente, die ihre Raubfucht durch die verwerflichsten, ja selbst unmenschlichsten Mittel zu befriedigen streben und dadurch fortgesetzt Empörungen der Mißhandelten hervorrufen.“

Die überseeische Eroberungs- und Raubpolitik führt ferner zu Eifersüchteleien und Reibungen der rivalisierenden Mächte und infolgedessen zu unerträglichen Ränkungen zu Wasser und zu Lande; sie enthält den Keim zu gefährlichen internationalen Konflikten, welche die auf friedlichem Wege mühsam errungenen Kultur- und Verkehrsbeziehungen in Frage stellen, soziale Reformen im Innern verhindern und schließlich eine allgemeine Katastrophe wahrscheinlich machen.“

Die Sozialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wünschenswerten und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheiten sowie die Unabhängigkeit dieser Völkernschaften geachtet und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutigste Hohn auf Kultur und Zivilisation.“

Der Protest gegen den Krieg.

In Bitterfeld fand am Donnerstag eine sehr gut besuchte Protestversammlung statt. Genosse Frieß Kunert sprach über das Thema: „Die rote Internationale gegen den kapitalistischen Imperialismus.“ Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Wie uns ein Teletogramm aus Sarajewo, der Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina mittelt, hat die österreichische Regierung die von der Parteileitung geplante Versammlung gegen den Krieg verboten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Reichsverbands-Prozess.

Am 25. April h. J. brachte die Bremer Bürger-Zeitung eine Notiz, in der im ersten Satz davon die Rede ist, daß der „Welt am Montag“ von einem Leser ein Klärendes zugesandt sei, das auf der Berliner Reichsaussstellung verteilt wurde und augenscheinlich aus einer „stinkenden Reichsverbandsliste“ stamme. Der Generalsekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie für die Provinz Hannover und Umgegend, Herr Komol, fühlte sich als Mitglied des Reichsverbandes durch diese Notiz beleidigt. Am 3. August war die erste Verhandlung gegen

den Verantwortlichen unseres Bremer Parteiorgans, Genossen Holzmeier, vor dem Schöffengericht in Bremen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung. Da der Kläger gegen dieses Urteil Berufung eingelegt hatte, mußte sich die Strafkammer des Bremer Landgerichts sehr ebenfalls mit der Sache beschäftigen. Aber auch diese Instanz kam zu einer Freisprechung. In der Begründung heißt es, daß einzelne Mitglieder eines Verbandes nur dann zur Klage berechtigt seien, wenn in der Fassung der beleidigenden Wendungen eine Beziehung auf bestimmte Personen oder einen bestimmt erkennbaren Personenkreis zutage trete. Das sei hier nicht der Fall; es sei nur allgemein von irgendeiner „stinkenden Reichsverbandsliste“, mit anderen Worten von irgendeiner mit dem Reichsverbande zusammenhängenden Stelle die Rede. Wir gratulieren Herrn Komol recht herzlich zu diesem Reinsfall.

Die Breslauer Justiz schlägt die „heiligsten Güter der Nation“.

Der frühere Verantwortliche der Breslauer „Volkswacht“, Genosse Rabold-Waldenburg soll die Richter des Kriegsgerichts der 19. Division in Hannover beleidigt haben. Die Beleidigung wurde gefunden in der Kritik eines Urteils des Militärgerichts, das einen Mann-Gezangenen wegen roher Soldatennüchthandlungen zu nur sieben Wochen Gefängnis verurteilte. In der Gegenüberstellung von Urteilen gegen Vorgesetzte und Gemeine erblickten die Kriegsgerichtsbesitzer eine Herabwürdigung ihrer richterlichen Tätigkeit. Die Breslauer Strafkammer sah darin sogar den Vorwurf der Parteilichkeit, wodurch das Vertrauen zur Justiz, das Heiligste der deutschen Nation, schwer erschüttert werden kann. Der Staatsanwalt wollte die Herabwürdigung des Kriegsgerichts mit drei Monaten Gefängnis gestraft wissen, obwohl Genosse Rabold erst einmal mit einer geringen Geldstrafe verurteilt worden ist. Das Gericht trug dem Umstand, daß Rabold unerschuldet vorbestraft ist, Rechnung und erkannte auf 300 M. Geldstrafe.

Im zweiten Fall soll Rabold die Waldenburger Polizei, ein Duzend Gendarmen und den Gendarmarie-Kommandeur beleidigt haben. Aus Anlaß des Straßenbahnunfalls in Waldenburg kritisierte die „Volkswacht“ das Auftreten der Gendarmarie, die von einem Gastwirt wegen Ansammlung von Rekruten die sofortige Schließung des Lokals verlangte. Am Schluß des Artikels hieß es, daß alles ruhig verlaufen wäre, wenn die Polizei nicht dagewesen wäre. Hierin und in dem Vorwurf, daß die Polizei „verrot“ geworden sei, erblickte die Breslauer 1. Strafkammer die Absicht der Beleidigung und verurteilte Rabold zu 30 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 200 M. beantragt.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend.“

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nummer 23 heben wir hervor: Die „Hamburger Richtung“ am Werk. Von R. Lindau. — Skizzen aus dem Wanderleben. Von Emil Unger. — Die Internationale. — Spinnen (Auffriert). — Fabrik- und Meisterlehre. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit. — Vom Kriegsschauplatz. — Zur wirtschaftlichen Lage.

Beilage: Der Teufelsbeschwörer. Erzählung von Karl Dönitz. — Herbst. Gedicht von A. Ellinger. — Aus einer alten Stadt. Von Richard Wagner. — Die Körperkultur der Griechen (Auffriert). Von Fritz Glöner. — Das Entkommen des Bürgermeisters im 18. Jahrhundert. — Kommt mit! Gedicht von Emma Böhl. — Eine eigene Bäckerei! — Das patentierte Krokobil. Von Manfred Ayber.

Soziales.

Ein Bericht über die Kampfweise des Leipziger Verbandes.

Das Urteil des Schöffengerichts Leipzig in Sachen der Vorsteher des Leipziger Verbandes gegen den Arzt Dr. Baum und den Redakteur Kempens (Rhein) liegt jetzt schriftlich vor. Wenn auch die Herren vom Leipziger Verband die Verurteilung der Genannten (200 und 150 M.) erreicht haben, so werden sie sich die Urteilsbegründung sehr nicht an den Spiegel stecken, denn es heißt darin: „Der Kampf ist von beiden Seiten mit äußerster Erbitterung geführt worden, wie gerichtskundig ist; diese Erbitterung ließ Ausschreitungen auch in der Wahl der Kampfsmittel kaum vermeiden. Doch sind Vorkehrungen, daß Verträge mit den Krankenkassen nicht ohne Zustimmung des Verbandes eingegangen werden dürfen, die Verletzung zum Bruch solcher ohne Genehmigung geschlossener Verträge, die Beeinträchtigung von Ehrengerichten, die Rehabilitierung Vorbrückiger, endlich die Verweigerung ärztlichen Beistandes in Fällen drohender Gefahr Maßnahmen bedenklicher Art; sie fordern eine abfällige Kritik geradezu heraus, auch wenn es sich hierbei offenbar um nur vereinzelte Erscheinungen handelt.“ Die Begründung nimmt an, daß die Beurteilten bei der Kritik des Leipziger Verbandes weit über die Grenzen gegangen seien und die Absicht der Beleidigung gehabt hätten.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen und Kommunalwahl.

Mit dem wachsenden Einfluß, den die Sozialdemokratie in den Kommunalverwaltungen erlangt, gewinnen die Stadtverordnetenwahlen für die Frauen erhöhte Bedeutung. Wenn auch gegen heftige Oppositionen, erobert der soziale Gedanke in den Gemeinden ein Gebiet nach dem anderen. Der Grad der Durchsetzung der gesamten Verwaltung mit sozialem Geiste oder wenigstens des Zurückdrängens der Widerstände gegen soziale Forderungen und Einrichtungen ist naturgemäß von der Stärke der sozialdemokratischen Fraktion abhängig. Zwar können die Frauen nicht selbst wählen, aber durch die Auffklärung der Wähler können sie das Ergebnis der Wahlen doch erheblich beeinflussen. Von dieser Einwirkung ist in starkem Maße für Änderungen in der kommunalen Ehrenämter, so in die Armen- und Waisenkasse, abhängig. Die Gestaltung der Krankenpflege, des Säuglings- und Kinderschutzes, der Kinderspionage, überhaupt des ganzen Komplexes der Kinderfürsorge, ist ebenfalls bedingt von dem Ausmaß der sozialen Bestrebungen, die mit den neuen Vertretern in das Rathaus einzichen. Und gerade jetzt, angesichts eines Winters, der die ärmere Bevölkerung mit einer beispiellosen Teuerung bedroht, ist die Frage der Kindererziehung in der Schule von besonderer Wichtigkeit. Sicherlich wird die Zahl der Eltern und Mütter, die ihren Kindern morgens kein warmes Frühstück reichen können, sehr stark zunehmen. Wehe den armen Kleinen, wenn dann auf den Nothäusern der soziale Geist fehlt! Damit in Zusammenhang steht die Frage des Kindererschuldes! Die Teuerung reizt in ganz besonderem Maße dazu, durch den Verkauf der kindlichen Arbeitskraft das große Familieneinkommen etwas zu erhöhen. Und dann finden sich auch sehr leicht Unterneher, die gern Kinder einstellen, um dadurch die teure Arbeitskraft Erwachsener zu ersparen. So bildet die größere Verwendung von kindlicher Arbeitskraft eine Verstärkung der Arbeitslosigkeit und des allgemeinen Notstandes. Dann sind Frauen als Gemeindebeamte erforderlich, die sich nicht damit begnügen, ungefehlte Kinderarbeit und Kinderaus-

Beutung zu verhindern, die auch mit warmem Herzen und Geschick im Interesse der Unterstüßungsbedürftigen städtische Mittel locker machen können. Hier eröffnet sich ein weites, dankbares Tätigkeitsfeld! Es für sozial denkende Frauen, die Zeit und Fähigkeit zu solcher Arbeit besitzen, zu erobern, ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Vertreter. Ihren Einfluss können die Frauen durch energische Mitarbeit bei den Wahlen lösen.

Nur ein kleines Teilchen aus dem umfassenden Gebiet der möglichen kommunalen Tätigkeit für die Frauen haben wir herausgegriffen, aber es zeigt schon die eminente Wichtigkeit dieser Frage. Öffentlich betwirft sie, unsere Genossinnen zu einer regen Agitation noch in den letzten Stunden und zu einer kräftigen Mitarbeit an den Wahltagen anzuspornen.

Zum Kampfe gegen Sozialdemokratie und Demokratische Vereinigung fordert der Verein der liberalen Frauen von Groß-Berlin auf! Er hat zu diesem Zwecke am 30. Oktober einen Reichstagswahlaustrich gebildet. Es soll vor allem dahin gewirkt werden, daß der erste Berliner Wahlkreis, der einzige, der heute in der Hand des Liberalismus ist, diesem durch Sozialdemokratie und Demokratische Vereinigung nicht entzogen werde. Besondere Sühnen zur Schulung und Orientierung der Mitglieder sollen stattfinden. Alle liberalen Frauen, auch solche, die politisch noch nicht organisiert sind, werden in einem Aufruf ersucht, sich dem Reichstagswahlaustrich der liberalen Frauen von Groß-Berlin anzuschließen. — Für unsere Genossinnen muß dies ein besonderer Ansporn sein, im Reichstagswahlkampf auch ihrerseits ihre Pflicht zu tun. Gerade der durch die wirtschaftliche Entwicklung Berlins von Kräften entblößte erste Kreis bedarf der Hilfskräfte in außerordentlichem Maße. Der Aufruf der liberalen Frauen zeigt unseren Genossinnen, an welcher Stelle auch ihre Tätigkeit besonders notwendig erscheint.

Verfammlungen.

Centralverband der Schuhmacher. In der Generalversammlung der Zahlstelle Berlin, die am 1. November im Gewerkschaftshaus stattfand, erstattete Hamann den Geschäftsbericht vom dritten Quartal 1911. In der Berichtszeit fanden drei allgemeine Mitgliederversammlungen, davon 2 Generalversammlungen, ferner 2 Versammlungen der Branche der Schäftearbeiter, je eine Versammlung der Branche der Zuschnneider und Stänger, der Poltschuhmacher, der Schoharbeiter und der Fabrikarbeiter, der mechanischen Wendeabteilung, dann 16 Bezirksversammlungen der Schoharbeiter. Vertrauensmännerversammlungen der Poltschuhmacher fanden zweimal, der Fabrikarbeiter und der Schoharbeiter je einmal statt. Ferner sind aufgezählt 51 Fabrik- und Werkstattkonferenzen, 7 Verhandlungen mit den Unternehmern, 3 Agitationskommissionensitzungen, 7 Sitzungen der Ortsverwaltung und 7 sonstige Veranstaltungen. Der Vorsitzende ging auf eine Reihe von Differenzen mit den Unternehmern näher ein und zeigte, wie der Verband nie versäumt, für seine Mitglieder mit Energie einzutreten, und wie es in der Regel auch gelang, die Differenzen mehr oder weniger in einer für die Arbeiter günstigen Weise zu schlichten. Mander Angriff auf die Rechte der Arbeiter wurde abgewehrt, manche Verbesserung durchgesetzt. Nur ein Streit fand in der Berichtszeit statt, bei der Jirma Spiegel, wo aber nach kurzer Zeit eine Einigung zustande kam. Hamann machte unter anderem darauf aufmerksam, daß manche Fabrikanten versuchen, langfristige Verträge (bis zu einem oder zwei Jahre) mit einzelnen Arbeitern abzuschließen, die wichtige Posten in der Fabrik besetzen. Die Vertrauensmänner haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß solche Verträge als unzulässig zu betrachten seien. Auf jeden Fall müßten die Arbeiter vor dem Abschluß von Verträgen mit der Ortsverwaltung Rücksprache nehmen, um deren Rat zu hören. — Der Mitgliederbestand der Zahlstelle ist ziemlich unverändert geblieben und betrug am Schlusse des Quartals 2840.

Der Kassierer Wendig erstattete den Kassenbericht. Die Abrechnung der Zentralkasse für das dritte Quartal zeigt in Einnahme und Ausgabe eine Bilanz von 15 163 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet für Unterstüßungen an Arbeitslose 6845 M., an Kranke 5006,65 M., an Reisende 330,77 M., bei Umzügen 182 M., an Wöchnerinnen 6 M., in Sterbefällen 105 M., bei Maßregelungen 45 M. — Die Lokalkasse zeigte eine Einnahme von 17 269,07 M. (inkl. 11 048,87 M. Bestand von zweiten Quartal); für Maimarken sind 181,50 M. eingekommen. Die Ausgaben betrugen 5961,65 M., darunter 107,80 M. für Streiks und Maßregelungen. Die Kasse hatte am Schlusse des Quartals einen Betrag von 11 297,42 M. zu verzeichnen. Die lokale Zentralkasse bilanzierte mit 6849,09 M. Unter den Ausgaben sind für Unterstüßung an Arbeitslose 644,20 M., bei Streiks und Maßregelungen 55,05 M. angeführt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung lag der Bericht über die Entschiede der Beschwerdekommision in Sachen derjenigen Mitglieder, welche die Konferenzbeschlüsse anlässlich der Raiffeier durchbrochen haben, vor. 12 Personen kommen dabei in Frage. Nach einer genauen Untersuchung der besonderen Lage der einzelnen Fälle hatte die Beschwerdekommision für 7 Mitglieder eine Klage, für 5 Mitglieder den Ausschluß beantragt. Nach einer längeren Diskussion beschloß die Versammlung gemäß den Anträgen der Kommission.

Die Anwesenden wurden unter anderem noch ersucht, für eine Versammlung der 1000 Schuhmacher, die am 19. November in Boekers Lokal, Weberstraße, stattfinden soll, nach Kräften zu agitieren.

Eingegangene Druckschriften.

Die Charkritische Zentralbahn, der Tanganyikaverkehr und die Oskritischen Finanzen. Von E. Zimmermann, 63 S. D. Reimer, Berlin.

„Der Tropenpflanzer.“ Zeitschrift für tropische Landwirtschaft. Nr. 11. Organ des kolonialwirtschaftlichen Komitees. Erscheint monatlich. Jahr 12 M. Berlin, Unter den Linden 43

Blutarme, Kranke und Schwächliche trinken während der Rekonvaleszenz feurig süßen Santa Lucia Kraft-Rotwein.

Flasche 1,50 u 2,00, käuflich in Apotheken, Drogerien, Delikatessgeschäften.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Herr
Max Hörenz
Sanderstraße 22
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.
Ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Herr
Paul Lang
Hobbinstraße 8
plötzlich verstorben ist und bereits zur letzten Ruhe bekräftigt wurde.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsg. Deutschlands
Filiale Groß-Berlin.
Bezirk Berlin I.
Todesanzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Alb. Pagel
am 2. November im Alter von 23 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Sophien-Gemeinde, Breitenwalder Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
172/15 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der
Christian Lau
am 31. Oktober im Alter von 50 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pauli-Kirchhofes aus statt.
71/19 Die Bezirksverwaltung.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der Kollege
Bernhard Fiedler
(Bezirk Rixdorf)
am Mittwoch, den 2. November, plötzlich im Gehirnschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 5. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
189/5 Der Vorstand.

Albert Kintzel
lage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten, Genossen und Kollegen meinen tiefsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Witwe Anna Kintzel.
Allen Kollegen und Kolleginnen für die Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten Mannes
Karl Reichwald
solche dem Geseßverein der Tuchmacher, „Einigkeit“, sage ich auf diesem Wege meinen innigsten Dank.
Witwe Lina Reichwald
157/19 Hoblinstraße 21

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der
Joseph Kiebler
lage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen und der Geschäftsleitung von Hüttem im Namen der Geschwister meinen herzlichsten Dank.
Johann Kiebler.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Stoffe
Beste, s. Anzug, Paletot 12 M. — M. Loden für Pelzerm 1,50, 2,50. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Patrikirche.

Am Mittwoch, den 1. November, verstarb unser lieber Kollege, der Schriftführer
Georg Weber
im 40. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kollegen der Buchdrucker
Otto Drowitz, 139/5

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied, die Kollegin
Ida Willner
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 4. November, nachmittags 4 Uhr, auf dem Auferstehungs-Kirchhof in Weissenhof, Nichtenberger Weg, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
20/3 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gastwirts
August Zietz
Warschauer Str. 61.
::: Einladung :::
für Sonntag, den 5. November 1911, zu einem
zwanglosen Familien-Abend
in musikalischer Unterhaltung u. Tanz
Anfang 6 Uhr. Eintritt frei.

Monats-Garderobe!
Die besten Winter-Paletots und 3-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kavaliere getragene, halt neue Sackweide, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen
billigen Preisen.
1 1/2 bedaubilliger wie im Laden
Hirsch Kieflerbaum, Wasserlorenzstr. 13/1

Monats-Garderobe
Spezialhaus für wenig getragene, fast neue Jackett-Anzüge, Frack-Anzüge, Gehrock-Anzüge, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, Winter-Paletots und Winter sowie Winterjoppen-Teilkleider (auch für torpente Herren). Dieselben sind teils auf Zeide gearbeitet und nur kurze Zeit getragen, kauft man profitabil bei
Weingarten, Prutzenstr. 28
1 Etage.
Gehaus Hirtzke (früher 20 Jahre Götlicher-Str.) Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten.

Köpenick. Hut-Lefèvre
Grünstr. 16.
Beste Bezugsquelle, auch Pelzwaren.

Moderne Konfektion für Damen und Herren
Kostime Jackett Mäntel Ulster schick und elegant. Wöchentl. M.
Anzüge Rock- und Jackett Paletots Ulster taßellon passend Abzahlung
Richard Krumbek
154 Frankfurter Allee 154 Ecke Niederbarnimstrasse
5%
wer es od. Käufer, welcher dieses Inerat nach abgesehenem Kauf vorzuzigt, sofort gutgeschrieben

Enorm billig!
Vorjährige feinste
Ulster-Anzüge
von 20-60 M.
Billige Hosenwoche.
Versandhaus Germania
Unter den Linden 21.
Metzer Bierhalle
Metzer Str. 20.
2 Regalbahnen und Vereinszimmer für Geseßvereine besonders geeignet sind noch für einige Tage in der Woche frei. Für Speisen und Getränke tolle Preise. 12835
Der a. Glas 10 Pf.
Paul Kerbs.
Huthaus „Monopol“
166 Müllerstr. 166
Große Auswahl in
Herrenhüten
Mützen, Stöcken, Schirmen, Herrenwäsche, Krawatten.



WESTMANN

Köhrenstrasse 37a (nahe Jerusalemstrasse)
Gr. Frankfurter Strasse 115 (nahe Andreasstr.)

Herri. Plüschmäntel schon für M. 40.-
Modelle 60.-, 75., 100. (früher bis 100.-)

Entzück (Fiauschmäntel) schon für M. 15.-
(Abendmäntel) Modelle 20.-, 28.-, 36.-, 50.-, 75.- (früher bis 100.-)

Aparte (Kostüme) schon für M. 18.-
(Gesellschafts-Kleider) Modelle 25.-, 35.-, 56.-, 80.-, 130.- (früher bis 300.-)

Pelzmänt. u. Stolen ca. 50% ermäss.
(nur echte Fellw.)

Für die nächsten 3 Tage als zurückgesetzt aussortiert:

- 1 Ständer engl. Paletots sonst bis M. 50.- M. 8.-
- 1 Ständer Kostüme sonst bis M. 50.- M. 14.-
- 1 Ständer Röcke sonst bis M. 30.- M. 6.-
- 1 Ständer Plüschkonfektion sonst bis M. 100.- M. 17.-
- 1 Ständer Gesellschaftskleider sonst bis M. 80.- M. 13.-

Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.

Cigarren

zu bekannt billigsten
Engros-Preisen

Kl. Mexico . . . 100 St. 3,00
S. Clara (Manilla) . . . 4,00
Nr. 92 (rein überle.) . . . 4,30
Goldadler (mild) . . . 4,50
Herta (pilsn) . . . 5,00
Senta . . . 6,00
Nicht u. 100 St. v. e. Sort. 40 St.
fr. Nachn. Tabak abh. n. 9 Pf. fr.

Börsen-Rauchtabak
Nr. I v. 80 Pf., Nr. II 90 Pf., Nr. III 1 M.
Ohne Preisunterschied in Fein- und Grobdruck.

Prima Börsen-Shag-Tabak
v. 80 Pf. Nr. 1, 50.

Czollek & Geballe
Cigarren-Engros, Berlin C.,
Neue Promenade 7, 1.

Obst!

Goldparmanen, ausgewählte Früchte, je 50 Kg. 30 M.
Goldparmanen I, beste Tafel- Früchte, je 50 Kg. 25 M.
Goldparmanen II, etwas geringer in Form und Farbe, je 50 Kg. 20 M.
Goldparmanen III, kleinere gute Früchte, je 50 Kg. 15 M.
Goldparmanen verdienen die beiden unterzeichneten Verwaltungen. —
Verhand nur von Monenburg:
1. Calvill - Reimette, Baumhans-, Orleans - Reimette und Köngl. Kurstiel in Tafelstücken je 50 Kg. 30 M.
Dieselben in kleineren guten Früchten je 50 Kg. 20 M.
2. Spaller-Früchte von Diels-, Clairgeaus- und Blumenbachs Butterbirne je 50 Kg. 50 M.
Geringere Früchte und Jalousie in allen Sorten, soweit der Vorrat reicht, je 50 Kg. 10 M.
Zulassung erfolgt bei Mindestabnahme von 25 Kg. für Kessel und 12 1/2 Kg. für Birnen 1 rei 1 Haus Berlin durch die Gutverwaltung Falkenberg bei Berlin u. die Gutverwaltung Blankenburg bei Berlin.

Monats-Garderobe!
Die besten Winter-Paletots und 3-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kavaliere getragene, halt neue Sackweide, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen
billigen Preisen.
1 1/2 bedaubilliger wie im Laden
Hirsch Kieflerbaum, Wasserlorenzstr. 13/1

Eile zu Weile!
119 Dresdener Straße 119
Ueber 1000 Pelz-Stolas
Muffen, Kolliers
Extra billige
Preise!
Echte Skungs-Stolas von 25 M. an.
Pelz-Hüte, Hutstreifen Felle, Köpfe, Schwelle in allen Fellarten
Eigene Kürschnerrei.
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.
Bitte genau auf Nr. 119 und Eile zu Weile zu achten

Monats-Garderobe
Spezialhaus für wenig getragene, fast neue Jackett-Anzüge, Frack-Anzüge, Gehrock-Anzüge, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, Winter-Paletots und Winter sowie Winterjoppen-Teilkleider (auch für torpente Herren). Dieselben sind teils auf Zeide gearbeitet und nur kurze Zeit getragen, kauft man profitabil bei
Weingarten, Prutzenstr. 28
1 Etage.
Gehaus Hirtzke (früher 20 Jahre Götlicher-Str.) Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten.

Monats-Garderobe!
Die besten Winter-Paletots und 3-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kavaliere getragene, halt neue Sackweide, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen
billigen Preisen.
1 1/2 bedaubilliger wie im Laden
Hirsch Kieflerbaum, Wasserlorenzstr. 13/1

Köpenick. Hut-Lefèvre
Grünstr. 16.
Beste Bezugsquelle, auch Pelzwaren.

Moderne Konfektion für Damen und Herren
Kostime Jackett Mäntel Ulster schick und elegant. Wöchentl. M.
Anzüge Rock- und Jackett Paletots Ulster taßellon passend Abzahlung
Richard Krumbek
154 Frankfurter Allee 154 Ecke Niederbarnimstrasse
5%
wer es od. Käufer, welcher dieses Inerat nach abgesehenem Kauf vorzuzigt, sofort gutgeschrieben

Eile zu Weile!
119 Dresdener Straße 119
Ueber 1000 Pelz-Stolas
Muffen, Kolliers
Extra billige
Preise!
Echte Skungs-Stolas von 25 M. an.
Pelz-Hüte, Hutstreifen Felle, Köpfe, Schwelle in allen Fellarten
Eigene Kürschnerrei.
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.
Bitte genau auf Nr. 119 und Eile zu Weile zu achten

Moderne Konfektion für Damen und Herren
Kostime Jackett Mäntel Ulster schick und elegant. Wöchentl. M.
Anzüge Rock- und Jackett Paletots Ulster taßellon passend Abzahlung
Richard Krumbek
154 Frankfurter Allee 154 Ecke Niederbarnimstrasse
5%
wer es od. Käufer, welcher dieses Inerat nach abgesehenem Kauf vorzuzigt, sofort gutgeschrieben



Die Marke der Feinschmecker unter den Rauchern.



OXO Pfg
Bouillon
Würfel

der Compie **LIEBIG**

Wo es sich um Verbesserung von Suppen, Saucen, Gemüsen usw. handelt, empfiehlt sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extrakt, welches den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Gegr. 1893. **A. B. KOCH** Gegr. 1893.

Kohlen- und Brikett-Großhandlung

Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.
Telephon: Amt 7, 3040 und 3098.

Lagerplatz 1: O. 34, Ruderdorfer Str. 71 (Küstriner Platz, alt. Ostb.).
Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)

Preise für 1a Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

	pr. Ztr.		pr. Ztr.
1a Sentenb. Mariengluck Salon	84 Pf.	1a Hise Salon	1.00 M.
1a Sentenb. Gotthold Salon	87 Pf.	1a Halbsteine	84 Pf.
1a Diamant Salon	1.00 M.	1a Anthracit Cadé	2.25 M.
(Ges. gesch. p. Ztr. 115—120 Stck.)		1a Heyo-Halbsteine	90 Pf.
Holz , zerkleinert, per Zentner	2.00 M.		

Bei Frankolieferung je nach Quantum per Ztr. 5—18 Pf. mehr.
Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.
Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.

Cigarren-Händlern

bequemten Einkauf zu billigen Preisen bietet das größte und reichhaltigste Angebot.

Tabak-, Cigarren- und Cigaretten-Engroslager
Carl Röcker, Berlin O. 27,
Grüner Weg 110. — Fernsprecher VII. 3861.

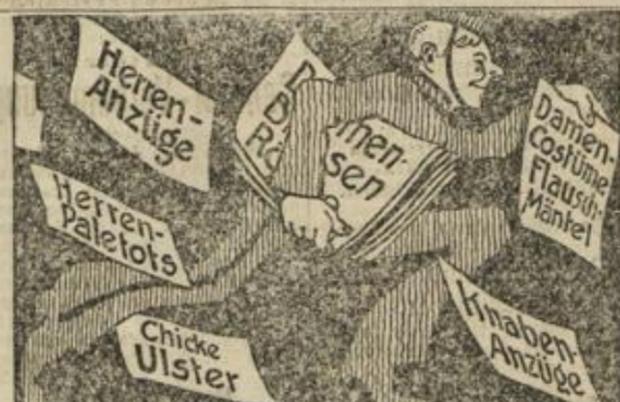
Weihnachts-Präsent-Packungen
in reichhaltigster Auswahl.

In Cigarren halte nur erstklassige, auf gelagerte, verlaufene Ware
zu Originalfabrikpreisen vorrätig.

Hugo Beling

Weingroßhandlung u. Likörfabrik

60 eigene Filialen. Einzelverkauf zu Engrospreisen.



S. Gottlieb

Rosenthaler Str. 54'

kennt sowohl der Messenger Boy sowie jedes Kind in Berlin. Nirgends können Ihnen größere Vorteile geboten werden. Bitte lesen Sie untenstehendes Angebot

auf Kredit!

PALETOTS

19.— 24.— 30.— 40.— M.
Anzahlung von 5 M. an

ULSTER

26.— 34.— 48.— 56.— M.
Anzahlung von 7 M. an

Jackett-Anzüge

15.— 25.— 36.— M.
Anzahlung von 4 M. an

Damen-Mäntel in Samt, Plüsch
Kostenlos Rücke, Blusen, Wäsche, Schuhwaren

Möbel auf Kredit

Altestes Kredit-Institut
S. GOTTLIEB G. m. b. H.
Rosenthaler Strasse 54' Ecke Gormann-Str.

Seltene Gelegenheit!

Jackett-Anzüge, Paletots, Gehrock-Anzüge etc., wenig getragen, aus feinsten Stoffen angefertigt, kaufen Sie am billigsten und besten im

Monats-Garderobehaus **Grad**, nur Prinzenstr. 8, Abteilung II; Gr. Partieposten neuer Herrengarderobe teilweise bis 50% unterm Preis.

Möbel

liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Für Hausfrauen!

Achtung! Großer Teuerungszuschuß! Achtung!
„Ideal-Brot“

garantiert reines, verfeinertes Roggenbrot, vorzüglich im Geschmack und leicht verdaulich, kostet von heute ab nur 45 Pf. das übliche große Brot.
Zu haben in Delikatess-, Kolonialwaren- und Milchgeschäften, wo nicht, wende man sich direkt an die Ideal-Brot-Fabrik in Pankow, Mühlenstr. 17 oder Binzstr. 8. Fernsprecher: Pankow 132.

Ausnahme-Tage

für Jaekel's

Reform-Metallbettstellen
in Stahl und Messing

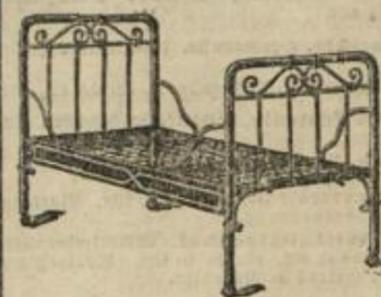
neuesten Systems

zu bisher nicht gekannten Reklamepreisen

von heute ab bis Dienstag, 7. November.

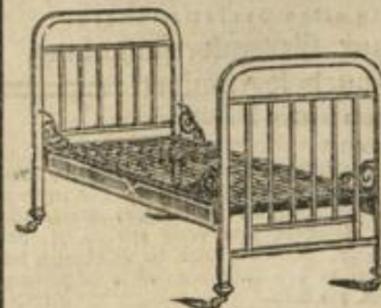
Benutzen Sie diese besonders günstige Gelegenheit, denn wir gewähren auf die bedeutend reduzierten Preise nur in dieser Woche jedem Käufer einen

Extra-Rabatt von 5 %.



Stahlbettstelle

No. 66
mit Zugfeder-Matratze, schwarz oder farbig lackiert, 190 x 80 cm, 21 M., mit 20 % Rabatt netto **16.80 M.**



Elegante **Stahlbettstelle**

No. 234
mit 33 mm Stahlrohrbügel und Zugfeder-Matratze, schwarz od. farbig lackiert, mit neuem „Genial“-Verschluß und Kugellager-Rollen, 30 M., mit 15 % Rabatt netto **25.50 M.**

Jaekel's Reform-Bettstellen

besitzen besondere Vorzüge durch die uns geschützte „Genial“-Verbindung des Matratzenrahmens mit den Kopf- und Fußteilen, welche ein leichtes Aufstellen und absolut festen Stand gewährleisten.

Jaekel's Reform-Bettstellen

besitzen Fußrollen mit Kugellagern, daher keine Beschädigung von Fußboden und Teppichen mehr.

Auf Bettstellen alten Systems, wie sie überall angeboten werden, bewilligen wir, soweit Vorrat vorhanden, von heute ab einen

Rabatt von 20 %.

Kinderbetten 15 % Rabatt.

Illustrierte Preisliste 198a gratis und franko.

R. Jaekel's Patent-Möbelfabrik
Markgrafenstr. 20, Ecke Kochstr.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Wahlschwindelmärchen

Werden von den Freisinnigen immer wieder verbreitet, so oft Wahlen bevorstehen, bei denen sie schlecht abzuschneiden fürchten. Durch die Freisinnblätter geht jetzt vor den Stadtverordnetenwahlen die folgende Notiz:

„Bei den Vorbereitungen zu den Stadtverordnetenwahlen für die 3. Abteilung hat sich auch in diesem Jahre wieder gezeigt, daß in der Wählerliste viele Personen stehen, die nach Angabe der betreffenden Hausbesitzer und Hausverwalter niemals in jenen Häusern gewohnt haben und dort auch gänzlich unbekannt sind. Vielfach sind auch die an diese Personen gerichteten Postsendungen als unbestellbar zurückgekommen. Das Material ist in allen Fällen von den Wahlkomitees gesammelt worden, und es werden, falls solche Wähler nachher von ihrem angeblichen Wahlrecht Gebrauch machen wollten, weitere Schritte folgen.“

Was das bedeuten soll? Ja, das möchten auch wir wissen! Wahrscheinlich wollen die Freisinnigen, wenn sie bei den Stadtverordnetenwahlen am 5. November keine Lorbeeren ernten, mit dem blödsinnigen Märchen kommen, ihre Niederlagen seien nur einem Wahlschwindel zu danken.

Um was es sich handelt!

Wenn man vor den Stadtverordnetenwahlen die Flugblätter der Freisinnskandidaten liest, dann kann man immer wieder nur den Kopf schütteln über die Mittel, mit denen diese Leute auf ihr Publikum zu wirken suchen. Nicht die sozialen Aufgaben, die eine moderne Kommune zu erfüllen hat, sind ihnen das Wichtigste. Wichtig ist ihnen die Sorge dafür, daß der Stadtsäckel möglichst wenig in Anspruch genommen wird. Daraus ergibt sich dann als notwendige Folge, daß die Stadtgemeinde möglichst wenig soziale Aufgaben erfüllen darf. Das war von jeher der Kern des freisinnigen Kommunalprogramms — und so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag.

Auf die Forderung, daß die Gemeinde möglichst wenig auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge tun soll, läuft nicht dem Wortlaut, aber dem Sinne nach ein Flugblatt hinaus, das jetzt vor den Stadtverordnetenwahlen im 13. Wahlbezirk für den Freisinnskandidaten verbreitet worden ist. Darin wird gefragt: „Um was handelt es sich bei dieser Wahl?“ und: „Was habt Ihr von den Sozialdemokraten zu erwarten?“ Sodann wird den Wählern erzählt, bei der Beratung des diesjährigen Stadtsäckels seien es die Sozialdemokraten gewesen, die von allen Parteien im roten Hause allein den traurigen Mut hätten, in der gegenwärtigen Zeit allgemeiner Teuerung ihren Mitbürgern die städtischen Steuern von 100 auf 110 Prozent zu erhöhen zu wollen, eine Maßnahme, durch die naturgemäß ganz besonders die mittlere und ärmere Bevölkerung belastet worden wäre.“ Und hinzugefügt wird: „Den liberalen Stadtverordneten ist es zu danken, wenn Ihr in dieser schweren Zeit von der Mehrbelastung mit neuen Steuern verschont geblieben seid.“

Also die Sozialdemokraten „wollten erhöhen“, und den Liberalen „ist es zu danken“, daß die Bevölkerung „verschont geblieben“ ist? Ach nein, die Sache liegt denn doch ein bißchen anders! Erhöhen wollte der Magistrat, und erhöhen mußte er, wenn er die Aufgaben, die ihrer Erfüllung harren, nicht länger vernachlässigen wollte. Doch so vieles nur zu lange schon vernachlässigt worden war, hatte Berlin den Liberalen in der Stadtverordnetenversammlung zu danken. Den Liberalen hatte die Bevölkerung auch das zu danken, daß der Magistrat, wenn er es endlich bessern wollte, zu einer Erhöhung der Steuern scheitern mußte. Denn die Liberalen sind es gewesen, die Jahrzehnte hindurch zu verhindern sich bemüht haben, daß der Stadt neue Einnahmequellen erschlossen wurden, die nicht aus Steuern flossen. Jetzt haben sie es glücklich noch einmal verhindern können, daß die Steuererhöhung durchging. Den Liberalen ist die Bevölkerung es zu danken haben, wenn ihr in den nächsten Jahren der Magistrat eine um so stärkere Steuererhöhung zumuten muß.

Die Wähler der 3. Klasse werden sich durch solche Kampfmittel der Freisinnigen nicht irre machen lassen in ihrer Überzeugung, daß nur von der Sozialdemokratie ein wirklicher Fortschritt in unserer Kommune zu erwarten ist. Darum handelt es sich, und die Wählerschaft wird am 5. November zeigen, daß sie das richtig erkannt hat.

Die Zentralwahlbüreau

befinden sich am Sonntag an folgenden Stellen:

1. Kommunalwahlbezirk bei G. Grubert, Eßasser Str. 68. Telefon: III, 4049.
 2. Kommunalwahlbezirk bei J. Meier, Drantienstr. 103. Amt IV, 5632.
 3. Kommunalwahlbezirk bei Drowski, Lüchowstr. 108. Amt VI, 16881.
 4. Kommunalwahlbezirk bei A. Ridert, Steinmetzstr. 36a. Amt VI, 6726.
 5. Kommunalwahlbezirk bei E. Rozel, Nordstraße 74. Amt VI, 6107.
 10. Kommunalwahlbezirk bei E. Schulz, Forster Str. 17. Amt IV 4289.
 15. Kommunalwahlbezirk bei G. Gorn, Markusstr. 21. Amt VII 3156.
 21. Kommunalwahlbezirk bei R. Rott, Strahmannstr. 29. Amt VII 7940.
 23. Kommunalwahlbezirk bei Krause, Böhowstr. 8, Amt VII 3246.
 25. Kommunalwahlbezirk bei S. Spät, Georgenkirchstr. 65. Amt VII 1097.
- Die Zusammenstellung und Bekanntgabe aller Wahlergebnisse erfolgt bei Hoffmann, Königsberger Str. 28, Amt VII 6192.
13. und 14. Kommunalwahlbezirk bei Otto Hermann, Sebastianstr. 1, Amt IV 11902.
 24. Kommunalwahlbezirk bei W. Winger, Christburger Straße 9, Amt VII 1289.
 28. Kommunalwahlbezirk bei Grunze, Schönhauser Allee 156. Amt III 1139.
 35. Kommunalwahlbezirk bei Henkel, Straßunder Str. 17. Amt III 8353.
 42. Kommunalwahlbezirk bei Junke, Triftstr. 63, Amt Moabit 2495.
 46. Kommunalwahlbezirk bei Welzer, Wiesenstr. 28, Amt Moabit 1238.

Die Parteigenossen werden ersucht, sich frühzeitig in den Wahlbüreau einzufinden und sich zur Hilfeleistung am Sonntag zur Verfügung zu stellen.

Verkündung der Wahlergebnisse.

Zweiter Wahlkreis. Morgen Sonntagabend findet in der „Anhalter Ressource“, Mödritzerstr. 114, und bei Meier, Drantienstr. 103, die Verkündung der Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen statt.

Dritter Wahlkreis. Morgen Sonntag, abends 7 Uhr, findet in den „Ritterfäden“, Ritterstr. 76, eine Versammlung statt, in welcher die Resultate der Stadtverordnetenwahlen bekanntgegeben werden. Nach der Versammlung: Gefelliges Beisammensein.

Eine Flugblattverbreitung für den 13. und 14. Bezirk findet am Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus statt. Die nicht benötigten Genossen wollen sich in den Wahlbüreau melden.

Partei-Angelegenheiten.

2. Kommunalwahlbezirk. Die Parteigenossen von der 7. Abteilung und vom Jahrmorgen, soweit sie noch nicht einem Lokal zugeteilt sind, wollen sich am Sonntagmittag 2 Uhr in der Zentrale bei Jul. Meyer, Drantienstraße 103, melden.

Charlottenburg. Morgen Sonntag, abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung im Volkshaus, Rosinenstraße 3. Verkündung des Resultats der Stadtverordnetenwahl.

Alt-Giesend. Am Sonntag, den 5. November, früh 8 Uhr, findet vom Verkehrslokal Rudower Str. 54 eine Handzettelverbreitung statt.

Tempelhof. Diejenigen Genossen, welche am Sonntag an der Versammlung (unter freiem Himmel) in Blankenfelde teilnehmen, fahren mit dem Zuge 1.50 nachmittags ab Mariendorf.

Reedow. Sonntag, den 5. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet in Glienicke eine Volksversammlung statt, in der Genossenschaft sprechen wird. Die Genossen der Umgegend werden ersucht, für zahlreichen Besuch zu agieren.

Tegel. Am Sonntag, den 5. November, findet die Beschäftigung der Bäckerei der Berliner Kaufmännischen Genossenschaft statt. Abfahrt um 9 Uhr vormittags mit der Straßenbahn Nr. 26 von der Haltestelle in der Hauptstraße.

Potsdam. Morgen Sonntag: Flugblattverbreitung. Die Genossen treffen sich im 1. Bezirk bei Wegener, im 2. Bezirk bei Proschinsky und im 3. Bezirk bei Schlunt.

Berliner Nachrichten.

Eine Extraausgabe des „Vorwärts“

wird am Montag früh unseren Lesern zugestellt werden. Sie wird die Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen am Sonntag enthalten.

Im beginnenden Spätherbst.

Auf den breiten Alleenwegen im Norden der Stadt sehe ich sie jetzt wieder täglich mit Spaten und Harke und Gießkanne hantieren. Ein Trupp Männer und Frauen ist es: alte, vom Leben zerbrochene Leute mit müden Augen und hängendem Haupte. Sie scheinen für nichts anderes mehr gut zu sein, als einigen städtischen Bäumen und einem verblähten Rasenband inmitten der starkbelebten Großstadtstraße ein wenig Liebe und Sorgfalt angebreiten lassen zu dürfen. Ich weiß nicht, ob sie das gern tun. Aber ich halte mich oft ein Viertelstündchen in der Nähe der alten Leute auf und schaue ihnen zu. Langsam und bedächtig ist jede ihrer Bewegungen. Ein tastendes Prüfen liegt in allen Handgriffen. Stumm verrichten sie die Arbeit; nur den Frauen flattert ganz selten ein kurzes Wort durch die zusammengekniffenen Lippen. Der Lärm der Straße braust rings um sie her. Sie aber heben nicht das Haupt nach ihm. Mit ihren weissen, zitternden Händen lockern sie den Boden um den Baumstamm, tranken sie das aufgetragene Erdreich mit Wasser, harren sie die letzten, sturmverwehten Blätter zu kleinen Bergen zusammen. Ihre Schritte schlürfen, ihre Spaten knirschen im festigen Sande und die Holzgähne ihrer langgestielten Harken krächzen und rascheln im aufgestörten, toten Blättermeer. Das ist die Musik ihrer Arbeit, die unablässig in ihren alten Ohren klingt.

Stumpf schauen die Männer drein. Sie haben die Krage ihrer verschliffenen Röcke hochgeschlagen, daß ihnen das Frösteln des beginnenden Spätherbstes nicht allzu rasch an den Leib kann. Die Frauen haben Kopfstücker umgebunden. An denen zerrt der Wind, daß die Zipfel lustig flattern und sich die dünnen, grauen Haarsträhnen hervorstecken. Sie kennen mich schon und schauen öfters fragend zu mir hinüber. Aber wenn ein trockener, harter Husten minutenlang dem einen oder anderen den schwachen Körper durchzittert, daß die Stirn- und Halsadern groß und blau anschwellen, hat der Blick ihrer fast erloschenen Augen etwas besonders Entsetzliches. Die Geräte fliegen dann hin und her in den Händen, bis die müden Rücken an einem Baumstamm eine Stütze gefunden haben, wo sich frische Kraft für die Arbeit sammeln läßt.

Auf einige Meter hin erstreckt sich das Wirkungsfeld der alten Leute. Dort hantieren sie einer neben dem anderen. Die Nebel des Novembertages rahmen ihr Gesamtbild, lassen ihre Bewegungen weniger eilig, ihre Gestalten aber dafür um so krummer, müder und verbrauchter erscheinen. Die Bäume und Sträucher, zwischen denen sie werken, haben längst die letzten Blätter verloren. Schwarz strecken sie ihr kahles Rutengeviß gegen den grauen Himmel. Um die Hausmauern, die die Straßen flankieren, quirlt in milchigen Schwaden der Nebel, der alle Größenverhältnisse verzeichnet erscheinen läßt und die Hausdächer zu Niesenhöhen emporhebt. Die Älten sehen nichts von alledem. Die vielen Herbstblätter, die an ihnen vorübergegangen sind, haben ihre Augen stumpf und müde gemacht. Automatisch verrichten sie ihr Tagewerk. Ihre Spaten knirschen, ihre Harken rascheln im weissen Laube. Und der Nebel des beginnenden Spätherbstes windet seine grauen nehmlichen Schleier um ihre krummen abgerackerten Gestalten.

Der Einfluss der Teuerung auf gemeinnützige Volkspeisung.

Weit über den Wirtschaftsbereich der Familie hinaus greift der Einfluss der Teuerung. Wo täglich hunderte und tausende abg gespeist werden, läßt sich noch deutlicher fassen, wie der Schuh

brückt. In Kasernen und öffentlichen Anstalten mit Massenpeisung schwellen die Abfütterungssummen seit Monaten immer kräftiger in die Höhe. Um ein Beutel, ein Büntel und noch mehr überschreiten sie die Säbe der Vorjahre. Allzu große Kopfschmerzen macht man sich ja hier daraus schließlich nicht, denn es geht auf Generalunkosten, und was fehlt muß aus Michels Tasche auf die eine oder andere Art nachträglich herausgeholt werden. Anders liegt die Sache, wo mit dem Gelde nicht herumgetorren werden darf und die jetzt unaussprechlichen Zehlbeträge ihre Deckung aus Privatmitteln verlangen. Man hat da in erster Linie an die zahlreicheren mehr oder minder gemeinnützigen Vereinigungen und Gesellschaften zu denken, welche sich die Beschaffung billiger Volkspeisung zur Aufgabe machen und sich nun vor die Frage gestellt sehen: Sollen wir unserem Prinzip vorübergehend untreu werden und müssen wir schweren Herzens die niedrigen Preise, an die sich die Bevölkerung gewöhnt hat, entsprechend den Teuerungsverhältnissen ebenfalls anziehen, oder können wir mit Reservemitteln dem Sturm der Zeit wenigstens vorläufig erfolgreich begegnen? Eine Umfrage an den maßgebenden Stellen hat ja nur die Erwartungen bestätigt, ist aber doch so lehrreich, daß sie denjenigen im Vollen sitzenden Instanzen, welche die Teuerung mit philosophischer Ruhe betrachten und großzügige Mittel zu ihrer Verrichtung oder Beschränkung mit agrarischer Liebedienerei ablehnen, nicht deutlich genug hinter die Ohren geschrieen werden kann.

Die Zentrale für private Fürsorge erklärte, daß sich durch alle Zuschriften von privater Seite wie von mitarbeitenden Hilfsstellen die Verufung auf die Teuerungszustände wie ein roter Faden ziehe. Mensthalten sehe man der Zukunft mit der größten Besorgnis entgegen. Angesehene große Vereine wüßten nicht, wie sie ihren Zwecken und Zielen im kommenden Winter gerecht werden sollen, ohne weniger zu leisten als auf dem Programm steht. In der Hand mehrerer Aeußerungen von Vereinen für Armenpeisung wurde betont, wie man wohl aus der Not eine Tugend machen und sich gerade wegen der Teuerung in erhöhtem Maße schleunigt an die Wohltätigkeit bemittelter Kreise wenden müssen. Daraus ist zu schließen, daß in diesem Winter auch die Wohltätigkeitsveranstaltungen in Form von Konzerten, Vagaren und ähnlichen Amüements der besitzenden Klassen unter dem Deckmantel der Teuerungsfügge wie die Pilze aus dem Boden schießen werden.

In der Heiß außerordentlich stark besuchten israelitischen Volksküche in der Gormannstraße erhielten wir die Auskunft, daß eine Erhöhung der auf das niedrige bemessenen Preise bisher nicht eingetreten sei und auch nicht beabsichtigt werde. Man sehe ja, da die Ausgaben nicht entfernt durch die Einnahmen gedeckt werden, schon immer zu und müsse eben jetzt sich auf noch höhere Leistungen gefast machen. Noch mehr für die Mäßigkeit zu zahlen, sei den hier verkehrenden Notleidenden einfach unmöglich. Die Allerärmsten, die 10 Pf. für die warme Mahlzeit zahlen, würden den Preis von 15 Pf. nicht erzhwingen können und fernbleiben müssen. Hier wurde gleichzeitig über die unter derselben Leitung stehenden Kinder-Volksküchen berichtet. Jrgendwelche Einschränkung des Betriebes der unterhaltenen 16 Speisegemeinschaften für arme Kinder werde unter keinen Umständen eintreten, ebenso wenig eine Änderung in der Menge oder Güte der Speisen. Soweit Deckung nicht vorhanden sei, werde sie unbedingt beschafft werden.

Ähnlich äußerte sich der Zentralverein für Berliner Volksküchen von 1866, der nach dem Tode Lina Morgensterns die bis dahin unterhaltenen Küchen geschlossen hat und nur noch zwei Speiselokal in der Stralauer Straße und Kaiserstraße in veränderter Form führt. Auch hier sind Preis, Menge und Güte der Speisen noch beim alten, aber man setzt erheblicher als sonst zu und muß sich schlüssig werden, ob der Verein dieses Risiko auf längere Dauer aushalten kann. Dagegen hat der Berliner Hausfrauen-Verein von 1878, der in der Breitestr. 6 eine Speiseanstalt für Kinderbemittelte ohne Trinkzwang führt, bereits die Preise erhöhen müssen, weil hier Deckungsmittel für Ausfälle in größerer Höhe nicht zur Verfügung stehen.

Sehr eingehend und klar gab die Oberleitung der Volkskaffee- und Speise-Hallen-Gesellschaft den Einblick der Teuerung zu erkennen. Der Vorstand hat kürzlich einstimmig beschlossen, die Lasten der Teuerung auf die eigenen Schultern zu nehmen und dazu einzuweisen kleinere Ueberflüsse aus Vorjahren zu verwenden. Ein Aufschlag oder eine Verminderung des Gebotenen ist selbst dann ausgeschlossen, wenn die Teuerungspreise noch mehr anziehen sollten. Die Teuerung macht sich in diesem großen Betriebe, der fast nur von Proletariern ausgeführt wird, gerade deshalb so empfindlich bemerkbar, weil hier in beträchtlichen Mengen mit den vorzugsweise verteuerten Volksnahrungsmitteln, mit Kartoffeln, Gemüsen und Hülsenfrüchten, gearbeitet wird. Die Einführung von Seefischspeisen in herkömmlicher Güte will nicht recht einschlagen, vielleicht weil Fischspeisen trotz ihres großen Nährwertes nicht so stark vorhalten. In den zahlreichen privaten Volks-Speisehäusern, wo auch der Inhaber „aus der Hand in den Mund lebt“, sind die Preise entweder um 5 bis 10 Pf. aufgeschlagen worden, oder die Qualität und Quantität hat abgenommen.

Diese Stichproben vom Notstande sind doch wohl so klarliche Zeugnisse, daß es als ein Verbrechen am Volke bezeichnet werden muß, wenn die Machthaber, obwohl sie die Not nicht mehr leugnen können, eine durchgreifende Hilfsaktion verweigern. Am Tage Philippi wird das Volk für seinen Hunger künftigen.

Ein seltsamen Tod fand der 86 Jahre alte Blerkscher Herrmann Gaby, Rigdorf, Junstr. 8. Derselbe war seit gera zwei Jahren nervenkrank und wiederholt in einer Anstalt untergebracht. Er bemühte sich nach seiner Entlassung sofort wieder um eine neue Stellung, fand auch eine in einer Brauerei in Jannitz. Er reiste mit einem Vertreter derselben vor ungefähr sechs Wochen nach dort. In Frankfurt a. O. verließen beide den Zug, um durch den Bahntunnel den nach Lieberose fahrenden Zug zu bestiegen. Seitdem ist Gaby verschwunden. Der Brauereirepäsentant nahm an, daß dem H. die Sache leid geworden wäre und er nach Berlin zurückgekehrt sei. Jetzt hat man die Leiche des H. in einem kleinen See bei dem Dorfe Liegen. Reg.-Bez. Frankfurt, gefunden. Der Tote war nur mit einem Hemd und einer Hose bekleidet gewesen. Der Schädel weist verschiedene Verletzungen auf. H. wäre auch jetzt noch nicht gefunden worden, wenn die Einwohner nicht ein Fest gehabt hätten und dabei an den See gelangten. Man vermutet, daß H. das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Es ist rätselhaft, wie H. an die Fundstelle gekommen ist. Es wäre dringend erwünscht, darüber Näheres zu erfahren.

Zwei Kinderleichen wurden gestern vormittag an verschiedenen Stellen gefunden. Vor einem Friedhof in der Müllerstraße lag auf dem Bürgersteige eine unverkühlte kleine Leiche. — Die Leiche eines

neugeborenen Knaben fand man im Hippodrom an der Stadtbahn im Liegarten. Sie war eingewickelt in weißer Leinwand und braunem Papppapier.

In erster Lebensgefahr schwebten in der letzten Nacht die vier Kinder Erna, Ella, Martha und Fritz des Buchhalters Thiele in der Immanuelstraße 85. Die Familie wohnt im vierten Stock des Vorderhauses und hat sich neuerdings Gas anlegen lassen. In der Wohnstube wird eine umgitterte Petroleumlampe, in die ein Gasbrenner gesetzt ist, benutzt. Auf bisher nicht ermittelte Weise war nun der Gasflansch zu dieser Lampe abgerissen, als die vier Kinder sich allein in der Wohnung befanden. Die Kinder bemerkten das Ausströmen des Gases nicht und verloren nach und nach infolge der Gaseinwirkung die Besinnung. Erst gegen Mitternacht wurde die Gefahr wahrgenommen. Als man in die Wohnung eintrat, lagen die vier Kinder bewusstlos da. Hausbesitzer alarmierte sofort die Feuerwehr, die die Kinder mit Sauerstoff behandelte. Die Wiederbelebungsbemühungen waren auch bei sämtlichen Kindern von Erfolg. Zwei von ihnen mühten aber noch dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden, da sie schon hart mitgenommen waren, doch besteht auch bei diesen Kindern keine augenblickliche Lebensgefahr. Wäre der Unfall eine halbe Stunde früher entdeckt worden, so wären die vier Kinder sicher schon erstickt gewesen.

Ringnepper fiel gestern vormittag ein Musikler vom 14. Regiment in die Hände. Der Soldat hatte Urlaub gehabt und reiste über Berlin nach seinem Standort zurück. Auf dem Potsdamer Bahnhof hatte er längeren Aufenthalt. Hier gesellte sich bald ein Mann zu ihm, der ihn nach dem Ziel seiner Reise fragte und ihm vorschlug, sich doch lieber noch ein Stück von Berlin anzusehen, als die ganze Zeit bis zur Abfahrt des Zuges auf dem Bahnhof herumzusitzen. Er selbst erbot sich den Führer zu machen. Der Musikler dachte sich nichts Arges und ging mit seinem freundlichen Führer in die Stadt hinein. Auf der Wanderung bekam man Durst und lehrte ein. Da fand sich noch ein Mann ein, der schimpfte und jammete zugleich, daß ihm ein Weib die ganze Barschaft gestohlen habe. Jetzt müsse er versuchen, auf seinen wertvollen Ring Geld zu bekommen, weil er geizig sei, noch heute abend nach Hannover zu fahren. Zwanzig bis einundzwanzig Mark würden reichen. Da entpuppte sich der freundliche Führer plötzlich als Goldschmied und verscherte, der Ring sei unter Brüdern mindestens das Doppelte wert. Dem Musikler war zu Hause die Börse gut gespielt worden. Er glaubte, einen Teil seiner Barschaft nicht besser anlegen zu können, als wenn er den schönen Ring kaufte. Kaum hatte er seine 21 M. bezahlt und den Ring eingesteckt, da empfahl sich der „Hannoveraner“. Der Führer geleitete den Musikler auf einem Umwege nach dem Bahnhof zurück und verabschiedete sich dann ebenfalls. Vor der Abfahrt erzählte der Soldat einem neuen Bekannten, was für ein gutes Geschäft er gemacht habe. Dieser aber war heller als er und sagte ihm sofort, daß er geizig gewesen sei. So war es denn auch, sein Ring war nichts wert. Jetzt eilte der Betrogene zur Polizei. Während er dort vernommen wurde, fuhr sein Zug ab, der letzte der ihn noch rechtzeitig zu seinem Truppenteil gebracht hätte. Jetzt war sein Mißgeschick doppelt groß. Aber die Polizei telegraphierte sofort an seine Truppe, und bewachte ihn so wenigstens vor Strafe.

Bedäglich zur Warnung für andere geben wir dieses sich fast alljährlich wiederholende Vorkommnis wieder.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittag an der Ecke der Charlotten- und Kronenstraße. Beim Ueberschreiten des Fahrdammes wurde dort eine ältere Frau von einer Automobilmaschine umgefahren und derart zu Boden geschleudert, daß sie mit einer schweren Schädelverletzung bewußtlos liegen blieb. Die Verunglückte wurde nach der Charité geschafft, wo sie in bedenklichem Zustande Aufnahme fand. Küher der Schädelverletzung scheint sie auch noch gefährliche innere Verletzungen davongetragen zu haben. Es handelt sich, wie später festgestellt wurde, um eine Witwe Rathilde P u k o w s k y aus der Anklamer Straße 60.

Schwere lebensgefährliche Brandwunden erlitt am Freitag die 83jährige Witwe M. Wraße bei einem kleinen Brande in der Barnimstraße 16. Die alte, sehr gebrechliche Frau wohnt dort bei einer Familie und wollte mittags das Feuer in einem Ofen anschüren. Dabei schlug die Flamme zurück, die Kleider gerieten in Brand und noch ehe sie im Zimmer anwesenden Personen helfen konnten, hatte die Frau entsetzliche Brandwunden an der Brust und im Gesicht erlitten. Der Brandmeister ließ die Aermste nach Anlegung von Notverbanden nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen, wo sie nach einigen Stunden durch den Tod von ihren schrecklichen Leiden erlöst wurde.

Von Meran zum Ortler. Wiederum führt uns ein mit farbigen Lichtbildern und Wandpanoramen künstlerisch ausgestatteter Vortrag des wissenschaftlichen Theaters der Urania in der Laubenstraße in eine wildromantische Gebirgsfette Tirols. Pracht vor etwa Jahresfrist die Direktion der Gesellschaft Urania unter dem Titel: „Im Firnenglanz des Ober-Engadin“ eine reizende Szenerie der Bernina-Alpen den Besuchern zur Ansicht, so sind es diesmal die Berge, Täler und malerischen Bilder des Vinschgau und des Ortlers, die das Auge der Zuhörer erfreuen. Eine Quelle nie versiegender Kraft, der Freude und der Lebenslust, so betonte der Vortragende, Herr Oskar Wagner, bieten uns die Berge, Täler und wildromantischen Schluchten der Schweiz.

Der Kurort Meran ist diesmal der Ausgangspunkt der Wanderung. In zahlreichen Bildern wurden den Besuchern die Anlagen und Promenaden, die günstige Lage der Stadt, die nähere und weitere Umgebung derselben sowie eine Anzahl kulturhistorischer Schlösser, deren Vergangenheit in die Römerzeit hineinragt, vor Augen geführt. Die von des Tages Rügen erschafften Kerben der Wohlhabenden finden hier die wohlverdiente Aufrechterhaltung. Die Vinschgau führt uns von Meran bis Rals, hindurch geht es durch landschaftliche Schönheiten an Schlössern und Burgen vorbei, bis wir einen Blick in die Seitentäler des Vinschgau werfen können. Die nächste Etappe ist die Stadt Glurns. In einem der den leiblichen Bedürfnissen der Erholungsbedürftigen angepaßten Restaurants wird hier Nacht gehalten, um alsdann über Sponding nach Gomagoi und ins Suldental zu wandern.

Der zweite Teil des Vortrages demonstriert uns des näheren das Suldental, den Suldenserfer und die in ewigem Eis starrende 8867 Meter hohe Königspitze. Für kühne Bergsteiger, deren Zahl durch den an Umfang immer mehr zunehmenden Alpinismus von Jahr zu Jahr eine größere wird, bietet sich auf dem Wege zur Königspitze Gelegenheit, in verschiedenen Hütten Nacht zu machen. Solche Hütten sind bereits im ganzen Ortlergebiet errichtet. In schneller Reihenfolge ziehen am Tage des Zuhörers der Ortler und sein Gefolge, das Tal von Trafoi, Trafoi und seine Umgebung, der Rabatschertal, die Franzenshöhe, die Ferdinandshöhe vorbei. Wir gelangen über das Stillerer Tal nach Trafoi in jene Gebirgsfette, die uns noch von dem eingangs erwähnten Vortrag: „Im Firnenglanz des Ober-Engadin“ in schöner Erinnerung ist.

Wie oft und auch die Urania mit so auserlesenen, herzerfrischenden Projektionsvorträgen beglückt mag: immer wieder werden wir daran erinnert, daß es leider nur einer an Zahl geringen Klasse vergönnt ist, die Schweiz auch wirklich zu besuchen.

Sängerchor „Südost“, Gau Berlin, M. d. L. S. O. (Chormeister Otto Kowalski). Sonntag, den 8. November, findet in Königs Festsälen (früher Keller), Köpenicker Str. 29, ein Konzert unter Mitwirkung von Johann Strauß aus Wien mit seiner gesamten Kapelle statt. Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Eine aufregende Szene spielte sich gestern Abend im Café Continental in der Potsdamer Str. 11 ab. Unter den vielen Gästen, die den Raum dicht füllten, befand sich auch ein junger Mann, der durch sein unruhiges Wesen die Aufmerksamkeit der anderen erregte. Von

9 1/2 bis 10 Uhr ging er fast ständig zwischen seinem Plage, mitten im Lokale, und dem Toilettenraume hin und her. Als er dann an seinem Tische wieder Platz genommen hatte, zog er plötzlich einen Revolver aus der Tasche und feuerte einen Schuß auf sich ab. Durch den Knall aufgeschreckt sprangen die Kellner und die anderen Gäste auf ihn zu und nahmen ihm die Waffe ab und hielten ihn fest, bis er sich beruhigt hatte. Der Lebensmüde rief ohne Unterbrechung, man möge ihn doch sterben lassen. Er hatte sich nur ungefährlich verletzt. Die Kugel war in den linken Oberarm gedrungen und dort stecken geblieben. In der Trommel des Revolvers befanden sich noch fünf scharfe Patronen. Man brachte den Verwundeten nach dem Elisabeth-Krankenhaus, wo er als ein 23 Jahre alter Krankenpfleger Paul Kowohl festgehalten wurde. Er hatte zum Revolver gegriffen, weil er keine Wohnung und keine Beschäftigung hatte.

Gefunden. Am Donnerstag, 2. November, ist auf dem Wege zum Vahnhof Stralau-Nummelsburg ein goldener Trauring mit Namenszeichen und Datum gefunden worden. Der Besitzer kann denselben bei Robert Harms, Nummelsburg, Südstr. 45, vorparterre, in Empfang nehmen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Unentgeltliche Fischschankerei veranstaltet jetzt der Magistrat von Charlottenburg. Die Kurse, durch städtische Lehrerinnen der Fortbildungsschulen geleitet, werden abends um 8 Uhr abgehalten und zwar: in Schule XVIII, Nehringstr. 10, am Montag, den 6., 13. und 20. November; in Schule XXIV, Hallerstr., am Dienstag, den 14. und 21. November; in Schule XXVI, Sabelstr. 21/23, am Mittwoch, den 8. und 15. November; in Schule XX, Weibitzstr. 43, am Donnerstag, den 9., 16. und 23. November; in Schule XXII, Wipplingerstr. 84, am Freitag, den 10., 17. und 24. November; in Schule XXVIII, Westend, Kasanierallee, am Sonnabend, den 11., 18. und 25. November. Teilnehmerkarten sind auf mündlichen oder schriftlichen Antrag vom Magistrat, Stelle III, im Rathaus, Berliner Straße 72, Zimmer 24, zu erhalten. Es ist erwünscht, daß die Teilnehmerinnen eine Küchenschürze, ein scharfes Messer, einen kleinen Löffel, ein Geschirrtuch und einen kleinen Topf mitbringen. Kochrezepte werden in den Küchen der genannten Schulen unentgeltlich verabfolgt. — In der städtischen Seefischhalle (Fleischschauamt Spreckstr. 31) findet nach wie vor am Mittwoch und Freitag Seefischverkauf statt.

Lichtenberg.

Dem Verdienst seine Krone. Dieser Tage war hier wieder Gelegenheit zu einem Zweckessen. Damit weichen Versuche und Ueberens die Fertigstellung der höheren Anstalten ein. Und es kamen drei rote vierer Güte geflogen. Einer flatterte dem zweiten Bürgermeister an der Nase — der erste ist schon mit einem größeren versehen —, die beiden anderen Vierer fliegen die Knöpfchen der Stadtverordnetenvorsteher Nr. 1 und 2. Bei der gebührenden Einschätzung solcher Artikel interessieren uns natürlich nur die Symptome dergleichen Dekorationen. Und da fällt es auf, daß der Vaurat, nach offiziellem Brauch doch sozusagen der Hauptmattador bei dieser Sache, mit ungestillten Anknöpfchenschmerzen weiter die Bahn des profanen Lebens tragen muß. Seitdem der Herr es mit den hiesigen Baunternehmern und hantuligen Leuten im Magistrat verstanden hat, weil er nicht nach deren Weise tanzt, wie das des Ortes Brauch, ist er unten durch — gründlich! Man will ihn weggrauen. Ob das der Stadt wieder eiliche Tausende Mark kostet, das geniert natürlich die Privatinteressen wahrnehmenden Leute nicht. Nun kam er auch beim Vogelschießen nicht ans Ziel. Göße Weischen sagen jetzt: Wehe wie drei Vögel gibt es bei so einem Alts nicht, und da die Herren Linger, Blonz und der Rittergutbesitzer Röder als erste im Wartezimmer erschienen waren, fand der Vaurat verschlossene Türen. So geht es, wenn man gegen die heiligen Interessen des Selbstsändig.

Rixdorf.

Krankenkassenwahlen für Arbeitnehmer! Sonntag, den 8. November, vormittags von 10—12 Uhr, finden in Hoppes Festsaal, Hermannstr. 49/50, die Wahlen für Arbeitnehmer statt. Alle über 18 Jahre alte Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bei der hiesigen Ortsklasse versichert sind, können wählen. Als Legitimation gilt das abgekempelte Mitgliedsbuch, welches sich die Wähler am heutigen Tage von ihren Arbeitgebern geben lassen müssen. Pflicht eines jeden Arbeiters ist es, sich an der Wahl zu beteiligen. Berliner Gewerkschaftskommission. Bezirk Rixdorf.

Schöneberg.

1000 M. hat der Direktor der Berlinischen Bodengesellschaft, Kommerzienrat S. Gohland, am 27. Oktober d. J. anlässlich des 75. Geburtstages seines Vaters der Stadt Schöneberg zum Bau eines Frauenpavillons der Heimstätte Sternberg überwiesen.

Auf der Arbeitsstelle vergiftet hat sich vorgefunden am Abend der 61jährige Steinmetz Wilhelm Vorkow aus der Wilmannsstr. 8, der bei der Firma Reichenbach, Rixdorf u. Co., Hauptstr. 7, beschäftigt war, sich gestern Abend nach Feierabend in den Arbeitsräumen einschließen, öffnete dann die Gasleitung seines Arbeitsraumes und erwartete, auf einem Stuhle sitzend, den Tod. Western trüb wurde er von seinen Kollegen leblos aufgefunden. Sofort angestellte Wiederbelebungsbemühungen hatten keinen Erfolg. Der Grund zu dem Selbstmord soll in Familienzwistigkeiten liegen.

Röpenitz.

Eine recht unangenehme Störung im Gasbetrieb machte sich vorgefunden in Röpenitz bemerkbar. Gelegentlich einer Reinigung einer Melorte hatte ein Arbeiter übersehen, die Saugpumpe abzustellen. Infolgedessen drangen erhebliche Luftmengen in die Gasleitungsrohre ein und nach kurzer Zeit entlachten fast sämtliche Gasflammen im Ort. Sowohl die Straßen als auch die Häuser wurden teilweise mehrere Stunden in Dunkel gehüllt. Im Rathaus mußte man sich mit Kerzenbeleuchtung behelfen.

Friedenau.

In unserer am 21. Oktober gebrachten Notiz: „Reiche Herrschaften und Gemeinde-Ratshandlung“ teilt uns der hiesige Gemeindevorstand mit, daß der Markt in der Bornstraße ein Privatmarkt sei, wobei die Gemeinde Friedenau einen Kartoffelverkauf nicht eingeräumt habe.

Langerwahl.

Eine von 250 Personen besuchte Wählerversammlung, darunter viel Frauen, hörte am Sonntag im Vorderen Lokal ein treffliches Referat des Genossen W u s i c h - Lichtenberg, der in scharfen Worten die Sünden des schwarzblauen Blodes geißelte und die Wähler anforderte, am Tage der Reichstagswahl nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben, damit der Wahltag zu einem Jahrtag der Volksfreunde werde.

Tegel.

Die letzte Gemeindevorstellung ernannte zum Armenpfleger und Waisenrat den Oberbahnassistenten Klemm. Die Arbeiterkassette hält man, obgleich viele Genossen schon seit längerem geeignete Vorschläge zu solchen Ämtern gemacht haben, hiervon fern. Der Antrag unserer Genossen, den § 42 der Begründungsordnung dahin abzuändern, daß namentlich alle Verstorbenen von der der Gemeinde gehörigen Friedhofshalle aus beerdigt werden, wurde vertagt, um bei anderen Gemeinden anzufragen, wie dort verfahren wird. Durch den orthodoxen kirchlichen Einfluß ist hier der beschämende Zustand geschaffen worden, daß die der christlichen Kirche nicht angehörenden Verstorbenen von dem Leichenheller aus beerdigt werden. In einer vom Gemeindevorstand beim Kirchenvorstand eingeholten Klage verlangt dieser die Anstreich-

erhaltung dieses ständlichen Zustandes. Selbst die anwesenden bürgerlichen Gemeindevorsteher versuchten nicht, dies zu beschönigen. Die beste Antwort auf diese verächtliche Forderung ist der Massenaustritt aus der Kirche. Eine längere Debatte entspann sich über die herrschende Lebensmittelteuerung. Allseitig wurde anerkannt, daß in erster Linie der Staat für Abhilfe zu sorgen hat, aber zu irgend welchen Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung konnte sich unsere Gemeindevorstellung nicht entschließen. Selbst die Forderung unserer Genossen, es wenigstens mit dem Einkauf von Getreide und Kartoffeln zu versuchen, und dieselben an die Mitglieder zu Subventionenpreisen abzugeben, wurde nicht akzeptiert. Diese Sache wurde vertagt, um bei anderen Kommunen Erkundigungen über die bisherigen Erfahrungen mit dem Bezuge von Lebensmitteln einzuziehen. Vieles diese letzten beiden Punkte eine wirkliche Selbstständigkeit und Initiative unserer Gemeindevorstellung vermischen, so zeigte sich aber eine große Begeisterung gegenüber dem Wunsche der Kirche um Stützung einer Orgel. Hierfür wurden freiwillig 8000 M. gespendet. In einem Zeitraum von zwei Jahren hat die evangelische Kirche von der Gemeinde nunmehr 68 000 M. a r t erhalten, dazu kommen die bereits früher verausgabten 5000 M. für die katholische Kirche. Trotzdem dieselbe bemüht ist, sogar im Tode die frommen Schächten von den anderen zu trennen, handelt sie nach dem Grundsatze: Geld rückt nicht, sie nimmt das Geld von der Gemeinde an, wozu auch Diszidenten beisteuern.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Zu einer Heimatsfeier aus Anlaß des vor 500 Jahren erfolgten Einzuges der Hohenzollern in die Mark Brandenburg soll ein Garantiefonds gebildet werden, zu welchem die Versammlung auf Antrag des Magistrats auch 5000 M. beizutragen soll. Die Feier soll bestehen aus einem Festspiel auf der Freilichtbühne in Pichelswerder, ähnlich wie man bereits in diesem Jahre dort ein Festspiel „Albrecht der Bär“ aufgeführt hat. Die nötigen Männer zur Einleitung dieser Feier haben sich selbstverständlich sofort gefunden. Sie wollen die Arbeit nur nicht eher beginnen, bis sie den nötigen pekuniären Hinterhalt, nämlich einen Garantiefonds von 30 000 bis 40 000 M. haben, und sind deshalb auch an die Gemeinde Spandau herangeraten. Der freisinnige stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Prager trat für die Vorlage ein; das mußte er schon als stellvertretender Vorsteher. Der freisinnige Stadtverordnete Grätzel erklärte sich gegen die Vorlage, weil Spandau von dem Festspiel keinen Vorteil habe usw. Der freisinnige Stadtverordnete W e b e r entschied sich für die Mittellinie. Er beantragte eine Ausschüßberatung, die der Oberbürgermeister wohl aus Schreck über die ablehnende Haltung des Stadtverordneten Grätzel empfohlen hatte. Selbstverständlich stimmte man dem Antrage Weber zu, geminnt man doch dadurch Zeit bis nach der Wahl. Der einzige, der gegen eine derartige Verwendung der Gelder der Steuerzahler energisch protestierte, war Genosse Pieper. — Die in Spandau bestehende Rechtsanwaltskammer, welche von dem Gemeinnützigen Verein Berliner Rechtsfreunde gegen Verletzung seitens der Stadt geleitet wird, soll nun doch, wie es die sozialdemokratische Fraktion seinerzeit gleich beantragt hatte, in eigene städtische Verwaltung genommen werden. Erforderlich ist natürlich die Einstellung eines neuen Magistratsassessors, welche mit einem Anfangsgehalt von 4000 M. gefordert wird. Der Magistratsassessor wird für die durch die Reichsversicherungsordnung kommenden Neuerungen doch gebraucht. Die Versammlung stimmte der Vorlage zu. — Eine große sozialpolitische Debatte gab es bei Beratung der vom Gewerkschaftsrat, vom Ortsverband deutscher Gewerksvereine (G.-V.) und vom Spandauer Technikerverein eingereichten Anträge auf Einrichtung einer städtischen Arbeitslosenversicherung. Mit dieser Frage hatte sich bereits der Siedener-Ausschuß befaßt, der Vertagung beantragt hatte, bis das gesamte Material des letzten Städtetages, der sich befaßte auch mit dieser Frage beschäftigt hatte, vorliege. Erst durch Beschluß der letzten Stadtverordnetenversammlung gelangten diese Anträge auf die heutige Tagesordnung. Zum Referenten hatte man den Stadtverordneten Justizrat Dr. Baumert bestimmt. Dieser Herr nutzte die Gelegenheit weidlich aus, um seinem scharfmacherischen Verzen gehörig Luft zu machen. Zunächst fragte er, wer denn die Arbeitslosenversicherung beziehen sollte, ob etwa auch die Gelegenheits- und Saisonarbeiter, wer denn die Prämien zahlen soll, ob die Versicherung eine freiwillige oder obligatorische werden solle. Ob es denn nicht besser sei, wenn der Staat eine solche Versicherung in die Hand nähme. Dann ging er zum schärferen Angriff über. Aus dem vom Gewerkschaftsrat eingereichten Statut über das Abner und Genter System will er nachweisen, daß durch solche Versicherung nur die sozialdemokratischen Gewerkschaften gestützt und die Streiks gefördert werden. Die Krankenversicherung sei angestrebt worden zur Stärkung der sozialdemokratischen Partei, dort habe man den Mittelstand hinausgegraut. Durch die Arbeitslosenversicherung wird dies noch in größerem Maße stattfinden. Unterstützung solle nur der bekommen, der einer Gewerkschaft angehört. Ja, wenn es sich um solche Gewerkschaften wie die der Gelben handelte, ließe sich darüber reden; diese derwerfen den Streik. Solange Gewerkschaften aber Streik als Kampfmittel empfehlen, sei für ihn die Vorlage unannehmbar. Seit Einführung der Invalidenversicherung besteht unter den Invalidenrentnern eine Krankheit, welche ihnen die Kraft nimmt, gesund zu werden, und zwar nur aus Furcht, die Rente zu verlieren. Diese Krankheit schädigt die Volksgesundheit. Die Arbeitslosenversicherung werde noch viel gefährlicher wirken. Es wird das Verbrechen abgedrückt, Arbeit zu suchen. Auch die Landflucht sei eine Krankheit. — Das sind so einige Auszüge aus den Ausführungen des Referenten, welche den Genossen zeigen werden, zu welcher Kategorie dieser Justizrat zu rechnen ist. Genosse Pieper, sowie auch andere verständigere Stadtverordnete fertigten denn auch den Mann in ruhiger und sachlicher Weise ab. Eigentlich tief zu sachlich. Auf die übrige Debatte einzugehen lohnt sich jetzt noch nicht, da die Vorlage einem Ausschuß überwiesen worden ist. Das etwas Bescheidene, für die Arbeiter nützlich aus dieser Kommission herauskommen wird, kann man nach der ganzen Diskussion bezweifeln, denn selbst der ziemlich linksstehende freisinnige Stadtverordnete Dr. Kantorowicz vertritt das Genter System, weil es die Organisiertheit hervorbringt. Die übrigen Nummern der Tagesordnung sind von geringerer Bedeutung.

Notawes.

Der von der Gemeinde eingerichtete billige Seefischverkauf jeden Donnerstag auf dem Wochenmarkt, erfreut sich einer steigenden Jahranspruchnahme. Auch die zweite Sendung von 600 Pfund fand reichenden Absatz. Die Teuerungskommission entschloß sich daher, für den nächsten Donnerstagmarkt ein noch größeres Quantum zu bestellen. Dem vielfach geäußerten Wunsche, die Fische auch im Ausschmitt zu verkaufen, konnte die Kommission leider nicht stattgeben, weil sich der Verkauf dadurch schwieriger gestalten würde. — Die Verteilungen auf Speckkartoffeln gingen bisher so zahlreich ein, daß die von der Gemeinde bestellten zehn Waggonsladungen, von denen zwei inzwischen eingetroffen und zum Preise von 3,40 Mark pro Zentner verkauft worden sind, wahrscheinlich nicht ausreichen werden. Wie zu erwarten war, haben sich die Teuerungsmassnahmen der Gemeinde auch als ein äußerst wirksames Preisregulator im Handel erwiesen; sowohl Seefische wie auch Kartoffeln sind im Preise merklich gesunken. Während bisher auf dem Wochenmarkt Kartoffeln mit 4,50—6,50 M. verkauft wurden, ermäßigten am Donnerstag die Händler ihre Preise teilweise bis auf 3,50 Mark.

Der Konsumverein erwartet in den nächsten Tagen wiederum eine größere Sendung Speckkartoffeln, die wie bisher mit 3 Mark



Unsere 3 Schlager

ges. gesch.

erregen durch Preiswürdigkeit und Eleganz

berechtigtes **Aufsehen.**

Ein einmaliger Kauf macht Sie zum ständigen Kunden.

„Schuh-Sport“

Flaum

Neu eröffnet:

Oranienstr. 51

Filiale im Osten Andreasstraße 48.

MARKE
PROPAGO 6⁷⁵
Elegante Formen!

MARKE
SALAMBO 8⁷⁵
Vom Guten das Beste!

SALAMBO LUXUS 10⁷⁵
Vornehme Rahmenarbeit!

Versand nach auswärts nur gegen Nachnahme.

Plüsch- u. Samtmäntel

für stärkste Damen passend
120-140 cm lang, in hervorragend schöner Auswahl,
nur aus allerbesten
Qualitäten 45, 58, 72 bis 190 M.

Flauschmäntel

Ulster Damen- u. Backfisch-Paletots
bis 140 cm lange, sehr kleidsame
Formen. Bouclée, neuartige Flausch- und engl. Stoffe,
mit ein- und mehrfarbigem angewebtem Futter
13⁵⁰, 16⁵⁰, 19⁵⁰, 22⁵⁰, 27, 33, 42 M.

**Eskimo-Paletots u. Frauen-
mäntel** halbliegend und lose, ganz auf
Kloth oder Seide gefüttert, zum
Teil mit Stickerel 14⁵⁰, 18, 22⁵⁰, 27, 33 M.

Herbst- und Winter-Kostüme
anssergewöhnlich preiswert und gut. Letzte Neuheiten. Schicke,
vorzüglich sitzende Façons. Gediegene engl. Noppen und
gestreifte Stoffe. Prima blauer und schwarzer Kammgarn-Cheviot.
19⁵⁰, 24, 28⁵⁰, 36, 42 M.

Moderne garnierte Kleider

mit und gestreift mit
Samtansatz u. Passe 18, 22⁵⁰, 28⁵⁰, 36, 45 M.

Trauerkleider von 20 M. an

Enorm billig: Tüll- und Woll-Blusen in tausendfacher Auswahl.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse Ecke Lindenstrasse.

12 Schaufenster 2 Häuser vom Dönhoffplatz

Sonntags geöffnet.



Prima Velours du Nord, ganz
auf Seide gefüttert, 69 M.
140 cm lang.



SIE STAUNEN

über die ungeheure Auswahl und Preiswürdigkeit meiner
neuesten Herbst- und Wintermoden
in Damen- und Mädchen-Konfektion.
Machen Sie einen Versuch!!!

Kostüme in bekannt guter
Verarbeitung 19⁵⁰, 26, 39 bis 48 M.

Flauschmäntel mit farbiger Abseite in sparten
Dessins
12⁵⁰, 18⁷⁵, 25 bis 40 M.

Samt- u. Plüschmäntel,
120-140 cm lang, mit Caposon,
Quasten u. Franzengarnierung,
36, 49, 56 bis 120 M.

Kinder- und Backfisch-Konfektion sowie Röcke, Blusen,
Kimonos, Abend- und Theatermäntel zu ganz besonders
billigen Preisen.

Nur eigenes Fabrikat

Oskar Wollburg, Brunnenstr. 56.

Eleg. Flauschmäntel Hies. Plüsch-
v. M. 16.- mantel v. M. 44



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung

Neue Friedrichstr. 35

neben Zentral-Wartihalle

liefert an jedermann elegante

Herren-Garderoben

nach Maß unter Garantie für

tadellosen Sitz geg. wöchentl. Teilz.

von 1 Mk. an. Auslieferung u. Ber-

stätt im Laufe. Aus Büch. Besuch d.

Neuenden u. neuest. Stoffmustern.

Sonntags geöffnet.

Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill.
kleiden will, empfehle eleg. Mo-
natsgarderobe in feinsten Werk-
stätt. Berlins gearb., von Herr-
schaften, Doktoren, Kavaliereu nur
kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Wint.-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M.
Warme Winter-Joppen.
Große Abteilung s e u r Garderobe.
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
(Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Feine Schneiderei
für elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass

Garantie für tadellosen Sitz
und beste Verarbeitung. Auf

Teilzahlung

Wochenrate von 1 M. an

J. Kurzberg

Rosenthaler Strasse 40

direkt am Hackeschen Markt

Frankfurter Allee 104

Ecke Friedenstrasse.

Kein Waren-Kredithaus



Wer probt — der lobt

die in der Reinigungs-Anstalt von Robert Schmidt, Rosenthaler Str. 9, I, gekauften

Monats - Garderoben

Wir verkaufen elegante, nur kurze Zeit getragene, in unsern Arbeits-
räumen sauber hergerichtete, zum Teil chemisch gereinigte Garderoben

SERIE I: Anzüge u. Paletots für 6.- 9.- 12.- 16.- M.

SERIE II: Anzüge u. Paletots für 10.- 14.- 18.- 22.- M.

Ein großer Posten
Burschen- u. Jünglings-Anzüge kommen sehr billig zum Verkauf! 6, 8, 10, 12, 14, 16 M.

Rosenthaler Str. 9¹ Ecke Auguststr.

Wir sind billig, da wir keine teure Ladenmiete zahlen!

Sie haben recht,



5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.

verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich

MAGGI^s Bouillon-Würfel



denn der Name **MAGGI** und die Schutzmarke Kreuzstern
bieten Garantie für vorzügliche Qualität.

Möbel **F. Janitzkow,**
Berlin NW. 21, Turmstr. 45.

Großes Lager einfacher wie eleganter
Wohnungs-Einrichtungen
in jeder Preislage. Besichtigung erbeten.
Rechnung: Unt. Moabit Nr. 7047.

Warenhaus Wilhelm Stein

Chausseestrasse 70-71

BERLIN N.

Chausseestrasse 70-71

HEUTE Sonnabend, den 4. November

Schluss unserer billigen Verkaufstage

Bedeutende
Preisermäßigung

Garnierte Damenhüte

Bedeutende
Preisermäßigung

Eleganter Damenhut reich mit Seide garniert..... Serie I **4.95** Serie II **5.95** Serie III **6.95**
 Gaminhut in weiss und couleur, gute Qualität mit schicker Garnierung **3.65**
 Sport- und engl. garnierte Hüte in nur vorzüglichen Qualitäten ... Wert bis **4.50**, jetzt **2.45**

Kinder-Konfektion

Hänger-Kleidchen aus karierten Kleiderstoffen ganz auf Futter..... Grösse 45-55 jetzt **1.75**
 Taillekleid moderne Kimonoform aus kariertem Kleiderstoff hübsche Verarbeitung, ganz auf Futter Grösse 50-75 **6.50** Grösse 80-100 **8.50**
 Blaue Cheviot-Knaben-Hosen mit Leibchen für das Alter von 3 bis 8 Jahren **1.40**

In der Lebensmittel-Abteilung Von Sonnabend, den 4., bis Dienstag, den 7. November

Wurst- und Fleischwaren

Bauernbratwurst Pfund 75 Pf.	Landleberwurst Pfund 85 Pf.	Rückenfett Pfund 68 Pf.
Teewurst Pfund 1.10	Holsteiner Cervelatwurst Pfund 1.25	Kasseler Rippespeer Pfund 70 Pf.
Berliner Mettwurst Pfund 68 Pf.	Feine Leberwurst Pfund 90 Pf.	Hirschfleisch Pfund 60 Pf.
Harte Schladkwurst Pfund 1.00	Schinkenecken Pfund 75 Pf.	Oderbrucher Fettgänse ... Pfund 65, 68 Pf.

Kolonialwaren

Gemischte Marmelade Pfund **28 Pf.**
 Gemischte Marmelade zirka 5-Pfund-Eimer **1.35**
 Kunsthonig zirka 3-Pfund-Glas **95 Pf.**
 Bienenhonig zirka 1-Pfund-Glas **88 Pf.**

Gebrannte Kaffees

Konsum-Melange Pfund **1.30**
 Mischung IV Pfund **1.35**
 Mischung III Pfund **1.45**

Konserven

Spinat 1/2 Dose **45 Pf.**
 Karotten in Streifen 1/2 Dose **48 Pf.**
 Kohlrabi 1/2 Dose **30 Pf.**
 Wirsingkohl 1/2 Dose **40 Pf.**

:: Verkauf an ::
Wiederverkäufer
findet nicht statt

Garantiert reines Roggenbrot

Durch vorteilhaften Abschluss mit einer der grössten Brotbäckereien sind wir in der Lage, garantiert reines Roggenbrot, bisher üblicher Preis 45 Pf., von jetzt ab abzugeben mit

35 Pf.

:: Verkauf an ::
Wiederverkäufer
findet nicht statt

Die Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet



Staatspreise

Carl Zobel



Ehrenpreise

Goldene Medaillen

Köpenicker Str. 121 (Eckhaus)

Berlin SO. 16.

Michaelkirchstr. 9-10 (Eckhaus)

Beste Herren- und Knaben-Moden fertig und nach Maß.

9 Schaufenster. — Werkstätten im Hause.
Eleganteste Paßform. — Beste Verarbeitung.
Sehr billige, aber feste Preise.

Alle Größen, auch für korpulente wie schlanko Herren, in reichster Auswahl vorrätig. Volle Garantie für jedes bei mir gekaufte Kleidungsstück. Der gute Ruf meiner Firma bürgt für gewissenhafte und billige Bedienung.

Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Ankleidezimmer in allen Abteilungen.
Der neue Katalog gratis und franko.

Sehr große Auswahl in- und ausländischer Stoffe für Maß-Anfertigung.

Anzüge, Ulster, Paletots fertig von 18.00 Mark an.

Rind- und Schweine-Schlächtereifabrik II. Thüringer Fleisch- u. Wurstwaren
 en gros von **H. Röder** en detail
 Nieder-Schönevide, **Brückenstr. 25**
 empfiehlt **Prima Kalbfleisch** **Prima Hammelfleisch**
Rindfleisch **Hammelfleisch**
 sowie sämtliche Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen.

Pelzwaren.
Max Rosenthal
II. Brunnenstraße II.
 gegenüber der Schneiderei-Genossenschaft „Hoffnung“.
Größtes Pelzwaren-Geschäft des Nordens!
 Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend.

Konfektions-König

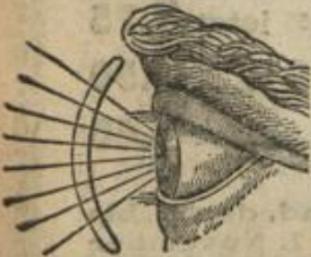
54 Koppenstr. 54
 2. Haus von der Gr. Frankfurter Straße.

Günstige Gelegenheit zum Einkauf elegant. Damenkonfektion zu ganz enorm billigen Preisen.

Paletots
 Kostüme
 Kleider
 Blusen
 Röcke
 Ulster
 Plüsch-Mäntel
 Pelzwaren
 in großer Auswahl.
Feste Preise!

Bei Beratung auf dies. Inserat werden 5% vorgütet.

Scharfgebogene Brillengläser



En Gee Menisken
 - für erweiterten -
 - Gesichtskreis -
Moderne Optik
 Frankfurter Allee 16.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung



liefere **elegante Herren-Moden**

fertig und nach Mass
 Garantie für tadello. Sitz und feinste Verarbeitung.

Kein Waren-Kred. thaus

S. Boltuch

Mass-Schneiderei
 nur Frankfurter Allee 75. I
 Eingang Thilster Strasse.
 Kein Laufen! Kein Laden!

Warenhaus Hugo Deutschland

Moabit, Gotzkowskystr. 31, Ecke Zwinglistraße

Herbst- und Winter-Neuheiten.

Kleiderstoffe, neue Farben 95 Pf. an Meter von Atlas-Barchende, neue Stellungen 65 Pf. an Meter von
Blusen, neue Verarbeitung.
 Reine Wolle 2⁹⁵ M. Velour, reich garniert 95 Pf. Flauchstoffm. 2⁷⁵ M. Velour-Barchend garniert 1⁹⁵ M. Atlasblenden
 Verlangen Sie Rabattmarken. Streng reelle Bedienung.

Ein Geheimnis

enthüllen wir Ihnen durch unser neues Verkaufssystem. Sie erfahren durch uns den Einkaufspreis, der noch nie der Kundschaft mitgeteilt wurde. Wir begnügen uns mit dem unglaublich kleinen Nutzen von 15 Prozent, das bedeutet an jeder Mark nur 15 Pf., während die Konkurrenz größtenteils das doppelte verdient. Wir zahlen

1000 M. Belohnung

demjenigen, der uns in Berlin ein zweites reelles Herrengarderoben-Geschäft nachweist, welches sich mit solchem geringfügigen Nutzen begnügt. Wir verkaufen also

Herren-Hosen, Joppen, Pelerinen

Verkaufspreis	M. 2.94	5.56	8.22	11.16
Einkaufspreis	M. 2.50	4.75	7.—	9.50

Herren-Anzüge, Ulster, Paletots

Verkaufspreis	M. 17.62	21.94	29.07	35.28
Einkaufspreis	M. 15.—	18.50	24.75	30.—

Ein- und Verkaufspreis befinden sich an jedem Stück im Lager und im Schaufenster.

Jedem Käufer werden auf Wunsch die Original-Rechnungen vorgelegt. Außerdem befindet sich im Schaufenster eine notarielle Beglaubigung, laut der wir wirklich nur 15 Prozent verdienen.

Deutsche Bekleidungs-gesellschaft
 m. b. H.

für den Vertrieb fertiger Herrengarderobe und nach Maß
 zwischen Ottostraße u. kleinem Tiergarten **Turmstr. 80** zwischen Ottostraße u. kleinem Tiergarten

Brauchen Sie Winterkleidung?

Ich offeriere

Ulster

I- u. II reilig, neueste Farben und Schnitt, aufgesetzte Taschen
 M. 26.—, 30.—, 36.—, 40.—

Paletots

erprobte Qualitäten, gediegene Verarbeitung
 M. 21.—, 24.—, 30.—, 36.—

Joppen

hervorragende Paßform
 M. 6.75, 9.50, 11.—, 13.50.

Moritz Groß

BERLIN N., Kastanienallee 42
 altrenommiertes Geschäft.
 Feste Preise. Fahrgeldvergütung.



Größtes Kindergarderobe-Spezialhaus des Ostens

Enorme Auswahl von Mädchen-Mänteln, Mädchen-Kleidern, Knaben-Paletots, Knaben-Anzügen.
 Eigene Fabrikation in größtem Maßstabe.
Billigste Preise.
C. & A. Wendi, Berlin NO. 18,
 118 Große Frankfurter Str. 118.
 Entzückende Mädchen. Schicke Mützchen.

Extra-Sonnabend und Sonntag Verkauf!

Ausserst billig

sind wir speziell

an diesen Tagen!

Wir haben extra neu eingetroffene hochmoderne Schuhwaren ganz eminent niedrig

ausgezeichnet. Ebenso vorrätige letzte Neuheiten und

warme Winter-Schuhe

verkauften wir

ganz riesig billig.

Man achte unbedingt auf die nachstehenden Preise.

Damenstiefel

7 ²⁵	8 ⁷⁵	10 ⁵⁰
Echt R. Chevreux	Car. Echt Box-einf. mit und ohne Lacktaps	Echt Chevreux ausa Goodyear Well

Herrenstiefel

8 ⁷⁵	10 ⁵⁰	12 ⁵⁰
Echt Russ. Chevreux. Sehr gute Qualität	Echt Box-einf. Hand gedoppelt	Echt Chevreux Orig. Good. Well

1 ⁹⁵	1 ⁹⁵
Damen-Filz-Schnallen-Stiefel, Absatzdeck, Filz- und Ledersohle	Echt Kamelhaarschuhe mit Filz- und Ledersohle, sehr mollig warm



Halle

Bezugsquelle ersten Ranges.

Zentrale: Chaussee-Strasse 75, Eckhaus an der Pank. II. Geschäft: Schönhauser Allee 113, Ecke Schivelbeinerstr.

A. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17/18

Veteranenstr. 1/2

Woche

Woche

Jeder Artikel ein Schlager



Winter-Artikel

- 1 Herren-Normalhemd 95 Pf.
- 1 Herren-Normal-Unterhose 95 Pf.
- 1 Damen-Trikotrock mit Kante 95 Pf.
- 1 Normal-Damen-Jacke mit oder ohne Aermel mit od ohne Aermel 95 Pf.
- 1 Kinder-Trikotrockchen hinten mit Ueberschlag 95 Pf.
- 1 Normal-Kinder-Trikot 95 Pf.
- 3 Korsettschoner mit Häkelsatz 95 Pf.
- 1 weisser Kinder-Sweater mit Ringelkante 95 Pf.
- 1 farbiger Kinder-Sweater 95 Pf.
- 1 unterlegtes Kopftuch 95 Pf.
- 1 weisser Blusenschoner 95 Pf.
- 1 wollener Sport-Schal 95 Pf.
- 1 schöne wollene Sportmütze für Knab u der Mädchen 95 Pf.
- 1 weisse Golfbluse 95 Pf.
- 1 schöne Kinderkapotte 95 Pf.
- 1 Damen-Sportserviteur aus weisser Wolle, mit Kragen 95 Pf.

Strümpfe und Handschuhe

- 2 Paar weisse Damenhandschuhe gestr. 95 Pf.
- 2 Paar farb. Damenhandschuhe 95 Pf.
- 1 Paar Herren-Krimmerhandsch. 95 Pf.
- 3 Paar Damenstrümpfe wolplatt gestrickt 95 Pf.
- 2 Paar halbwooll. Damenstrümpfe kräftig gestrickt 95 Pf.
- 1 Paar prima reine wollene schwarze gestrickt Damenstrümpfe 95 Pf.
- 1 Paar Damenstrümpfe reine Wolle, gewebte schwarz oder 1 derfarbig 95 Pf.
- 1 Paar Damenstrümpfe reine Wolle, tiefchuss oder hochfarbig 95 Pf.
- 3 Paar starke Winter-Socken 95 Pf.
- 2 Paar Ersatzfüsse reine Wolle, schwarz gestrickt 95 Pf.
- 2 Paar Ersatzfüsse gewebt, reine Wolle, ledertafel oder schwarz 95 Pf.
- 2 Paar graue Schweiß-Socken starke Qualität 95 Pf.
- 2 Paar Kinderstrümpfe gestrickt 95 Pf.

Weisswaren

- 1 schwarzer Samt-Gürtel 95 Pf.
- 1 reinseidener Ballschal 95 Pf.
- 1 Ballblumen-Garnitur 95 Pf.
- 1 Ballfächer Gaze oder Federn 95 Pf.
- 1 schwarze Samttasche 95 Pf.
- 1 Batist- und Tüll-Jabot 95 Pf.
- 1 Aeroplan-Schleife 95 Pf.
- 15 Haarband-Reste 95 Pf.

Tapiserie

- Gezeich. Läufer, Decken, Kissen 95 Pf.
- Gezeichnete Besenvorhänge 95 Pf.
- Gestickte Kissen und Läufer 95 Pf.
- Gestickte Staubtuchbeutel 95 Pf.
- Bürstenkörbe, Zeitungsmappen mit Band dr drängen 95 Pf.
- Gehäkelte Pompadours 95 Pf.
- Gezeichnete Bestecktaschen 95 Pf.

Schuhwaren

- 2 Paar Plüschpantoffel 95 Pf.
- 1 P. Ledertuch-Pantoffel Damen u. Herren 95 Pf.
- 1 P. Kamelhaar-Pantoffel Imitation 95 Pf.
- 1 Paar Pommersche Plüschpantoffel 95 Pf.
- 1 Paar Oberfilz-Pantoffel Damen u. Herren 95 Pf.
- 1 Paar Kinder-Plüschohrenschuhe 95 Pf.
- 1 Paar Kamelhaarstoff-Ohrenschuhe mit Filz- und Ledersohle 95 Pf.
- 1 Paar Babystiefel mit Filz u. Leder 95 Pf.

Möbelstoffe

- 1 Filztuch-Lambrequin 95 Pf.
- 1 Filztuch-Kommodendecke 95 Pf.
- 1 Dekorations-Schal 95 Pf.
- 1 weisser Teppich-Pudel 95 Pf.
- 2 Filztuch-Nächtischdecken 95 Pf.
- 1 Tüll-Kommodendecke 95 Pf.
- 1 schöner Tüll-Läufer 95 Pf.

1 Damen-Bluse 95 Pf.

1 Kinderkleidchen 95 Pf.

1 Knabe hose oder Bluse 95 Pf.

Ein Posten Pelzkragen 95 Pf.

Schürzen und Wäsche

- 1 Tändelschürze weiss oder bunt 95 Pf.
- 1 Hausschürze schwarz oder bunt 95 Pf.
- 1 Kinderschürze weiss oder bunt 95 Pf.
- 1 Kinder-Wachstuchschürze 95 Pf.
- 1 Hänge-Reformschürze 95 Pf.
- 2 weisse Tändelschürzen 95 Pf.
- 2 Knaben-Spielschürzen 95 Pf.
- 1 Wachstuch-Hausschürze extra weiss 95 Pf.
- 1 Damen-Hemd mit Stickerei 95 Pf.
- 1 Knie-Beinkleid mit Stickerei 95 Pf.
- 1 Barchent-Beinkleid 95 Pf.
- 1 Barchent-Nachtjacke 95 Pf.
- 1 Damen-Calmuc-Rock 95 Pf.
- 1 Parade-Kissen mit Spruch 95 Pf.
- 1 Untertaille mit Stickerei 95 Pf.

Herrenartikel und Mützen

- 2 Herren-Krawatten Regalies oder Bänder 95 Pf.
- 1 schöner Kragenschoner 95 Pf.
- 1 Paar gute Hosenträger 95 Pf.
- 1 bunte Garnitur serviteur und Manschetten 95 Pf.
- 1 seidenes Herren-Halstuch 95 Pf.
- 2 Herren-Chemisettes weiss u. bunt 95 Pf.
- 1 Herren-Ballon-Mütze 95 Pf.
- 1 Baschlick-Mütze für Knaben 95 Pf.
- 1 Südwester für Knaben u. Mädchen 95 Pf.
- 1 Mädchen-Barett mit Vellichon 95 Pf.
- 1 Knaben-Mütze mit Ohrenklappe 95 Pf.
- 1 Knaben-Ballon-Mütze 95 Pf.
- 1 Mädchen- oder Knaben-Matrosenmütze 95 Pf.
- 1 schöne Damen-Mütze 95 Pf.
- 1 engl. gemusterter Südwester 95 Pf.

Leinenwaren

- 3 Handtücher Drell oder Gersenkorn 95 Pf.
- 12 Staubtücher 95 Pf.
- 6 Wischtücher 95 Pf.
- 1 Rolltuch oder 1 Plättdecke 95 Pf.
- 1 Barchentlaken od. 1 Tischtuch 95 Pf.
- 1 Kaffeedecke weiss oder bunt 95 Pf.

Taschentücher

- 6 Linon-Taschentücher 95 Pf.
- 3 Herren-Batisttücher mit Kante 95 Pf.
- 6 Taschentücher mit Buchstaben 95 Pf.

Korsetts

- 1 halbhohes Drell-Korsett 95 Pf.
- 1 Gürtel-Korsett 95 Pf.
- 1 blaugestreiftes Korsett 95 Pf.
- 2 Paar Korsett-Strumpfhalter 95 Pf.

Konfitüren

- 1/2 Pfd. Schokoladenpulv., 1/4 Pfd. Cakes u. 2 Tafeln Schokolade 95 Pf.
- 1/2 Pfd. Kakao, 1/4 Pfd. Bruchschokolade, 1/4 Pfd. Cakes, 1/4 Pfd. Zuckernüsse 95 Pf.
- 1 Paket Korff-Cacao, 1/4 Pfd. Schokoladenpulver, 1 Paket Zwieback u. 1 Taf. Schokolad. 95 Pf.
- 1/2 Pfd. Kakao, 1 Tüte Konfekt, 2 Tafeln Schokolade 95 Pf.
- 1 Dose Kakao 1 Pfd. enthaltend (holändische Art) 95 Pf.
- 2 Bonbonnieren mit Füllung 95 Pf.
- 1 Dose Kakao u. 1/2 Pfd. Schokolad. 95 Pf.
- 1 Pfd. Haushalt-Cakes im Karton (Prima) 95 Pf.
- 1 Pfd. guter Haushalt-Kakao lose 95 Pf.

Kostümstoffe ca. 100 cm breit 1 Meter 95 Pf.

Reinwollene schwere Strapazier-Cheviots ca. 110 cm breit, für Kostüme und Schulkleider 95 Pf.

Kleider-Schotten 95 Pf.

Haushaltartikel

- 1 Emaille-Kanne 95 Pf.
- 1 Eimer und 1 Scheuertuch 95 Pf.
- 1 Wasserkessel 95 Pf.
- 1 Waschständer und 1 Emaille-Waschbecken 95 Pf.
- 2 Emaille-Kasserollen prima Ware 95 Pf.
- 1 Emaille-Schaffnerkanne mit Bügel 95 Pf.
- 1 Posten Aluminium-Geschirre 8 Stk. 95 Pf.
- 1 Emaille-Petroleumkanne 95 Pf.
- 1 Spirituskocher und 1 Emaille-Wasserkessel 95 Pf.
- 1 Heizrohr oder 1 Wärmflasche 95 Pf.
- 1 Brotdose lackiert mit Schrift 95 Pf.
- 1 Wasserleitungsschoner mit Schrift 95 Pf.

Haushaltartikel

- 3 Büchsen: Kaffee, Zucker, Zichorien 95 Pf.
- 1 Messerkorb mit 6 Ess- u. 6 Kaffeelöffeln 95 Pf.
- 1 Messerbrett mit 3 Küchenmessern 95 Pf.
- 1 Rosshaarbesen mit Stiel 95 Pf.
- 1 Rosshaarhandfeger und 1 Kehrschaufel 95 Pf.
- 1 Holztablett mit Metall-Einlage 95 Pf.
- 2 Putz- und Wichskästen 95 Pf.
- 6 Britannia-Esslöffel u. 6 Kaffeelöffel 95 Pf.
- 1 Kohleneimer, 1 Ringständer und eine Kohlenschaukel 95 Pf.

Emaille-Koch-Geschirre 2 Pfund 95 Pf.

Steingut und Porzellan

- 6 Vorratstonnen neue Form 95 Pf.
- 1 Waschgarnitur Steifig 95 Pf.
- 6 Paar Porzellantassen 95 Pf.
- 1 Kaffeeservice echt Porzellan 95 Pf.
- 6 Speiseteller mit Goldrand 95 Pf.
- 2 Salz- und Mehimesten 95 Pf.
- 1 grosse Kartoffelschüssel und 12 Speiseteller 95 Pf.
- 1 Waschbecken neue, grosse Form 95 Pf.
- 1 Gewürz-Etagère mit Metall-Einlage 95 Pf.

1 Kaffeekanne, 1 Milchkanne u. 1 Zuckerdose echt Porzellan zusammen 95 Pf.

Galanteriewaren

- 2 Wandbilder oder 2 Vasen 95 Pf.
- 1 Goldfischständer mit Aquarium und Netz 95 Pf.
- 1 Vogelkäfig 95 Pf.
- 1 Wandspruch oder 1 Spiegel 95 Pf.
- 1 Photographie-Album 95 Pf.
- 1 Markttsche mit Ring und Lederecken 95 Pf.
- 1 Rasiervarnitur 95 Pf.
- 1 Kammgarnitur mit Steinen 95 Pf.
- 12 Stück Blumenseife 95 Pf.
- 1 Kinderschaukel 95 Pf.
- 1 Postkarten-Album für 500 Karten 95 Pf.
- 1 Handtuchhalter oder 1 Panel 95 Pf.

Julius Lindenbaum

Berlin O.



**Ulster,
Paletots,
Anzüge,**

moderne
Formen,
aparte
Farben,
solide
Stoffe,
vorzüg-
licher
Sitz.



In
Knaben- u. Jünglingsbekleidung

biete ich eine unerschöpfliche Aus-
wahl vom Billigsten bis zum Besten.

Julius Lindenbaum

Große Frankfurter Straße 141
(Ecke Fruchtstraße).



Tel.
Amt 3
2885

Bevor Sie Ihre Einkäufe in
Uhren, Gold- und Silberwaren

decken, besichtigen Sie meine konkurrenz-
losen Preise und die

Riesen-Auswahl

in meinen zwei Geschäften.

1. Geschäft: Brunnen-Straße 112, Ecke
2. Geschäft: Brunnen-Straße 81.

Rudolf Plunz, Uhrmacher und Juwelier.



Leske & Slupecki

Schönhauser Allee 70c, Ecke der Star-
garder Straße.

Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

**Winter- Paletots
Ulster
Anzüge - Joppen.**

Telephon Amt 111, 2082
Stegante Maßanfertigung. — Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Teppichhaus Georg Lange Nachf.

73/74 Chausseestraße 73/74.

— **Besondere Kaufgelegenheit!** —

Einmaliges Extra-Angebot eines
großen Partiepostens bester deutscher

bis **50 Proz.** **Teppiche** bis **50 Proz.**
unter wirklich. Wert! unter wirklich. Wert!

Es gelangen zum Extra-Verkauf soweit Vorrat:

- I Partieposten** schwerer kräftiger Tapestry-Teppiche, erstklassige Marke. Gr. 170/240 **21⁰⁰** Gr. 200/300 **31⁰⁰**
- I Partieposten** hochmoderner Smyrna-Plüsch-Teppiche in prächtigen Farben Gr. 170/240 **18⁰⁰** Gr. 200/300 **26⁰⁰**
- I Partieposten** besonders schwerer Smyrna-Plüsch-Teppiche, Qualität Extra-Prima, in hochvornehmen Mustern Gr. 170/240 **24⁰⁰** Gr. 200/300 **34⁰⁰** Gr. 225/325 **44⁰⁰** Gr. 250/350 **54⁰⁰**
- I Partieposten** herrlichschöner Velour-Teppiche, Ia Ia Qualitäten, hochflorige, dickplüschige Ware Gr. 170/240 **23⁵⁰** **27⁵⁰** Gr. 200/300 **33⁵⁰** **39⁵⁰** **45⁵⁰**
- I Partieposten** doppelseitiger imitierter Perser-Teppiche, Gr. 120/190 **4⁹⁵** Gr. 180/300 **6²⁵** Gr. 170/240 **8⁷⁵** Gr. 200/300 **12⁵⁰**

— **Glänzende Kaufgelegenheit!** —

Während des Extra-Verkaufs keine Rabatte, keine Marken, keinerlei Vergütung!
Die Preise gelten nur bis Sonntag, den 12. d. Mts.

Teppichhaus Georg Lange Nachf.

Inhaber Julius Rosen

73/74 Chausseestraße 73/74.

Paul Held Nachf.

Invaliden-Straße 162

Invaliden-Straße 162

Spezialhaus für Kleiderstoffe, Leinen, Baumwollwaren, Konfektion, Putz-, Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Die **Auszahlung der Norden-Marken** der **Rabatt-Marken-Gewährungs-Genossenschaft** erfolgt in diesem Jahre vom 11 bis 16. Dezember.

Die **Sammel-Bücher** werden nur bis Ende November in den Umtauschstellen angenommen.

Um unseren Kunden und Mitgliedern des Norden-Vereins Gelegenheit zu geben, den Rabatt noch zur diesjährigen Auszahlung zu erhöhen, geben wir von
heute Sonnabend, den 4. November bis Montag, den 13. November

Doppelte Norden - Marken

doppelte Held-Marken doppelte grüne Marken.

Beispiele unserer Billigkeit

Die Auszahlung der
Held-Marken
erfolgt vom
1. bis 15. Dezember.

Die Auszahlung der
grünen Marken
erfolgt vom
4. bis 7. Dezember.

**3 Serien
Kleiderstoffe**

Hauskleiderstoffe
Moderne Blusenstoffe
Kinder-Schotten
Einfarbige Kleiderstoffe
Ballstoffe (Diagonal u. Crêpe)
Blusen-Sammelte
Satin-Barchend
Kleider-Velour

Meter
58 Pf.

Reinwollener Cheviot
Reinwollene Satintuche
Phantasie-Kleiderstoffe
Moderne Bordürenstoffe
Kinder-Schotten
Ballstoffe (Wollbatist u. Crêpe)
Schwarzer reinseidener Taifet

Meter
95 Pf.

Reinwoll Satintuch, ca. 110 breit
Reinwoll Kammgarn-Cheviot, ca. 110 breit
Kostümstoffe englischer Art
Bordürenstoffe
Moderne Phantasie-Gewebe
Wollene Blusen-Planelle
Moderne klare Ballstoffe

Meter
145 Pf.

Bett-Inlette
Bettbreite **78** Pf.
Meter 225x125
Kissenbreite **48** Pf.
Meter 125x75
Bettfedern doppelt
gereinigt, Pfd **95** Pf.

Steppdecken
6⁰⁰ **4⁷⁵** **2⁹⁵**

Fertige Bettbezüge
mit 2 Kissen in
weiß, geblümt und
kariert **2⁹⁵**

Baumwollwaren
Karierte Bettzeuge garant echt, 80 cm breit Mtr. **25** Pf.
Geblünte Bettzeuge nur rosa-Muster, wasch-
echt Mtr. **25** Pf.
Hemdentuch Mtr. **19** Pf.
Louisianatuch Bettbreite Mtr. **48**, Kissen-
breite Mtr. **28** Pf.
Dimitt Bettbreite Mtr. **85**, Kissenbreite Mtr. **58** Pf.
Damast Bettbreite Mtr. **95**, Kissenbreite Mtr. **68** Pf.
Laken-Dowlas ganze Breite Mtr. **48** Pf.
Piqué- u. Göper-Barchend Mtr. **38** Pf.
Molton hellbraun, rosa, rot, grau etc. Mtr. **28** Pf.

Damenwäsche
Vorderschluß-Hemden
mit Spitze
Belkleider
mit Stickerei
Barchendnachjacken
mit Languetto
95 Pf.

Nachtjaken
Barch u. dünne Stoffe
Kniebelkleider
Barchend
Achselschluß-Hemden
mit Languetto
u. mit gestickt. Passo
Phantasie-Hemden
mit Stickerei u. Band
145

Gardinen, Decken etc.
Engl. Tüllgardinen 2mal Band Mtr. **48, 35, 25** Pf.
Abge- Tüllgardinen Fenster, 2 Schal **4⁹⁵ 3²⁵ 1⁶⁵**
paßte
Stores engl. Tüll und Erbstüll **3⁹⁵ 2⁷⁵ 1⁸⁵**
Bettdecken Tüll- und Erbstüll **3⁹⁵ 2⁵⁰ 1⁰⁵**
Abge- Fenstervorhänge in gold, rot,
paßte creme u. weiß **4⁵⁰ 2⁹⁵ 1⁴⁵**
Portieren - Garnituren 2 Schals und
1 Lambrequin **3⁹⁵ 1⁹⁵ 1³⁵**
Plüschportieren-Garnituren 2 Schals und
1 Lambreg. **9⁷⁵ 8⁵⁰ 6⁵⁰**

Ein Posten **Oberbetten**
kompletter
aus gutem, rot-rosa ge-
streiften Inletts, mit
5 Pfd. Federnfüllung **9⁷⁵**
Weiße Barchend-
Betttücher 1,95 95 **48** Pf.
Dunkle **Schlafdecken**
1,95 1,45 **88** Pf.
Plüsch-Tischdecken
8,90 7,50 **5⁹⁰**
Filztuch-Tischdecken
4,75 2,75 **98** Pf.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur

und zur Förderung des Vertriebes guter Unterhaltungsliteratur hat das „Gewerkschaftshaus“ folgende Einrichtungen getroffen:

- 1. Anerkannt gute Jugendchriften zum Preise von 10-30 Pf. sind in größerer Anzahl angeschafft worden... 2. Jedermann erhält in den nachstehend angeführten Ausgabestellen ohne Legitimation so viele Bücher wie er will... 3. Wer die Bücher behalten will, hat dazu das Recht, er hat dann bei Entnahme neuer Bücher wiederum den entsprechenden Betrag zu deponieren.

Ausgabestellen

- eingerrichtet: Antonstr. 34. Zigarrengechäft von Kriegsmann. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends. Blankenfelde Str. 10. Verband der Schuhmacher. Dienstags und Mittwochs von 5-7 1/2 Uhr. Brunnenstr. 115. Arbeiter-Jugendheim. Von 6-10 Uhr. Dänenstr. 10. Zigarrengechäft von Goschmal. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends. Elisabethstr. 11. Verband der Fleischer. Von 10-1 Uhr und 5-7 Uhr. Emdener Str. 20 bei Dorbs. Montag von 8-9 1/2 Uhr. Engelufer 15. Zigarrengechäft von Dorfsch. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends. Schwarnstr. 8. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends. Gartenstr. 101. Verband der Kupferschmiede. Von 10-11 Uhr und 6-7 Uhr.

- Gr. Frankfurter Str. 126. Arbeiter-Jugendheim. Von 6-10 Uhr. Kobernitsstr. 11. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends. Zinkstr. 73. Verband der Schmiede. Von 9 1/2-12 Uhr und 6 1/2 bis 8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends. Zippelstr. 15. Zigarrengechäft von Dorfsch. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends. Melchiorstr. 28. Verband der Kaler. Von 9-1 Uhr. Petersburger Str. 5. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends. Rothstr. 1. Zigarrengechäft von Gohm. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends. Sebastianstr. 37/38. Verband der Schneider. Von 9-1 Uhr. Weinstr. 8. part. Verband der Kürschner. Von 9-1 Uhr und 3-7 Uhr. Verein der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen. Vor und nach jeder Vereinsversammlung.

Vororte:

- Schöneberg. Zigarrengechäft von Dräger. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends. Stralau. Alt-Stralau 70, Seitenstr. III, bei Rudolph. Montag und Donnerstag von 8 1/2-5 Uhr, Sonnabends von 4-8 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

- Reichsversicherungsordnung nebst Einführungsgechäft mit Erläuterungen von Dr. L. v. Köhler, J. Bienenberger, H. Schäffer und Dr. H. Schall. 2 Bde. 2 Bde. Krankensversicherung. 5 M. W. Kohlhammer. Stuttgart. Geschichte Oesterreichs. Von Otto Bauer. Eine Anleitung zum Studium der österreichischen Geschichte und Politik. Verlag von Robert Danneberg, Wien. In beziehen durch die Wiener Volksbuchhandlung. VI. Gumpendorfer Str. 18. 60 Heller. Galla Placidia. Schauspiel von Freiherrn R. v. Münchhausen. 2 M. D. S. Pich. 8 M., geb. 10 M. F. W. Daniels u. Co., München. Kamerad Klemmung. Roman von A. Baquet. 3 M., geb. 4 M. Die Erziehung der Maria Carmen. Von L. Brinmann. 4 M., geb. 5 M. Rütten u. Loening, Frankfurt a. M.

- Der Weg zu sozialer Erkenntnis. Von G. F. Steffen. 3 M., geb. 4 M. Das Leben eines Landarbeiters. Von Franz Rehdien. Herausgegeben und eingeleitet von Paul Göhre. 3,50 M., geb. 4,80 M. C. Diederichs, Jena. Der Westerwald. Von Leo Sternberg. Ein Quartband mit Platte. 4,50 M., geb. 5,50 M. H. Bagel, Düsseldorf. Wippen's Tage- und Nachbuch. Von J. Stettenheim. Geb. 3 M. Pan-Verlag, Berlin. Preussische Jahrbücher. Heft 11. Herausgegeben von H. Delbrück. 2,50 M. G. Stille, Berlin. Lotzhens Geburtstag. Lustspiel von L. Thoma. 1 M., geb. 2 M. Glockenlaug. Gedichte von H. Salus. 2 M., in Leinen 3 M. Verlag von Albert Langen, München. Der nackte Mensch in der Kunst aller Zeiten. Von B. Hausenstein. 3 M. H. Pöper u. Co., München. Militärisch-Geographische Karte zur Uebersicht der gegenwärtigen politischen Lage in Europa und den Mittelmeerländern. Maßstab 1:4 000 000. Preis 2 M. Verlag von D. Reimer (Ernst Bohsen) in Berlin SW. Der gute Geschmack. Heft 2. 50 Pf. Herausgeber: E. Bloch-Dankmann. B. Bode, Juchendoch-Berlin. Die Tochter des großen Georgi. Theaterroman von G. Frhen. v. Dampsta. 6 M. Ein junger Mann von Welt. Von J. W. van Oestören. 3,50 M. Verlag von Egon Fleischel u. Co., Berlin. Leuchtende Stunden. Herausgegeben von J. Goerke, Direktor der Urania in Berlin. Bd. 1. - Unsere deutschen Wälder. Von J. Krojan. Bd. 2. - Aus guter alter Zeit. Von G. Hermann. Jeder Band 1,75 M. Via, Deutsches Verlagshaus, Charlottenburg. Die Arbeitszeiten in der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands. Erhebungen Oktober 1910 vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 176 S. U. Schäfer u. Co., Stuttgart. Politisches Notizbuch. Von F. Rüder. 2 M., geb. 3 M. Schuster u. Loeffler, Berlin W. 57. Der Schütting. Kalenderbuch 1912. 60 Pf. H. Epenholz, Hannover. Gideon der Arzt. Roman von A. Köpfer. 4 M., geb. 5 M. Einsame Frauen. Roman von A. Schirfauer. 3,50 M., geb. 4,50 M. Lehrlingsgeschichten. Von D. Schwarz. 2 M., geb. 3 M. J. Fontane u. Co., Tadelm-Berlin.

Kaufhaus Gebrüder Rosenstrauch Brunnenstrasse 59 - Ecke Stralsunder Strasse 95 Pfennig Wir haben uns entschlossen unsere 95-Pfg.-Tage noch kurze Zeit zu verlängern 95 Pfennig Tage

Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke Hermann Weiner Kürschnermeister Greifswalder Straße 33. Alle Arten Pelzwaren in riesiger Auswahl zu den billigsten Preisen.

135. Robert Bohn, Berlin, Invalidenstr. 135, Laden u. 1. Etage. Winter-Joppen und -Paletots in wirklich großer Auswahl. Große Maß-Anfertigung. Eleganter Sitz. Moderne Stoffe.

Räucherwaren Fischkonserven Wurst - ff. Aufschnitt Wild und Geflügel Richard Marcks Brunnenstraße 146.

Schirm-Harrie! gegr. 1876. Billigster Einkauf für Schirme, Stöcke, Mäntel, gewächse 57, Rabatt. Reparaturen u. Bezüge schnell u. billig. Schönhauser Allee 146.

Wurst - Schinken Speck mager. Pfd. 0.80 bei 5 Pfund 0.78 fetter 0.75 bei 5 Pfund 0.68 Schinkenpost 1.10 Teilschinken 1.20 echt Thür. Wurstschinken 1.30 Holl. Zwiebelwurst 0.65 Thür. Wurst 0.65 Landfleischwurst 0.95 ff. Kalbsfleischwurst 1.05 Vom Fleischart 0.95 Schinkenwurst, echt Polst. In Dauerwurst 1.25 Salami, echt Polst. In Dauerwurst 1.25 Schinkenwurst, westfäl. 1.25 Mettwurst 0.75 Brunschw. Mettwurst 0.95 P. Klähn, Reinickendorfer Str. 5, an der Weddingstraße.

Buchhandlung Vorwärts SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden) In neuer Auflage ist erschienen: Referenten-Führer Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationstätigkeit notwendigen wissenschaftl. Könnens. Von Eduard David. 4. durchgesehene Auflage. Preis 1,50 Mark.

Gardinen Möbelstoffe Decken. Erich Lohmann. Revolverstr. 6, Ecke Warschauerstraße.

Konkurrenzlos: Echt Goodyear-Welt 9 50 Mark in Material und Verarbeitung Jedes Paar Herren- und Damenschuhe Turnschuh-Fabrik Alfred Fränkel Com.-Ges. 9 Rosenthaler Straße 9 Ecke Auguststraße 120 eigene Geschäfte

Moderne Herren- und Jünglings-Anzüge - Ulster - Paletots von M. 15.- bis M. 50.- Hosen von M. 2.- bis M. 16.- Große Auswahl - bekannt vorzügliche Passform und Haltbarkeit. Joppen in großer Auswahl Adolf Raitzig Frankfurter Allee 107.



Zur Vermeidung von Verwechslungen:
Die Firma
H. Wertheim
unterhält in Berlin
nur diese 3 Geschäfte

A. Wertheim

G. m. b. H.

Versand-Abteilung
Berlin W. 66
Leipzigerstr. 132/37.
Bei Briefen
ist genaue Adresse
erforderlich.



Rosenthaler Str. Leipziger Strasse 132-37 Oranien Strasse

In unserem Verkaufshause **Rosenthaler Strasse**

Extra-Verkäufe

in allen Abteilungen zu besonders billigen Preisen

Portieren

Filtztuch mit Velvet-Applikation und Durchbruch, 2 Schals, 1 Querbeh. 5.25
Kochelleinen mit Applikation, 2 Schals 1 Querbehang 5.75

Tischdecken

Tischdecken Mohairplüsch, mit gepresster Kante 8.25
Tischdecken bestickt Filz 2.65, 3.50
Tischdecken persisch/gemustert, doppelseitig, Gr. ca. 150-180 cm 5.00

Diwandecken

Diwandecken persisch rot/blau 6.25
Diwandecken persisch gemustert, doppelseitig 8.75
Diwandecken Kelim-Imitation 12.00

Schlafdecken

Schlafdecken mit gestreifter Kante 3.50
Schlafdecken Kamelhaar 7.60

Bijouterie

Moderne Broschen 38 Pf.
Moderne Nadeln 38 Pf.
Mosaik-Kollier 75 Pf.
Hutnadeln 38 Pf.
Kamm-Garnituren 3 teilig 38 Pf.

Spielwaren

Kugelgelenk-Puppe mit Wimper, inkl. Schuhe und Strümpfe ca. 63 cm hoch 2.85
Baby mit Zelluloid-Kopf, ca. 23 cm hoch 85 Pf.
Plüschbär beweglich, m. Brummstimme, braun oder weiss 2.50
Eisenbahn mit Uhrwerk, auf Schienen, enth. Lokomotive m. Bremsvorrichtung, Tender, 3 Waggons und ovalem Schienenkreis 2.75
Kindertisch mit Tischkasten, Hartholzplatte, ca. 65 cm lang, ca. 45 cm breit, hell oder dunkel lackiert 2.90
Kinderstuhl mit runder Lehne, mit gedrehten Beinen, hell oder dunkel lackiert 1.30

Lederwaren

Damen-Handtaschen schwarz Saffianled. 2.50
ca. 18 cm lang
Rindleder-Handtaschen mit Aufspannbügel
Lg. ca. 12.75, ca. 13.75, ca. 16.00
45 cm 55 cm

Papier- und Schreibwaren

Butterbrot-Papier fetticht, 100 Bg. 21 Pf.
Butterbrotbeutel fetticht, 100 Stck. 20 Pf.
Krepp-Toilettenpapier Rolle 15 Pf.
Blauweiss-Kassette 25 Bogen, 25 Umschläge 22 Pf.
Briefpapier „Blauweiss“ 100 Bogen, 100 Umschläge 48 Pf.
„Leinen-Billet-Post“ 100 Bogen, 100 Umschl. 80 Pf.
„Heideprinzesschen“ 100 Bogen, 100 Umschl. 1.10
„Heideprinzesschen“ im Karton, 25 Bogen, 25 Umschläge 38 Pf.
Krepp-Papier gemustert 6 Rollen 30 Pf.
Federkasten gefüllt 38 Pf.

Toilette-Artikel

Marseillerseife ca. 1 Pfund 48 Pf.
Olympia-Toiletteseife extra groß 16 Pf.
Blumenfettseife in sortiert. Gerüchen, 6 Stück im Karton 60 Pf.
Eucalyptus-Zahncreme Tube 25 Pf.
Eucalyptus-Mundwasser runde Flasche 75 Pf.
Eau de Cologne Doppelflasche 75 Pf.
Bay-Rum Flasche ca. 1/4 Liter 0.80, 1.10
Mandelkleie Paket 20 Pf.

Seifen und Drogen

Prima Palmoberschalseife Riegel 85 Pf.
Oranienburger Seife Riegel 40 Pf.
Sägeseife ca. 1 Pfd. 45 Pf.
Wollwaschseife Paket 8 Stück 55 Pf.
Comp. Lichte 6er und 8er Paket 45 Pf.
Bohnerwachs gelb und weiß Dose 45 Pf.

Unsere Spielwaren-Ausstellung „Die Heinzelmännchen“ ist eröffnet.

Spezialgeschäft für Wild, Geflügel und Fische

Otto Grimm, BERLIN NO., Landsberger Allee 28.

Fernsprecher Amt VII No. 90. — Bestellungen frei Haus.
Anerkannt beste frische Ware. — Billigste Tagespreise.
Empfehle zum Beginn der Saison:

Blutfrische Jung-Hasen, gestreift Stück 2,50-3,00
Blutfrische Riesen-Waldhasen, Stück 3,50 an.
Prima Wartebrucher Mastgänse in hervorragender Qualität und selten schönem zarten Aussehen, Pfund 70 und 75 Pf.
Gänsefleisch, Brust und Keule, Pfund 90 Pf., für jeden Haushalt als vorteilhaft zu empfehlen.
Ganz besonders preiswert und nahrhaft prima Hirschfleisch täglich Pfund 35, 50, 60 Pf. usw.

Diese Woche soweit Vorrat:
Lebende Hechte Edelware Pfund 85, 95 Pf.
Lebende Flussfische sowie Seefische in nur besten Qualitäten.
Täglich frische Zufuhren zu billigen Tagespreisen.

PELZ

Johann Soujon
Prenzlauer Allee 219

Billigste Preise!
Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke.
Billigste Preise!

WAREN.

Zur Winter-Saison.
empfehle ich mein grosses Lager in Herren- und Knaben-Garderoben zu bekannt billigsten, aber streng festen Preisen.

Eingang von Neuheiten:
Ulster, Paletots und Joppen, Jackett- und Rockanzüge in neuesten Farben und Mustern.

Grosse Auswahl in Herren-Bekleidern vom billigsten bis zum elegantesten Genre. Grosse Auswahl moderner Phantasie-Westen.

Heinrich Ferester,
nur 8, Reinickendorfer-Str. 8 nur am Wedding-Platz, vis-à-vis der Dankeskirche, neben der Markthalle.



Lieferant der Rabattmarken-Gewehrungs-Genossenschaft



Ringels 3-Preise-System ist geeignet, jeden Herrn vor den Schäden durch viele leicht irritierende Preise zu schützen!

Auch hat hier jeder die Garantie, selbstgefertigte, schicke Garderobe vom Schneider-Meister aus erster Hand zu kaufen. — Vornehme Massanfertigung!

I. Preis: Ringel-Anzug 28⁰⁰
Ringel-Paletot
5⁵⁰-Hose Ringel-Ulster

II. Preis: Ringel-Anzug 36⁰⁰
Ringel-Paletot
7⁰⁰-Hose Ringel-Ulster

III. Preis: Ringel-Anzug 45⁰⁰
Ringel-Paletot
9⁰⁰-Hose Ringel-Ulster

Abonnement
2 Anzüge und Paletot 9.50 monatlich.

Obige Anzüge und Paletots nach Maß nur 5 Mark Zuschlag.
Modelle von Maßschneidern gearbeitet, im Preise bedeutend zurückgesetzt.

Lieferant

Julius Loewenberg

Lieferant

der
Konsumgenossenschaft
Berlin und Umgegend.

Müllerstraße 163a

Ecke Burgsdorfstraße.

der
Konsumgenossenschaft
Berlin und Umgegend.

Billige Woche

für Gardinen, Portieren, Decken, Wollwaren, Trikotagen.